

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at

Wir haben keinen Plan(et) B

ab Seite 8



© ÖBB-Verlag/Paul Sturm

Interview: Nicht nur wandern

Gespräch mit Manfred Pils, Präsident der Naturfreunde Internationale

8

Schwerpunkt: Kinder sind unsere Zukunft

AK und IV haben praktikable Vorschläge zur Familienförderung ausgearbeitet

34

Internationales: Gute Griechen, böse Griechen

Statt nachhaltiger Sanierung werden Banken gerettet

42



8

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



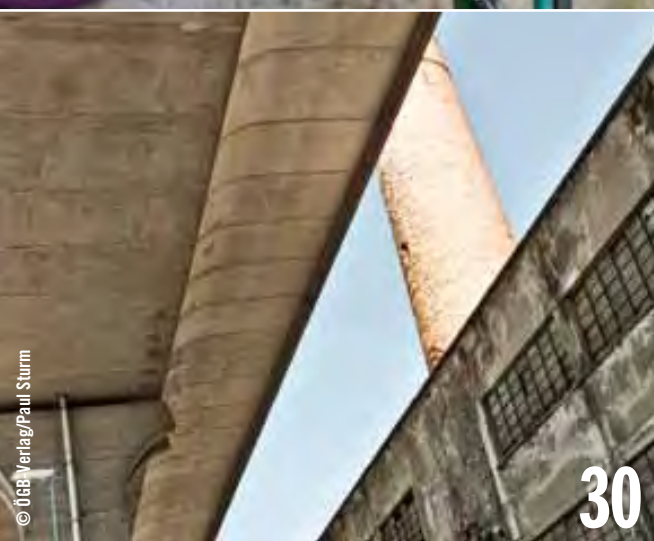
20

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



28

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm



30

© ÖGB-Verlag/Paul Sturm

Schwerpunkt:

Nachhaltigkeit – mehr als nur ein Wort

12

Noch immer sind nicht alle Unternehmen bereit, Verantwortung zu übernehmen.

Strategie reloaded

14

„Nachhaltigkeit“ ist seit dem UNO-Weltgipfel 1992 ein zentraler Begriff. Österreichs Nachhaltigkeitsstrategie wurde überarbeitet.

Der schmale Grat

16

Corporate Social Responsibility ist nicht so schlecht wie ihr Ruf. Richtige CSR will aber gelernt sein.

Das Recht auf Arbeit

18

Der Mensch darf nicht Wegwerfware am Arbeitsmarkt werden. Vom Reparieren und Reintegrieren.

Designed für den Müll

20

Gebrauchsgüter haben ihr Ablaufdatum oft einprogrammiert. Damit es der Wirtschaft gut geht, ist Obsoleszenz notwendig.

Arme, kranke Erde

22

Tiefgreifende klimapolitische Maßnahmen wären seit Jahren überfällig, das ist allen klar. Aber wer könnte dafür sorgen?

Raumnot

24

Um nachhaltig zu leben und zu wirtschaften braucht es Raum – da oder dort werden wir zusammenrücken müssen.

Smarte Städte

26

Eine demokratische Neuordnung des Ressourcen fressenden Wirtschaftssystems ließe die Menschen und damit die Städte erblühen.

Energie(r)evolution?

28

Ein Jahr nach der Atomkatastrophe von Fukushima sind Atomausstieg und Umstieg auf nachhaltige Energien in aller Munde.

Das Geschäft mit der heißen Luft


30

Österreich hinkt den Kyoto-Zielen hinterher. Es bräuchte mehr Einsatz, um das Weltklima stabil zu halten.

Grünes Geld und gutes Gewissen

32

Ethische und ökologische Investments versprechen die Möglichkeit, „gutes Geld“ zu verdienen. Eine kritische Betrachtung.

Gleiches Recht für alle?	34	Standards:	
AK und IV zeigen, wie Familienförderung in Österreich nachhaltig funktionieren könnte.		Standpunkt: Das geht vorbei ...	4
EU-Weißbuch zu den Pensionen	36	Veranstaltung: Willkommen in Zell am See	5
Im Dokument zu angemessenen, sicheren und nachhaltigen Pensionen wird der „Abhängigkeitsquoten-Rechner“ der AK zitiert.		Aus AK & Gewerkschaften	6/7
Mensch nicht Maschine	38	Historie: Das Kakaoprojekt	11
Gut gestaltete Arbeit zur Förderung der Nachhaltigkeit der menschlichen Ressource „Psyche“.		Zahlen, Daten, Fakten	40
Interview:		Man kann nicht alles wissen	46
Nachhaltigkeit ohne Grenzen	8	Erklärungen aller grün-markierten Worte.	
Die Naturfreunde Internationale hat fast eine halbe Million Mitglieder. Präsident Manfred Pils über Nachhaltigkeit.		www.arbeit-wirtschaft.at	
Internationales:		Alle Beiträge finden Sie auch auf unserer Homepage sowie die eine oder andere Ergänzung zu einzelnen Themenschwerpunkten, die wir aus Platzgründen in der Zeitschrift nicht mehr berücksichtigen konnten.	
Griechen retten Banken	42		
Gefährliche Gewerkschaftsarbeit	44	Dieser Code kann mit einem internet-fähigen Kamera-Handy abfotografiert werden. Ein „Reader“ entschlüsselt den Code und führt Sie auf die gewünschte Website. Die Reader-Software erhalten Sie zum Beispiel hier: www.beetag.com/downloadreader	

Wie hört das auf, wie soll das weitergehen?

Redaktion intern

„Wir brauchen heute globale Nachhaltigkeit und da kommt die internationale Fairness dazu“, betont Manfred Pils, Präsident der Naturfreunde Internationale (NFI) im Interview mit der „A&W“ 4/2012 zum Schwerpunktthema „Wir haben keinen Plan(et) B“.

Für internationale Fairness setzt sich die Gewerkschaftsbewegung schon lange ein. In den 1980ern zum Beispiel mit dem Kakaoprojekt (S. 11).

Nachhaltigkeit darf nicht zur leeren Worthülse verkommen. Unternehmen müssen Verantwortung übernehmen (S. 12).

Österreich hat seine Nachhaltigkeitsstrategie überarbeitet (S. 14). Und CSR ist mehr als ein Feigenblatt (S. 16). Zu sozialer Nachhaltigkeit gehört auch, dass Menschen nicht zur Wegwerfware am Arbeitsmarkt werden, verschiedene Projekte steuern dagegen (S. 18). Gebrauchsgüter haben eine immer kürzere Lebensdauer – und das mit Absicht, mehr über das programmierte Ablaufdatum (S. 20).

Nachhaltigkeit betrifft aber auch die Raumnutzung: Zersiedelung verhindert sie (S. 24), „Smart Cities“ fördern sie (S. 26). Eines unserer größten Probleme

ist der Umgang mit Energieressourcen (S. 28); wie viele andere Staaten kauft sich Österreich von seiner Verpflichtung gegenüber den Kyoto-Zielen frei (S. 30). Lesen Sie all das und mehr in der neuen A&W.

Sie finden uns übrigens auch auf Facebook, in unserem prodblog.arbeit-wirtschaft.at oder auf unserer Homepage: www.arbeit-wirtschaft.at.

Wir freuen uns stets über Kritik und Anregung: aw@oegb.at

Für das Redaktionskomitee
Katharina Klee

Katharina Klee
Chefredakteurin



Standpunkt

© ÖCB-Verlag/Paul Sturm

Das geht vorbei . . .

Treffen sich zwei Planeten im All. Sagt der eine zum anderen: „Du siehst aber schlecht aus!“ Der andere: „Ja, mir geht's auch nicht gut, ich habe Homo Sapiens.“ Sagt der erste: „Mach dir nichts draus, das hatte ich auch mal, das geht vorbei!“

Die „Krankheit“ Homo Sapiens

Der Witz ist alt – aber nachhaltig. Denn die „Krankheit“ Homo Sapiens breitet sich rapide aus. Während für die Erde auch ein Bestehen ohne uns möglich wäre, haben wir keine Chance ohne die Ressourcen unseres Heimatplaneten. Und die werden immer knapper. Auch deshalb heißt das Zauberwort der letzten Jahre Nachhaltigkeit. Der Begriff stammt aus der Forstwirtschaft. Anfangs ging es darum, nicht mehr Holz zu fällen, als jeweils nachwachsen kann. Ein Prinzip, auf das schon die Altvorderen – Griechen, Römer – gerne vergaßen. Um Schiffe zu bauen, haben sie ganze Landstriche entwaldet. Die Folgen sind an den Mittelmeerküsten auch heute nicht zu übersehen.

Der Begriff Nachhaltigkeit wird gegenwärtig inflationär gebraucht – alles ist nachhaltig: die Hautcreme, der Kräutertee, das Auto, das T-Shirt, die Energie und natürlich die Politik. 1972 wurde der Begriff im Bericht „Die Grenzen des

Wachstums“ des Club of Rome erstmals in der Bedeutung „Zustand des globalen Gleichgewichts“ verwendet. Damals warnte man eindringlich vor den Gefahren des Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums, der Nahrungsmittel- und Energiekrise, der Erschöpfung natürlicher Ressourcen und der Umweltverschmutzung. Die „Grenzen des Wachstums“ haben wir in den letzten 40 Jahren mehr als gedehnt: Fossile Energiereserven gehen zur Neige, die Erde erwärmt sich, Regenwälder werden abgeholzt, die Meere sind überfischt, Plastik hat sich als erschreckend nachhaltig erwiesen und die Atomenergie hat uns seither mehr als eine nachhaltige Katastrophe beschert. Nachhaltig einzementiert scheinen auch die Unterschiede zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden der Welt. Nach wie vor gibt es Hunger. Genmanipulierte Pflanzen machen riesige Konzerne reich, mit Nachhaltigkeit haben sie aber gar nichts zu tun!

Manchmal scheint es, als würden wir im Krieg mit künftigen Generationen liegen, betrachtet man den Zustand, in dem wir ihnen diese Erde hinterlassen. „Und ich begehre nicht schuld daran zu sein!“, hat Matthias Claudius 1779 geschrieben. Ich will mich nicht an der Zerstörung unseres Planeten beteiligen, doch so einfach ist es nicht, nachhaltig zu

leben, selbst, wenn ich in der privilegierten Lage bin, es mir leisten zu können. Ja, ich trenne Müll und versuche Plastik zu vermeiden, ich nehme oft eine Tasche zum Einkaufen. Auto habe ich keins mehr. Auch die George-Clooney-Kaffeemaschine ist aus meiner Küche ausgezogen und wurde durch eine Espressokanne mit fairem Kaffee ersetzt. Gerne erstehe ich Kleidung, deren ProduzentInnen es gut geht, die fair behandelt werden. Natürlich kaufe ich auch biologische Lebensmittel, komme aber ins Nachdenken, wenn diese um den halben Globus geflogen werden. Ich schalte die meisten meiner Elektrogeräte in der Standby-Funktion ab, nur eben nicht alle.

Nachhaltiger Fußabdruck

Aber ich arbeite mit Handy und Computern, die nicht nur viel Strom verbrauchen, sondern auch unter alles andere als nachhaltigen Gesichtspunkten erzeugt werden. Ich verbrauche viel Papier. Mein ökologischer Fußabdruck beträgt 6,33 Hektar, habe ich auf www.fussabdruck.at gemessen, und liegt somit über dem österreichischen Durchschnitt von 4,9 Hektar. Ich hinterlasse also nachhaltige Schäden auf diesem Planeten. Ich bin Teil der Krankheit Homo Sapiens. Doch ich gelobe Besserung: „Wir haben keinen Plan(et) B!“

Willkommen in Zell am See

Auch 2012 gab der ÖGB-Verlag am Vorabend der 47. Wissenschaftlichen Tagung für Arbeits- und Sozialrecht einen Empfang für AutorInnen und Interessierte.

Die 47. Tagung der Österreichischen Gesellschaft für Arbeits- und Sozialrecht fand am 22. und 23. März 2012 in Zell am See statt. Tagungsort war wieder das Ferry Porsche Congress Center, wo der Vizepräsident der Österreichischen Gesellschaft für Arbeitsrecht und Sozialrecht, Univ.-Prof. Dr. Peter Jabornegg, 426 TeilnehmerInnen begrüßen konnte. Die Tagung begann mit dem Gedenken an den Präsidenten der Gesellschaft, Univ.-Prof. Dr. Karl Spielbüchler, welcher am 9. Jänner 2012 verstorben ist.

Der ÖGB-Verlag begrüßte mehr als 160 Gäste aus Universitäten, Gerichten, Institutionen, AK, ÖGB und Gewerkschaften bei seinem Willkommensempfang. Themen waren Gesetze, Kommentare, aktuelle Buchprojekte sowie politische Schwerpunkte. Katharina Klee sprach dazu mit Dr. Anton Spenling, Senatspräsident OGH, Hon.-Prof. Dr. Josef Cerny, Arbeits-, Wirtschafts- und Europarecht der Universität Salzburg, Dr. Hans Trenner, Leiter Beratung und Rechtsschutz, AK Wien, Mag. Walter

Gagawczuk, Sozialpolitik, AK Wien, Mag. Dr. Klaus Mayr, Sozialpolitik, AK Oberösterreich, Mag. Thomas Kallab, Arbeitsrecht, AK Wien, Mag.^a Dr.ⁱⁿ Alexandra Weiss, Koordinatorin Gender Studies, Leopold-Franzens-Universität Innsbruck, Mag.^a Iris Krassnitzer, Mitglied der Geschäftsleitung, Dr. Peter Autengruber, Leitung Fachbuchverlag, beide ÖGB-Verlag, und Mag. Bernhard Achitz, Leitender Sekretär im ÖGB.

Mehr Infos unter:
tinyurl.com/cpnpllb



Zwei echte Arbeitsrechtspezialisten im Gespräch mit Katharina Klee: OGH-Senatspräsident Dr. Anton Spenling und Hon.-Prof. Dr. Josef Cerny, der zahlreiche Bücher im ÖGB-Verlag veröffentlicht hat.



Rund 160 Gäste kamen zum Willkommensempfang des ÖGB-Verlags am Vorabend der 47. Wissenschaftlichen Tagung für Arbeits- und Sozialrecht in Zell am See zum Informieren und Netzwerken.



Gut besucht während der gesamten Tagung war der Bücherstand der ÖGB-Fachbuchhandlung im Foyer des Ferry Porsche Congress Centers, betreut von Manfred Arthaber und seinem Team.



V. l. n. r.: Iris Krassnitzer, Walter Gagawczuk, Katharina Klee, Alexandra Weiss, Klaus Mayr, Anton Spenling, Hans Trenner, Bernhard Achitz und Thomas Kallab.

IMPRESSUM

Redaktion „Arbeit&Wirtschaft“:

Johann-Böhm-Platz 1, 1020 WienTel.: (01) 534 44-39263
Dw., Fax: (01) 534 44-100222 Dw.Katharina Klee (Chefredak-
teurin): 39269 Dw.Sonja Adler (Sekretariat): 39263 Dw. (bis
14.00 Uhr)

E-Mail: sonja.adler@oegb.at

Internet: www.arbeit-wirtschaft.at

Abonnementverwaltung und Adressänderung:

Karin Stieber, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 WienTel.: (01) 662
32 96-39738 Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.E-Mail: karin.
stieber@oegbverlag.at

Redaktionskomitee:

Arthur Ficzkvo (Vorsitz), Nani Kauer (Stellvertretender Vorsitz),
Thomas Angerer, Gerhard Bröthaler, Adi Buxbaum, Lucia Bauer,
Thomas Fessler, Andreas Gjecaj, Elisabeth Glantschnig,
Richard Halwax, Katharina Klee (Chefredakteurin), Karl
Kollmann, Georg Kovarik, Barbara Lavaud, Pia Lichtblau,
Markus Marterbauer, Klaus-Dieter Mulley, Brigitte Pellar, Elke
Radhuber, Alexander Schneider, Georg Sever, Paul Sturm, Erik
Türk, Christina Wieser, Josef Zuckerstätter

Redaktionsmitglieder:

Katharina Klee (Chefredakteurin), Sonja Adler (Sekretariat),
Dietmar Kreuzberger (Grafik und Layout)

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Katharina Klee (Chefredaktion), Sonja Adler, Astrid Fadler,
Sophia Fielhauer-Resei, Martin Haiden, Werner Hochreiter,
Günter Horniak, Werner Hörtner, Harald Kolerus, Karl Kollmann,
Matthias Kranabether, Florian Kräftner, Gregor Lahounik,
Wilfried Leisch, Gabriele Müller, Maja Nizamov, Brigitte Pellar,
Sybille Pirklbauer, Christian Resei, Ulrich Schönbauer,
Paul Sturm, Erik Türk, Josef Wöss, Josef Zuckerstätter

Herausgeber:

Bundesarbeitskammer, 1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße
20–22, und Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien,
Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH,
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39744
Dw., Fax: (01) 662 32 96-39793 Dw.E-Mail: Renate.Wimmer@
oegbverlag.at, Internet: www.oegbverlag.at

Hersteller: Verlag des ÖGB GmbH

Verlagsort: Wien

Herstellungsort: Wien

Preise (inkl. MwSt.):

Einzelnummer: € 2,50; Jahresabonnement Inland € 20,-,
Ausland zuzüglich € 12,- Porto; für Lehrlinge, Studenten
und Pensionisten ermäßigtes Jahresabonnement € 10,-.
Bestellungen an den Verlag des ÖGB, 1020 Wien, Johann-
Böhm-Platz 1, Tel.: (01) 662 32 96-39738 Dw., E-Mail: karin.
stieber@oegbverlag.at

ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655

Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft“ wiedergegebenen
Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung
von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt
die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die
Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung
aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer
Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren
geistigen Auseinandersetzung.

Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt einge-
sandte Manuskripte.

Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der
Redaktion und mit Quellenangabe.

AK:

Finanztransaktionssteuer jetzt!

Finanzsektor muss sich endlich an den Kosten der Krise beteiligen.

Österreich hat ein Ausgabenproblem, und zwar folgendes: Die Staatsschuldenquote ist durch die Bankenrettungspakete und durch die damit verbundenen Konjunkturpakete sprunghaft gestiegen und deshalb muss sich der Finanzsektor an den Aufräumarbeiten beteiligen. Die Finanztransaktionssteuer ist ein geeigneter Weg dazu.

AK und ÖGB haben sich mit einer europaweiten Kampagne für die Finanztransaktionssteuer eingesetzt und konkrete Umsetzungsvorschläge gemacht. Die Europäische Kommission hat daraufhin einen Vorschlag präsentiert, die AK fordert aber noch mehr:

1. Steuerlücke schließen: Es müssen auch Geschäfte von Privaten und Unternehmen, die keine Finanzinstitute sind, einbezogen werden. Ansonsten wird ein

essenzieller Teil der Transaktionen ausgeklammert.

2. Steuersatz für Derivate angleichen: Der Derivatehandel macht bereits ein Vielfaches des Aktienhandels aus und ist dann, wenn Derivate nicht als Sicherheiten verwendet werden, hochspekulativ. Werden Derivate nicht zumindest gleich hoch wie Aktien besteuert, trifft die Steuer die spekulativen Geschäfte nicht.

3. Devisengeschäfte einbeziehen: Die Ausnahme von Devisentransaktionen ist ökonomisch bedenklich.

Überzeugen Sie PolitikerInnen, sich für eine europäische Finanztransaktionssteuer auszusprechen!

Hier geht's zur Online-Petition:

www.financialtransactiontax.eu

GdG-KMSfB:

Wasser ist Menschenrecht

Europäische Bürgerinitiative zu Wasserver- und -entsorgung.

Ein Jahr hat die vom Europäischen Gewerkschaftsverband für Öffentliche Dienste (EGÖD) initiierte Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Wasser und sanitäre Grundversorgung sind ein Menschenrecht“ ab voraussichtlich April Zeit, um eine Million Unterschriften zu sammeln. Die Kampagne will bei der Europäischen Kommission einen Umdenkprozess bewirken und anstelle des marktorientierten Modells mit dem Schwerpunkt Wettbewerb ein auf Rechten basierendes Modell mit Fokus auf öffentliche Dienstleistungen setzen.

Die Versorgung mit Trinkwasser sowie die Entsorgung von Abwasser sind öffentliche Kernaufgaben und müssen daher unter dem Einfluss der Behörden bleiben.

Ziel ist die Bereitstellung eines universellen (globalen) Zugangs zu Wasser sowie sanitärer Grundversorgung und

der Erhalt der begrenzten Wasserressourcen für zukünftige Generationen. Als nächster Schritt soll am 1. April die Registrierung und Vorlage der EBI bei der Europäischen Kommission folgen.

Von 24. bis 25. April 2012 wird die Bestätigung der Registrierung durch die Kommission erwartet. Für die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – Kunst, Medien, Sport, freie Berufe (GdG-KMSfB) wäre das in diesem Fall der erste Tag der Unterschriftensammlung. An ihrem Ende müssten die klare Forderung nach freiem Zugang zu sauberem Wasser in ganz Europa, eine eindeutige Absage an die Liberalisierung des Wassermarktes und eine verstärkte Initiative stehen, einen universellen Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung zu erreichen.

Mehr Infos unter:

tinyurl.com/c7m44m3

ÖGB und Südwind:

Arbeit, die krank macht

Südwind und ÖGB starten Petition – jetzt unterschreiben!

Unternehmen, wie etwa der schwedische Modekonzern H&M, nehmen in Kauf, dass hunderte Beschäftigte bei der täglichen Arbeit ihr Bewusstsein verlieren. Zu lange Arbeitszeiten, zu wenig Essen und eine schlechte Belüftung schaden der Gesundheit der ArbeiterInnen.

Die Zustände in der internationalen Textilproduktion wirken sich auf den europäischen Arbeitsmarkt aus. Weil die Unternehmen drohen, ihre Produktion

in Billiglohnländer auszulagern, nimmt die prekäre Beschäftigung auch in Europa zu. „Den Wettlauf um die niedrigsten Mindeststandards können Gewerkschaften und KonsumentInnen nur gemeinsam stoppen“, sagt Gerald Kreuzer, Vizepräsident des Europäischen Gewerkschaftsverbandes Textil, Bekleidung, Leder.

Nicht nur unsere Mode wird unter katastrophalen Arbeitsbedingungen pro-

menschenwürdige arbeit
für menschenwürdiges leben

duziert, auch Computer und Spielsachen. Um die Arbeitsbedingungen für alle Branchen weltweit zu verbessern, fordern Südwind und ÖGB soziale Mindeststandards wie Ruhezeiten und Schutzbestimmungen bei gefährlichen Stoffen.

Die Petition von ÖGB und Südwind gegen menschenunwürdige Arbeitsbedingungen kann unterschrieben werden unter: www.fairearbeit.at

GPA-djp:

Schluss mit Gehaltsraub an Jugendlichen

Das Bündnis Berufsberechtigung macht sich für Arbeitsverträge stark.

„Tausende AbsolventInnen von Berufsbildenden mittleren oder höheren Schulen drängen jährlich auf den Arbeitsmarkt, oft gibt es aber anstelle eines Arbeitsvertrages einen Lehrvertrag. Und die gesetzlichen Regelungen lassen das auch noch zu“, erinnert GPA-djp-Jugendsekretär Helmut Gotthartsleitner an das Fehlen des § 28 im Berufsausbildungsgesetz.

Die Abschaffung dieses Paragraphen geht klar zulasten von BMHS-AbsolventInnen, deren Schulabschluss seither

nicht mehr mit Lehrabschlüssen gleichgesetzt wird. Jetzt entscheidet der/die ArbeitgeberIn darüber, ob und wie viel Lehrzeit angerechnet wird.

Die GPA-djp macht gemeinsam mit anderen Gewerkschaften und den Arbeiterkammern seit einiger Zeit auf diese Ungerechtigkeit aufmerksam. Eine bereits so gut wie fertig verhandelte Einigung auf die Wiedereinführung des § 28 wurde von der Wirtschaftskammer aber wieder zurückgezogen, seit kurzem

werden auch Gespräche in dieser Angelegenheit verweigert.

Gemeinsam mit der Österreichischen Gewerkschaftsjugend (ÖGJ) wurde das „Bündnis Berufsberechtigung“ ins Leben gerufen, das in den kommenden Monaten in ganz Österreich SchülerInnen, ElternvertreterInnen und LehrerInnen informieren wird.

Unterstützen Sie diese Forderung unter: www.jugend.gpa-djp.at/berufsberechtigung

vida:

Aktiv gegen die Monstertrucks

Die Verkehrs- und Dienstleistungsgewerkschaft wehrt sich gegen Gigaliner.

Seit Jahren versucht die Europäische Kommission den grenzüberschreitenden Einsatz von Riesen-Lkw in Europa durchzubringen. Die Gigaliner wiegen bis zu 60 Tonnen und haben eine Länge von bis zu 25,25 Metern. Gegen die Zulassung der Riesen-Lkw gab und gibt es Widerstand – von einzelnen Regierungen, wie zum Beispiel der österreichischen, aber auch von der Zivilgesellschaft.

In Europa versuchen Industrie, Frächter und Lkw-Hersteller die Zulassung und den grenzüberschreitenden

Einsatz dieser Lkw zu erreichen. Zugehört sind Gigaliner u. a. in Schweden, Finnland, Dänemark, den Niederlanden und auf Teststrecken in Deutschland.

Gigaliner würden bis zu 55 Prozent des Bahnverkehrs auf die Straße bringen. Die Verlagerung hin zur Straße verursacht zusätzliche Schäden an Menschen und Umwelt und kostet volkswirtschaftlich mehr als sie bringt. Gigaliner vernichten sowohl beim Lkw als auch bei der Bahn Arbeitsplätze. Die Gewerkschaft vida ist daher entschieden gegen

die Zulassung. EU-Verkehrskommissar Siim Kallas setzt offenbar auf einen Trick, um den Widerstand gegen die Gigaliner zu umgehen. Durch eine bloße Neuinterpretation der relevanten Richtlinie 96/53/EG will er den grenzüberschreitenden Einsatz der Gigaliner erlauben. Damit werden sowohl der Rat als auch das Europäische Parlament bei der Entscheidung, ob der grenzüberschreitende Einsatz zulässig ist, umgangen.

Mehr Infos:
tinyurl.com/cdcpmrr

Nachhaltigkeit ohne Grenzen

Die Naturfreunde Internationale hat fast eine halbe Million Mitglieder. Präsident Manfred Pils über Nachhaltigkeit.

ZUR PERSON

Manfred Pils



Seit 2008 Präsident der Naturfreunde Internationale.

Mit den Naturfreunden ist er seit seiner Jugendzeit eng verbunden.

Pils klettert gerne und hat auch die Hochgebirgsschule

der Naturfreunde sowie die Ausbildung zum Lehrwart Bergwandern und Bergsteigen absolviert.

Schon während seines Studiums der Informatik und Soziologie leitete er die Wanderführerausbildung für den österreichischen Fremdenverkehr.

Beruflich war er nach dem Studium zuerst bei den Naturfreunden angestellt, von 1992 bis 2003 fungierte er als Generalsekretär der Naturfreunde Internationale.

2003 wechselte Pils in die internationale Abteilung der Austrian Powergrid.

Heute ist er dort Direktor für Markt und Regulierung.

Arbeit&Wirtschaft: Manfred Pils, Sie sind Präsident der Naturfreunde Internationale (NFI). Viele wissen es gar nicht, aber die Naturfreunde gehören zu den weltgrößten NGOs. Wer sind die Naturfreunde und was machen sie?

Manfred Pils: Die Naturfreunde wurden 1897 in Wien gegründet. Sie sind aus der Arbeiterbewegung entstanden und haben derzeit fast eine halbe Mio. Mitglieder weltweit mit großem Schwerpunkt in Europa.

Unsere nationalen Mitgliedsverbände bieten einerseits Serviceaktivitäten rund um das Naturerlebnis an,

andererseits beschäftigen wir uns mit allen Themen der Nachhaltigkeit, insbesondere dem Thema des nachhaltigen Tourismus. Naturfreunde bewegen sich hauptsächlich mit Muskelkraft durch die Natur, wir haben schon sanften Tourismus betrieben, als das noch kein Modewort war.

Beim jüngsten Kongress lautete das Motto „Nachhaltigkeit ohne Grenzen“, was bedeutet das für die Naturfreunde Internationale?

Nachhaltigkeit steht für uns auf vier Säulen: Ökonomie, Ökologie, Gerechtigkeit und Internationalität.

Um die Ökonomie muss man sich nicht kümmern, die kümmert sich quasi um sich selbst. Da mache ich mir keine Sorgen, dass irgendetwas in dieser Welt ohne ökonomische Zielsetzung passieren könnte (lacht). Um die Ökologie sorgen sich natürlich auch die vielen Grünbewegungen. Die soziale und die internationale Seite des Nachhaltigkeitsgedankens werden aber immer wieder vernachlässigt. Aus unserer Geschichte heraus ist verständlich, dass wir diese wesentlichen Elemente der Nachhaltigkeit ganz bewusst in den Vordergrund stellen und vertreten.

Heutzutage ist die Welt arbeitsteilig organisiert – eine Nachhaltigkeit auf rein lokale Kreisläufe reduzieren zu wollen, ist nicht sehr sinnvoll und eher Ausdruck eines naiven rückschrittlichen Biedermeierdenkens. Wir brauchen heute globale Nach-

haltigkeit und da spielt auch die internationale Fairness eine wesentliche Rolle. Ich bin sehr froh, dass die Naturfreunde Internationale auch Gruppen in Afrika hat, die uns die andere Seite der europäischen Sicht- und Lebensweise vor Augen führen. Eines unserer Angebote ist z. B., dass Naturfreundegruppen sich von senegalesischen Naturfreunden das Land und die Probleme zeigen lassen und dann hautnah erleben, was wirklich passiert.

Etwa welche Lebensmittel man heute im Senegal kaufen kann, nämlich von der EU subventionierte; wie gleichzeitig Staaten wie China und Saudi Arabien das Land oder Fischereirechte aufkaufen. Dabei gehen die lokale Landwirtschaft und Fischerei praktisch vor die Hunde. Landflucht und Verarmung sind die Folge. Unsere Gruppen kommen meist motiviert zurück, helfen dann bei gemeinsamen Projekten mit und verstehen, warum man in Europa einiges ändern muss.

Wie lange gibt es die Naturfreunde im Senegal?

Die gibt es schon seit 1983 – aber ohne unser Zutun. Wir haben sie erst 1995 kennengelernt.

Ihr habt sie also nicht „kolonialisiert“?

Die ursprüngliche Gründung der Naturfreunde ist eng mit der Arbeiterbewegung verbunden. Wenn man



Wir brauchen heute globale Nachhaltigkeit und da spielt auch die internationale Fairness eine wesentliche Rolle. Ich bin sehr froh, dass die NFI auch Gruppen in Afrika hat, die uns die andere Seite der europäischen Sicht- und Lebensweise vor Augen führen.

sich die Lebensverhältnisse im Wien der Jahrhundertwende ansieht, versteht man, dass Menschen sich um die Erholung der ArbeiterInnen Sorgen gemacht haben. Diese Bewegung konnte nur in Europa entstehen: mit Industrialisierung und Arbeiterschaft, dem Kampf um den Achtstundentag, Anrecht auf Urlaub und Freizeit.

Heute sieht die Welt anders aus, in Afrika und Asien haben die Menschen ganz andere Arbeits- und Lebenskulturen. Es gibt dort weniger Trennung von Arbeit und Freizeit – leider. Das bedeutet ganz andere Voraussetzungen für gewerkschaftliche oder sozialdemokratische Arbeit.

Die Menschen in diesen Ländern gehen zudem nicht „in die Natur“, weil die Natur meist unwirtlich oder gar gefährlich ist. Die Naturfreunde in Afrika machen daher andere Projekte als wir: Sie kämpfen gegen die Wüstenbildung oder informieren in Schulen über die Wiederaufforstung.

Das ist natürlich dort viel wichtiger als wandern zu gehen. Diese Projekte fördern wir – es gibt einen internationalen Know-how-Austausch, einen Informationstransfer von Norden nach Süden und wir stellen auch Geld zur Verfügung.

2011 haben wir zum Beispiel eine Konferenz zum Thema „Klima und Entwicklung“ in Dakar gemeinsam veranstaltet.

Von Europa nahmen vielleicht 40 Leute teil, aus Afrika mehr als 200 Menschen aus Senegal, Mali, Togo

etc. Ausgestattet mit Laptop und Handy wissen die total Bescheid über all diese Themen – oft besser als „unsere“ Experten – da mussten einige von uns ihr Bild von Afrika deutlich korrigieren.

Klima und Entwicklung – welche Rolle spielt die Energiefrage bei den Naturfreunden?

Die Naturfreunde gehörten zu den Ersten, die zu Protesten gegen Zwentendorf aufgerufen haben und mitmarschiert sind.

Die Technologie der Atomkraft ist mit unbeherrschbaren Gefahren verbunden, wie wir bei Tschernobyl oder Fukushima schmerzvoll erleben mussten.

AKWs können nur deshalb billiger Energie anbieten, weil sie über staatliche Garantien verfügen und viele Kosten, wie die Lagerung des 100.000 Jahre strahlenden Atomabfalls, einfach auf zukünftige Generationen geschoben werden. Wenn es uns je gelingt, diesen Müll irgendwo zu lagern, werden wir dieses Lager ständig beobachten und instand halten müssen. Denn es gibt kein Endlager, wo man Atomabfall auf immer vergessen kann.

Das sind Kosten und Probleme, die wir zukünftigen Generationen aufbürden, die vermutlich gar keine AKWs mehr betreiben werden, aber sich ständig drum kümmern werden müssen, die Gefahren in diesen Lagern in Schach zu halten. Das Hauptproblem der nachhaltigen Energie-

politik ist, dass die Abstimmung an der Steckdose oder an der Zapfsäule stattfindet. Wir haben zwar eine vernünftige Energiewende in der Energieerzeugung eingeleitet, aber gleichzeitig ein laufendes Energieverbrauchswachstum, welches wir derzeit einfach nicht in den Griff bekommen.

Zur Förderung der Effizienz und des Energiesparens benötigen wir unbedingt eine ökologisch-soziale Steuerreform, das heißt, wir müssen den Verbrauch von Rohstoffen und Energie höher besteuern und gleichzeitig die Lohnsteuer deutlich senken. Denn auch die Energiearmut ist bereits heute ein großes Problem.

Diejenigen, die wenig Geld haben, sind am meisten zum Energieverschwendung verurteilt. Sie wohnen in schlecht isolierten Gebäuden, haben alte, energieintensive Elektrogeräte.

Die, die genügend Geld haben, denen tut teurer Sprit, teurere Energie nicht besonders weh – die zahlen das. Daher eine sozial gestaltete Energiebesteuerung, bei der Lohnabhängige einen Ausgleich zu den höheren Energiekosten erhalten.

Das ist auch nachhaltig: In dem Moment, in dem andere Formen der Energieherstellung, Energienutzung umgesetzt werden, entstehen neue Industriezweige und damit auch Arbeitsplätze, eher nachhaltige Jobs als Green Jobs.

Das klingt, als wären Sie Green Jobs gegenüber misstrauisch.

Das Wort Green Jobs wird gerne missbraucht – unter Green Jobs werden ja offenbar vorwiegend Jobs in der Landwirtschaft verstanden, da geht es mehr um verdeckte Landwirtschaftsförderung.

Es gibt auch eine internationale Debatte dazu, in der wir Naturfreunde unter anderem verlangt haben, eher von nachhaltigen Jobs zu sprechen und dafür klarere Kriterien zu definieren.

Und was wären das für Berufe?

Alle, die mit Nachhaltigkeit in verschiedenen Sektoren zu tun haben, aber gleichzeitig fair entlohnt werden. In der Energiewirtschaft zum Beispiel kann man jede Menge nachhaltige Jobs schaffen.

Im Gegensatz zum landläufigen Verständnis erfordert Nachhaltigkeit viel Wissen und den Einsatz hochtechnologischer Prozesse sowie einen hohen Aufwand an Koordination und Zusammenarbeit.

Wieso macht sich eine NGO wie die Naturfreunde so viele Gedanken um Green Jobs und Energiepolitik und was konkret tut ihr?

Nachhaltigkeit kann man nicht auf einen Sektor beschränken. Es ist ein Prozess, der einzelne KonsumentInnen, die Industrie und die Politik einbeziehen muss.

Dafür braucht es einen Bewusstseinswandel. Und die Frage ist ja: Wer soll es denn machen, wenn nicht Zivilgesellschaften, die sich mit solchen Fragen laufend auseinandersetzen müssen?

Wir sind europäisch organisiert, haben eine Vertretung in Brüssel und versuchen, die europäische Politik entsprechend zu beeinflussen. Viele Entscheidungen müssen heute auf europäischer Ebene getroffen werden und können nicht mehr national behandelt werden.

Lobbying für die gute Sache?

Das kann man so sagen. Die Naturfreunde Deutschland und die Natur-

freunde in Österreich starten jetzt gemeinsam eine Kampagne gegen Euratom. Wir machen also mehr als Lobbying, wir bringen auch Menschen auf die Straße und setzen Aktionen. Als NGO sitzen wir nicht an den Entscheidungshebeln, aber wir können BürgerInnen mobilisieren, Bewusstsein bilden und versuchen, an den europäischen Schaltstellen Einfluss zu nehmen.

Gibt es Allianzen mit anderen NGOs?

Wir sind Mitglied der sogenannten „Green 10“, das sind die zehn europäischen Umweltverbände, die sich in Brüssel organisiert haben. Wir koordinieren uns beim europäischen Lobbying, Kampagnen macht dann jede Organisation allein.

Aber im Unterschied zu den meisten anderen NGOs finanzieren wir uns hauptsächlich aus Mitgliedsbeiträgen, müssen unsere Aktionen nicht auf das Gewinnen möglichst vieler Spenden auslegen, was immer die Gefahr der Simplifizierung in sich birgt.

Da fokussiert man dann auf Wale, Robbenbabys usw. weil das potenzielle SpenderInnen besser verstehen. Wir meinen, wir brauchen nicht SpenderInnen, sondern informierte und aktive BürgerInnen, um etwas zu verändern – und natürlich internationale Zusammenarbeit.

Wie schwierig ist es heutzutage, eine Art „politische“ Freizeitorganisation zu sein?

Die Organisation ändert sich entsprechend der Mitglieder. Unsere Mitgliedsverbände haben natürlich in den letzten Jahren stark das Service für ihre Mitglieder ausgebaut und ausbauen müssen. Aber Mitglieder haben, glaube ich, nichts gegen Politik für die Umsetzung einer nachhaltigen Lebensgestaltung – da sind sie sogar dafür. Sie haben nur Angst vor Parteipolitik.

Ich glaube, dass man den Mitgliedern mehr Politik zumuten kann, als man allgemein annimmt. Viele Leute

wollen ja was verändern, sie wissen nur nicht mehr, wo sie ansetzen und wem sie vertrauen können.

Ihr persönlicher Beitrag für eine bessere Welt, ein nachhaltigeres Leben?

Ich habe kein Auto, ich fahre sehr viel mit dem Fahrrad. Mein größter Beitrag für Nachhaltigkeit ist mein ehrenamtliches Engagement bei den Naturfreunden.

Privat haben meine Frau und ich einen chinesischen Flüchtling als Patensohn aufgenommen, dafür gekämpft, dass er eine Ausbildung und Arbeit bekommt – und der inzwischen schon zwei Kinder hat, die nun wieder mit mir und meiner Frau Deutsch lernen.

Und in meinem Beruf als Manager in einem öffentlichen Energieunternehmen versuche ich stets, den Nachhaltigkeitsgedanken auch umzusetzen.

Wir danken für das Gespräch.

Das Interview führte Katharina Klee für Arbeit&Wirtschaft.

Internet:

Naturfreunde Internationale:
www.nfi.at

Naturfreunde Österreich:
www.naturfreunde.at

Zu Gast im Senegal:
tinyurl.com/ckpj9ar

Broschüren der NFI, z. B. Alpiner Wintertourismus und Klimawandel. Die Naturfreunde Österreich und die Naturfreunde Internationale veranschaulichen mit der neuen Broschüre „Alpiner Wintertourismus und Klimawandel“ die Folgen des Klimawandels sowie die Reaktionen der Tourismusbranche und liefern zudem Vorschläge für nachhaltige Alternativen.
tinyurl.com/csf2frn

Schreiben Sie Ihre Meinung an die Redaktion
aw@oegb.at

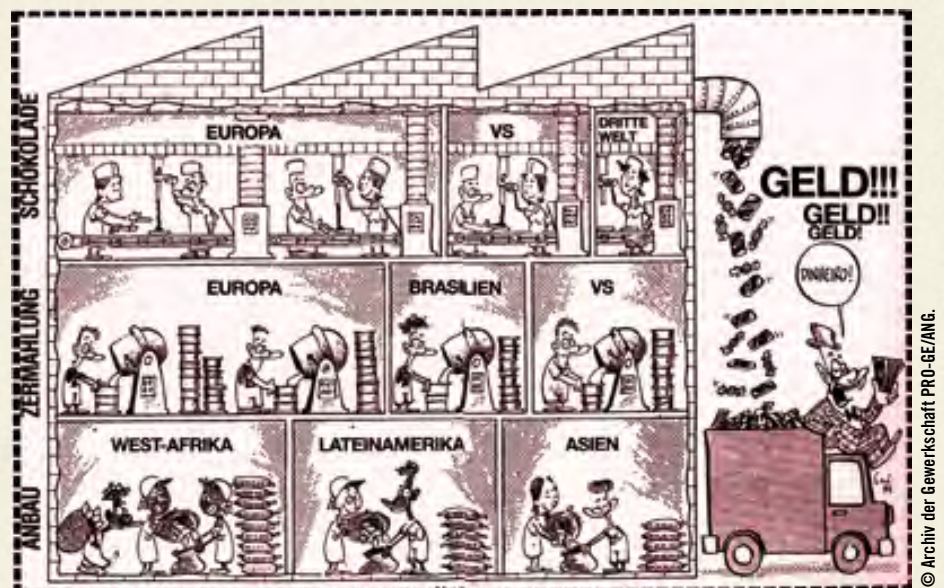
Das Kakaoprojekt

Ein Gewerkschaftsnetzwerk begann in den 1980er-Jahren die Kampagne gegen Ausbeutung und Profitgier in einer globalen Produktionskette.

Im Vorwort der 1991 erschienenen Informationsbroschüre zum Kakaoprojekt „Die Welt-schokoladefabrik“ war zu lesen: *Gewerkschaften von Kakao- und Schokoladenarbeitern aus vielen Teilen der Welt werden sich immer stärker der Tatsache bewusst, dass es einer internationalen Strategie bedarf, um die Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten.*

Der Hintergrund: Die Kakao und Schokolade verarbeitende Industrie stand mitten in einem rasanten Konzentrationsprozess. Im Zuge einer Übernahmewelle wurden viele kleine Betriebe von einigen großen Konzernen aufgekauft und die „Superriesen“ schluckten die „Riesen“. Um 1990 beherrschten nur mehr fünf dieser „Superriesen“ die globale Kakaokette von Plantagen über Fabriken bis zu Handelsunternehmen. Sie nutzten ihre Macht ohne Skrupel aus, verschlechterten auch in Europa und den USA die Arbeitsbedingungen und setzten alles daran, die Löhne zu senken. Die großen Produktionsüberschüsse führten zum Sturz des Kakao-preises, die Löhne der Plantagen- und FabrikarbeiterInnen in Asien und Lateinamerika sanken noch mehr und der Versuch zur Gewerkschaftsgründung wurde oft brutal niedergeschlagen. Unzählige von der Kakaokette abhängige kleine Bäuerinnen und Bauern mussten aufgeben, nicht zuletzt, weil sie durch die – verlangte – Verwendung von Insektiziden und Kunstdünger zu stark belastet waren.

Das Kakaoprojekt entstand als gemeinsame Initiative des transnationalen gewerkschaftlichen Informationsaustauschzentrums TIE, der niederländischen Nahrungsmittelgewerkschaften und der Global Unions der Lebensmittel- und LandwirtschaftsarbeiterInnen. Zunächst ging man daran, ein Kontaktnetz



Poster südamerikanischer Gewerkschaften über die „Weltschokoladefabrik“. Globale Solidarität ist die einzige Chance gegen die Ausbeutung der ArbeiterInnen in den globalen Produktionsketten.

zwischen den Beschäftigten in der Produktionskette eines Konzerns zu knüpfen, zum Beispiel bei Jacobs-Suchard, wo der Plan, über 20 Fabriken in aller Welt zu schließen, bekannt geworden war. 1989 leiteten europäische GewerkschafterInnen im Rahmen des Kakaoprojekts eine Kampagne gegen die Sonntagsarbeit ein und erreichten immerhin, dass Pläne zur „Harmonisierung der Arbeitsgesetzgebung“ in der EU und damit zum Abbau mühsam erkämpfter Standards teilweise unterlaufen werden konnten.

Die Sinnhaftigkeit des gewerkschaftlichen Netzwerks zeigte sich auch im Hinblick auf die Bekämpfung von Gesundheitsgefahren durch den Einsatz von schädlichen Chemikalien: Hafenarbeiter in Amsterdam klagten über Schwindel und Übelkeit, nachdem sie Säcke mit Ka-

kaobohnen entladen hatten. Durch ihre Kontakte zu den Kolleginnen und Kollegen in den „Kakaoländern“ konnten die niederländischen Nahrungsmittelgewerkschaften die Ursache feststellen. In den Ausgangshäfen wurden zur Insektenvertilgung **Phosphintabletten** zwischen die Säcke gelegt. Phosphin ist ein hochkonzentriertes Gift, das nicht nur die Gesundheit der Hafentarbeiter in Brasilien, der Elfenbeinküste und den anderen Anbauländern sowie in Europa gefährdete, sondern über die Bohnen bis in die Fabriken und zu den KonsumentInnen gelangte. Nach einer Gewerkschaftskampagne wurde die Verwendung dieses Schädlingsbekämpfungsmittels wenigstens eingeschränkt.

Brigitte Pellar
brigitte.pellar@aon.at

Nachhaltigkeit – mehr als nur ein Wort

Noch immer sind nicht alle Unternehmen bereit, Verantwortung zu übernehmen.

Autoren:

Günter Horniak

ehemaliger CSR-Beauftragter
der BAWAG P.S.K.

Ulrich Schönbauer

Sozialforscher, Abteilung Betriebswirtschaft

Wenn Unternehmen von Verantwortung und Nachhaltigkeit sprechen, werden oft andere Begriffe dafür verwendet: Corporate Social Responsibility (CSR), Corporate Responsibility (CR), Unternehmensverantwortung, gesellschaftliches Engagement, Corporate Citizenship (CC) etc. Gemeint ist jedoch meist CSR – ein Managementkonzept zur „freiwilligen“ Einbeziehung von Ökologie und Sozialem in das ökonomische unternehmerische Wirkungsfeld. Ernsthaft betrieben – eben als Managementkonzept – wäre CSR durchaus in der Lage, Nachhaltigkeit und Verantwortung systematisch in Unternehmen zu etablieren.

Nicht verboten ist erlaubt

In dem 2001 von der Europäischen Kommission vorgelegten **Grünbuch** für die soziale Verantwortung der Unternehmen wird CSR noch als eine im Wesentlichen freiwillige Verpflichtung der Unternehmen definiert, auf eine bessere Gesellschaft und saubere Umwelt hinzuwirken. Was folgte, war eine über zehn Jahre anhaltende Auseinandersetzung um die Freiwilligkeit: Kann unternehmerische Verantwortung tatsächlich nach dem Prinzip „Alles, was nicht verboten ist, ist erlaubt“ funktionieren? War es realistisch, anzunehmen,

dass Unternehmen in Eigenregie soziale Verantwortung in ihre grundsätzliche Unternehmensstrategie, ihre Managementinstrumente und ihre Unternehmensaktivitäten einbeziehen würden?

Ein Jahrzehnt später ist von den einstmaligen kühnen Visionen nur noch wenig übrig. Selbst die Europäische Kommission glaubt in ihrer jüngsten Mitteilung zur CSR-Strategie 2011 bis 2014 nicht mehr, dass eine auf Freiwilligkeit basierende Selbstregulierung die ethischen Standards der Unternehmensführung merklich anheben würde. Etwas **kryptisch** formuliert sie, dass durch „bestimmte Regulierungsmaßnahmen“ ein Umfeld geschaffen werden müsse, das Unternehmen eher dazu veranlasst, ohne Zwang ihrer sozialen Verantwortung nachzukommen. In ihrer neuen CSR-Definition ist allerdings von Freiwilligkeit nicht mehr die Rede. Da heißt es schlicht: „CSR ist die Verantwortung von Unternehmen für ihre Auswirkungen auf die Gesellschaft.“ Ein konkreter Aktionsplan für den Zeitraum 2011 bis 2014 soll die Umsetzung unterstützen.

Viele ArbeitnehmerInnenvertretungen begegneten CSR-Initiativen bislang mit einer gehörigen Portion Skepsis. Zu eklatant war einfach das Missverhältnis zwischen Anspruch und Wirklichkeit, wobei Österreich sogar noch eine Sonderstellung einnahm. Gemessen an der Nachhaltigkeitsberichterstattung ist das CSR-Bewusstsein in den österreichischen Unternehmungen nämlich besonders gering ausgeprägt. Nach einer aktuellen Studie von Ernst & Young („Werte schaffen. Verantwortung zeigen.“) erstellen von den 100 umsatzstärksten Unter-

nehmen sowie den fünf Top-Kreditinstituten und den fünf Top-Versicherungen (110 Unternehmen) nur 25 einen Nachhaltigkeitsbericht (23 Prozent)! Europaweit führt Großbritannien das Spitzefeld mit 100 Prozent an, gefolgt von Frankreich mit 94 Prozent und Dänemark mit 91 Prozent. In Spanien liegt der Anteil bei 88 Prozent, in Finnland bei 85 Prozent, in den Niederlanden bei 82 Prozent und in Schweden berichten 72 Prozent der Top-100-Unternehmen. Auch in unseren Nachbarländern Schweiz (64 Prozent) und Deutschland (62 Prozent) erstellen mehr Unternehmen als in Österreich einen solchen Bericht, was uns auf einen der hintersten Plätze im Ranking verweist. Auch wenn eine Berichterstattung nicht unmittelbar als Indiz für eine generell nachhaltige Wirtschaft gesehen werden kann, beweist diese zumindest Bewusstsein. Dieses fehlt den österreichischen ManagerInnen zu einem großen Teil.

Vernetzung erwünscht

Die Ergebnisse einer Online-Umfrage der Arbeiterkammer Wien bei Betriebsrätinnen und -räten weisen in eine ähnliche Richtung. Nur 20 Prozent der Befragten hatten in ihrem Unternehmen eine/einen CSR- oder Nachhaltigkeitsbeauftragte/n. Andererseits: Ist einmal diese Funktion eingerichtet, so gibt es seitens der Betriebsrätinnen und -räte durchaus die Bereitschaft zur Zusammenarbeit. 49 Prozent würden sich eine Vernetzung mit ihren CSR- oder Nachhaltigkeitsbeauftragten im Sinne einer Allianz wünschen! Wo wäre nun bei einer derartigen Vernetzung an-

Die Beschäftigungspolitik, der Rohstoffverbrauch, die Emissionen, die Kundenkommunikation usw., all diese Unternehmensaktivitäten können hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Auswirkungen überprüft und gegebenenfalls optimiert werden.



zusetzen? In seinem **Shared-Value**-Modell geht der Harvard-Professor Michael E. Porter davon aus, dass der gesamte Wertschöpfungsprozess hinsichtlich des gesellschaftlichen Mehrwerts auszuloten ist. Die Beschäftigungspolitik, der Rohstoffverbrauch, die Emissionen, die Kundenkommunikation usw., all diese Unternehmensaktivitäten können hinsichtlich ihrer gesellschaftlichen Auswirkungen überprüft und gegebenenfalls optimiert werden.

Sicherlich: Gegenwärtig fehlt es noch an erprobten Instrumenten einer nachhaltigen Unternehmensführung. Umso mehr empfiehlt es sich, nicht auf den großen Wurf zu warten, sondern mit kleinen Schritten zu beginnen.

Strategische Allianzen mit BR

Wie können unter diesen Rahmenbedingungen strategische Allianzen zwischen Betriebsrätinnen bzw. Betriebsräten und CSR-Beauftragten aussehen? Gelingen können diese nur mit einem integrierten Ansatz. Nachhaltigkeits- und Unternehmensstrategie müssen abgeglichen werden, Werte und Kultur berücksichtigt sein, Strukturen integriert, Prozesse aufgesetzt, IT- und zu guter Letzt Managementsysteme implementiert werden. Am Beginn steht aber die Verbreitung des notwendigen Wissens über CSR im Unternehmen. Aufgrund des fehlenden **Commitments** kann man sich oftmals nur einer „Guerilla-CSR“ bedienen. Was bedeutet das in aller Kürze?

CSR ist eine Querschnittsmaterie, d. h. jeder Bereich einer Organisation ist davon betroffen und muss einen Beitrag leisten. Nachdem Vorstand und Manage-

ment sehr oft „beratungsresistent“ sind, gilt es daher, Verbündete auf allen Ebenen zu suchen und zu finden. Das können einzelne Vorstände, Bereichs- und AbteilungsleiterInnen, aber auch Gruppen- und TeamleiterInnen sein, die durchaus in einem Unternehmen arbeiten möchten, in dem Nachhaltigkeit und Verantwortung Werte sind, die sich aber in den großen Gremien nicht offen für das Thema einsetzen möchten. Auf diese Art und Weise können oftmals kleinere Nachhaltigkeitsprojekte erfolgreich umgesetzt werden.

Ebenso wichtig ist aber der Kontakt mit den MitarbeiterInnen jedes einzelnen Bereiches und jeder Abteilung. Ein Termin für eine Präsentation vor einer größeren Gruppe ist oft leichter zu erreichen als ein Termin bei einem/einer ManagerIn. Mit einer Präsentation und Diskussion darüber, was denn CSR überhaupt ist, bei der auch detailliert angeführt wird, was genau dieser Bereich bzw. diese Abteilung/Gruppe für die Nachhaltigkeit des Unternehmens leisten könnte, legt man ein kleines Samenkorn nach dem anderen. Im Gegensatz zum Management, das immer auch Sachzwänge als Ausrede gegen Nachhaltigkeit benützt, sind einzelne MitarbeiterInnen dem Thema gegenüber aufgeschlossener, da für sie Nachhaltigkeit und Verantwortung im Privatleben sehr wohl wichtige Punkte sind und ihnen das Verständnis fehlt, warum sich das eigenen Unternehmen nicht mit seiner Verantwortung auseinandersetzen möchte. Im nächsten Schritt wird eine Nachhaltigkeits-Community gegründet. Dazu lädt man die engagiertesten MitarbeiterInnen, aber auch Füh-

rungskräfte aus den unterschiedlichsten Bereichen ein. Diese informelle Plattform dient zum gemeinsamen Austausch, zur Ideeneinbringung und zur Diskussion von Nachhaltigkeitsagenden des Unternehmens. Als „Change Agents“ tragen die Beteiligten natürlich das Thema in ihre Abteilungen und sorgen für ein wachsendes Nachhaltigkeitsbewusstsein.

Zeit für gelebte Nachhaltigkeit

Die angeführten Punkte klingen simpel, können aber den Boden für eine neue Führungsphilosophie aufbereiten. Wenn schließlich auch noch das Management die Vorteile von Verantwortung und Nachhaltigkeit erkennt, kann es bereits auf das so wichtige Commitment vieler MitarbeiterInnen zählen. Im Rahmen des „gesellschaftspolitischen Diskussionsforums“ (GEDIFO) wollen wir eine eigene Plattform für Betriebsrätinnen und -räte sowie CSR-Beauftragte bilden, auf der Konzepte und Strategien für die Implementierung von CSR entwickelt und ausgetauscht werden können. Nach dem Jahrzehnt der hehren Worte ist es hoch an der Zeit für eine gelebte Nachhaltigkeitspraxis.

Internet:

Mehr Infos unter:

www.gedifo.at/category/csr-2

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autoren

guenter.horniak@chello.at
ulrich.schoenbauer@akwien.at

oder die Redaktion
aw@oegb.at

Strategie reloaded

„Nachhaltigkeit“ ist seit dem UNO-Weltgipfel in Rio de Janeiro 1992 ein zentraler politischer Begriff. Österreichs Nachhaltigkeitsstrategie wurde überarbeitet.

Autor: Werner Hochreiter

Jurist, AK Wien – Abt. Umwelt und Verkehr,
vertritt die AK im Komitee Nachhaltiges
Österreich

Zehn Jahre nach der Konferenz von Rio fand eine Nachfolgekonferenz statt. Die EU nahm das zum Anlass, ihre erste Nachhaltigkeitsstrategie zu präsentieren. Das gab auch in den EU-Mitgliedsstaaten den Anstoß für nationale Nachhaltigkeitsstrategien. Im Gegensatz zu früheren Entwürfen, die einseitig auf Umweltpolitik zugeschnitten waren, machte die EU-Strategie deutlich, dass „nachhaltige Entwicklung“ ein an Langfristigkeit orientiertes Leitbild ist – mit dem Ziel, eine gleichzeitig ökologisch, sozial und ökonomisch erfolgreiche Zukunft zu sichern.

Herausforderungen

Um eine nachhaltige Entwicklung in Gang zu bringen, bedarf es einer Reihe grundlegender Änderungen. Politik muss einen Ausgleich anstreben zwischen menschlichen Bedürfnissen und der Leistungsfähigkeit der Natur, zwischen Wünschen der gegenwärtigen und der künftigen Generationen und zwischen Bedürfnissen der Armen und der Reichen.

Sie kann daher nicht mehr rein sektoral betrieben werden, und das rüttelt am Politikverständnis aller Beteiligten. So können Ministerien auch im eigenen Wirkungsbereich nicht mehr allein Politik machen und etwa Verkehrspolitik will mit Umwelt- und Sozialpolitik gleichrangig abgestimmt sein. Bund und Länder müssen sich abseits forma-

INFO & NEWS

Anforderungen an Nachhaltigkeit

„Nachhaltige Entwicklung ist jene Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen“. So hat es 1987 die UN World Commission on Environment and Development („Brundtland-Kommission“) definiert. Das war dann 1992 Basis für die **AGENDA 21**, das am Weltgipfel in Rio verabschiedete weltweite Aktionsprogramm.

Nachhaltigkeit erfordert einen politischen Ausgleich bzw. eine Umverteilung

1. zwischen menschlichen Bedürfnissen und der Leistungsfähigkeit der Natur,
2. zwischen den Bedürfnissen der gegenwärtigen und der künftigen Generationen und
3. zwischen den Bedürfnissen der Armen und der Reichen.

Politikansätze, über die eine nachhaltige Entwicklung erreicht werden soll, müssen demnach auf Langfristigkeit angelegt sein und die ökonomischen, ökologischen und sozialen Fragen in einer integrierten Weise behandeln.

Dazu wird oft als weitere Anforderung Good Governance genannt. Good Governance soll partizipativ, verlässlich, transparent, ‚responsive‘ (kann mit ‚auf Ansprüche reagierend‘ übersetzt werden), effektiv und effizient, gleich und umfassend sein sowie das Recht befolgen.

ler Zuständigkeiten noch enger koordinieren. Bei der nachhaltigen Entwicklung, die als globale Herausforderung begriffen werden will, potenzieren sich die Herausforderungen mit jeder weiteren Ebene, sei es die europäische oder die globale.

Kritikpunkte

Auch die österreichische Bundesregierung ließ 2001 eine Nachhaltigkeitsstrategie (NSTRAT) ausarbeiten. Sie ignorierte dabei jedoch dieses komplexe Umfeld völlig. Jede Institution – Ministerien, Länder, Gemeinden – konnte mitmachen oder auch nicht. Und es fehlte das Verständnis einer gemeinsamen Aufgabe: Das Umweltministerium bemühte

sich zwar zu koordinieren, war aber überfordert. Die Folge war eine Strategie ohne ernst zu nehmende Auswirkung auf die reale Politik.

Zudem fielen auch die Inhalte – gelinde gesagt – sehr speziell aus. Die Strategie, die an sich auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens beruhen sollte, ging nachträglich durch die diversen politisch eingefärbten Ministerbüros und wurde „angereichert“ mit unzähligen Passagen von schwarz-blauer Regierungs-PR, zum Nulldefizit, über Terrorabwehr bis zum Kindergeld, während in den wesentlichen Bereichen konkrete Ziele gestrichen wurden. Für PolitikerInnen hat das den Vorteil, dass ein Versagen nicht gemessen werden kann – es macht aber eine Strategie völlig

So will etwa Verkehrspolitik mit Umwelt- und Sozialpolitik gleichrangig abgestimmt sein. Bund und Länder müssen sich abseits formaler Zuständigkeiten noch enger koordinieren.

BUCHTIPP

Was braucht es zur Zukunftsfähigkeit?
AK-Studie: „Von der Umweltpolitik zur Nachhaltigkeit?“, Informationen zur Umweltpolitik 149.
Download unter: wien.arbeiterkammer.at bei Studien/Umwelt.

nutzlos. Das fehlende Gewicht der NSTRAT zeigte sich auch in weiterer Folge: Der Ministerrat nahm sie nur „zur Kenntnis“, das Parlament wurde nie mit ihr befasst und bei Versuchen zur Umsetzung erhielt sie keine ernsthafte politische Unterstützung durch die Regierung. Zwar bemühte sich das Umweltministerium und richtete einige Gremien und Beiräte ein, aber bei wesentlichen Ministerien fehlte jeder ernsthafte Wille zur Zusammenarbeit. Die Kritikpunkte wurden auch durch eine externe Evaluation Ende 2005 (Adelphi Consult u. a.) und einen kritischen Rechnungshofbericht 2010 bestätigt.

Neustart

Im Endeffekt ist die NSTRAT an ihren Geburtsfehlern und daran gescheitert, dass sie als nachhaltiges schwarzblaues Feigenblatt erhalten sollte. Die weitere Entwicklung ging in Österreich – aber auch global – nicht hin zu, sondern weg von einer nachhaltigen Entwicklung. Die AK fordert daher schon seit Jahren eine Neuerstellung der Strategie, z. B. 2005: „Notwendig ist eine völlige Überarbeitung und Neufassung der Österreichischen Nachhaltigkeitsstrategie unter Ein-

bindung von NGOs, Ländern und Sozialpartnern. Hauptaufgabe dabei ist die Fokussierung der Strategie auf wichtige Kernpunkte. Diese müssen aber sehr konkret formuliert und mit verpflichtenden Zielen und Fristen versehen sein. Dass nachträglich eingefügte Regierungswerbeeinschaltungen entfernt werden und keine neue PR zugefügt wird, sollte selbstverständlich sein. Außerdem müssten soziale Nachhaltigkeitsaspekte deutlicher ausgearbeitet bzw. konkret aufgenommen werden.“

Im aktuellen Regierungsprogramm haben die Koalitionspartner auf Vorschlag der AK eine Textpassage vereinbart, die nun zu einer kompletten Neuerstellung der NSTRAT führt. Die konkreten Arbeiten haben im November begonnen – anhand von zehn Handlungsfeldern sollen alle drei Nachhaltigkeitsdimensionen abgedeckt werden. In dieser ersten Runde der Diskussion, an der VertreterInnen der Ministerien und der Sozialpartner beteiligt sind, ist primär das „Was“ Thema. In einer zweiten Diskussionsrunde im neuen Jahr wird es um die Operationalisierung – also um das „Wie“ – gehen. Ziel ist es, die Strategie vor dem Sommer 2012 fertigzustellen, um zum „Rio +20“-Jubiläum bzw. zum Ende Juni wieder in Rio de Janeiro stattfindenden Weltgipfel mit einer neuen Strategie dazustehen.

Ausblick

Die NSTRATneu richtet sich hauptsächlich an Politik und Verwaltung auf Bundesebene. Ihre Leitbilder, Ziele und Ansätze sollen dann Grundlage für die Ent-

wicklung konkreter Maßnahmen auf Bundesebene sein.

Die Wirksamkeit der NSTRATneu ist ungewiss. Manches spricht dafür, dass es ihr besser ergehen wird als ihrer Vorgängerin. So sind diesmal Kanzleramt und Umweltministerium gemeinsam verantwortlich. Das kann die Akzeptanz des Prozesses auch bei anderen Ministerien erhöhen. Manches spricht auch dagegen, wie etwa der Versuch eines Ministeriums, schon zu Beginn halb fertige, bereits in der Öffentlichkeit gescheiterte Projekte über die Nachhaltigkeitsstrategie wieder zu beleben. Garniert war dies mit Drohungen, den Prozess platzen zu lassen. Schon die alte Strategie ist an einem Zuviel an hohler Regierungs-PR zugrunde gegangen.

Internet:

Das Nachhaltigkeitsportal des Umweltministeriums enthält brauchbare Informationen, aber auch etliche Nachhaltigkeitschmähs:
www.nachhaltigkeit.at

Das Netzwerk Soziale Verantwortung nimmt soziale Nachhaltigkeit ernst:
www.netzwerksozialeverantwortung.at

Lexikon der Nachhaltigkeit bietet viele Infos:
www.nachhaltigkeit.info

Weltgipfel Rio +20:
www.uncsd2012.org

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor
werner.hochreiter@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Der schmale Grat

„Guter Kapitalismus“ oder ernste soziale Verantwortung? Corporate Social Responsibility ist nicht so schlecht wie ihr Ruf. Richtige CSR will aber gelernt sein.

Autorin: Maja Nizamov
Freie Journalistin

Die Andritz AG befindet sich in Fei-erlaune. Der österreichische Konzern für Anlagenbau konnte 2011 ein gigantisches Projekt an Land ziehen: den Auftrag für „Belo Monte“, das drittgrößte Wasserkraftwerk der Welt, das am Fluss **Rio Xingu** in Brasilien gebaut werden soll. Andritz soll dafür die elektromechanische Ausrüstung liefern. Genauer gesagt: Auf den Turbinen wird „Made in Austria“ stehen, dafür wird Andritz mehr als 300 Mio. vom budgetierten Gesamtvolumen von rund 900 Mio. kassieren.

40.000 Menschen vor Umsiedlung

Während in Wien die Champagnerkorken knallen, sehen sich in Brasilien 40.000 Menschen in ihrer Existenz bedroht. Ihnen – und vor allem den UreinwohnerInnen – stehen Umsiedlungen bevor. Zudem ist die Region am Xingu als eines der letzten funktionierenden Fluss-Systeme **Amazoniens** gefährdet – für den Bau sollen 516 Quadratkilometer Ackerland und Regenwald überflutet werden. Seit bekannt wurde, dass Andritz den Auftrag für Belo Monte erhalten hat, laufen NGOs Sturm. Das Projekt verstieß gegen die Konvention 169 der International Labour Organisation (ILO), lautet der Hauptkritikpunkt. In den Artikeln 6–15 heißt es, dass indigene Bevölkerungsgruppen im Falle einer Bedrohung ihres Lebensraumes ihre „freie, vorherige und informierte Zustimmung“ zu solchen Projekten geben müssen. So weit, so schlecht – denn bislang klingt dieser Fall wie jedes

andere der aufsehenerregenden Riesenprojekte, für die Natur und Mensch geopfert werden. Das Paradoxe an der Geschichte findet sich allerdings in der schriftlich festgehaltenen Geschäftsethik der Andritz AG. Denn diese hat sich der wirtschaftlichen, sozialen und umweltbezogenen Nachhaltigkeit verpflichtet, so steht es in ihrem Code of Conduct: „Der nachhaltige Schutz der Umwelt und die Schonung der natürlichen Ressourcen sind wesentliche Anliegen der Andritz-Gruppe.“

„Tue Gutes und rede darüber“, so beginnt ein Großteil der Medienberichte über Corporate Social Responsibility. Das gilt fälschlicherweise auch als Motto der CSR – einem Konzept, nach dem Unternehmen Umweltbelange und soziale Anliegen nicht nur in ihre Unternehmenstätigkeit, sondern auch in ihre Beziehungen mit den Stakeholdern implementieren.

Das Misstrauen gegenüber CSR ist jedoch ungebrochen. Von zahlreichen SkeptikerInnen wird CSR eher als „Deckmantel des Neoliberalismus“ oder als „gute Seite des Kapitalismus“ betitelt. Wie will ein Tabakunternehmen soziale Verantwortung übernehmen oder ein Ölkonzern umweltbezogene Nachhaltigkeit propagieren? Der Ruf der Corporate Social Responsibility leidet zudem unter dem Mangel an Fachwissen, vor allem auch unter den PR-Leuten. Oft werden CSR-Projekte unbewusst als PR-Strategie abgetan oder PR- und Marketing-Aktionen fälschlicherweise als CSR verkauft. „Man kann aber erst dann von CSR sprechen, wenn es ein Konzept gibt, das an das Kerngeschäft gekoppelt ist“,

sagt Karin Huber von der CSR-Kommunikationsberatung comact. „Wenn ein Fast-Food-Konzern Kinderkrankenhäuser fördert, dann läuft das unter Sponsoring oder Charity, aber nicht unter CSR. Denn das Produkt, das der Fast-Food-Konzern verkauft, ist nach wie vor noch gesundheitsschädlich. Wenn aber der Konzern offen zugibt, dass er derartige Produkte verkauft, aber gute Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter durchsetzen kann und seine Produkte nachweisbar vom Bio-Bauern bezieht, dann kann von sozialer Verantwortung in bestimmten Bereichen gesprochen werden.“

CSR – eine Gratwanderung

Andere Unternehmen wenden CSR nicht richtig an oder nehmen sie nicht ernst genug – wie Andritz. „Das Selbstverständnis der Andritz AG zeigt, wie das Verständnis von CSR bei vielen Unternehmen ist.

Allein die vermeintlich gesetzeskonforme Unternehmenspolitik wird als gesellschaftlich verantwortliches Handeln deklariert“, sagt Marieta Kaufmann, Geschäftsführerin des Netzwerk Soziale Verantwortung. „Für uns ist die Nichteinhaltung von Gesetzen illegales Handeln, die Anwendung von Recht und Gesetz noch kein Grund, sich als sozial oder ökologisch verantwortlich darzustellen.“

Wenn die Idee gut klingt, hapert es meist an der Umsetzung. PR hat eine kosmetische Wirkung, mit PR-Aktionen kann ein Imageproblem kurzfristig und oberflächlich ausgebügelt werden. CSR tut vor allem nur eines: weh. Denn für ein nachhaltiges CSR-Konzept muss sich

ein Unternehmen „ausziehen“ und in die Tiefe gehen, alles aufrollen, erfragen und evaluieren; die Problembereiche müssen beleuchtet und behandelt werden. „Es ist eine Gratwanderung, sie erfordert viel Mut und es ist unangenehm“, sagt Karin Huber. „Die Bereitschaft muss gegeben sein, sich ernsthaft mit dem Unternehmen und den Stakeholdern, besonders den Mitarbeitern, auseinanderzusetzen – auch mit Kritik.“ Denn erst wer die Bedürfnisse seiner MitarbeiterInnen, LieferantInnen, Kundinnen und Kunden kennt, hat die Chance, eine nachhaltige Strategie zu entwickeln.

Lupe am Einkaufswagen

So brachte ein Drogeriemarkt an den Einkaufswagen kleine Lupen an, damit auch die sehgeschwachen Kundinnen und Kunden die winzige Schrift auf den Verpackungen entziffern können. Auf der anderen Seite bot ein Unternehmen für seine MitarbeiterInnen ein Fitnesstraining im örtlichen Fitnessclub an – um 8 Uhr morgens.

Das gut gemeinte Projekt scheiterte, die MitarbeiterInnen fühlten sich gefrotzelt, weil sie nur in der Früh das Gratstraining in Anspruch nehmen konnten. Gleichzeitig getrauten sie sich nicht, das Angebot abzulehnen, und die Unsicherheit machte sich breit: Wenn wir aber nicht trainieren – wird dies von der Unternehmensleitung negativ vermerkt? Findet also keine Einbeziehung von MitarbeiterInnen in die Veränderungsprozesse statt, werden diese vor vollendete Tatsachen gestellt. „CSR macht dann Sinn, wenn CSR-Richtlinien nicht in der Chefetage ausgearbeitet, sondern gemeinsam mit MitarbeiterInnen und BetriebsrätInnen erstellt werden und von Beginn an im Unternehmen verwurzelt sind“, sagt Eva Angerler von der GPA-djp.

Authentizität, Miteinbeziehen von MitarbeiterInnen und das Kommunizieren der Veränderungen sind das Kochrezept für eine „gute“ CSR. „Die Leute müssen laufend über neue Entwicklungen informiert werden. Falsche Kommunikation kann CSR-Projekte im schiefen Licht dastehen lassen“, mahnt Karin Huber. „Gerade MitarbeiterInnen, Menschen, die in einem Unternehmen

quasi ‚leben‘, werden etwas anderes ‚erleben‘.“ Wesentlich ist jedoch, dass sich die CSR-Strategie in der gesamten Unternehmenskultur widerspiegelt und nicht nur kleine kosmetische Korrekturen vornimmt.

„Wir wehren uns gegen Einzelmaßnahmen“, sagt Eva Angerler. „Wenn ich einen Betriebskindergarten eröffne, während viele meiner ArbeitnehmerInnen in einem prekären Arbeitsverhältnis stehen, dann ist das schlichtweg falsch. Nach außen präsentiere ich mich als guter Arbeitgeber, während in meinem Keller die Leichen liegen.“ Sie fordert klare Regelungen für CSR: „Es muss genaue Definitionen geben, was genau unter CSR zu verstehen ist, wie man es überprüfen und nachweisen kann. Da die Implementierung von CSR auf Freiwilligkeit basiert und es keine Richtlinien gibt, interpretiert jedes Unternehmen CSR auf seine Art und setzt seine eigenen Rahmenbedingungen.“ So präsentieren sich Betriebe, die auf den Papierverbrauch achten, nach außen als umweltbewusst, während der Chef jeden Morgen mit seinem Jaguar in den Hof fährt.

„Die Auswirkungen der Maßnahmen müssen messbar und vergleichbar sein“, meint Angerler. „Und für jene Unternehmen, die es mit CSR wirklich ernst meinen, müssen Anreize wie Förderungen geschaffen werden. Im Gegenzug dazu muss deren CSR-Strategie nachweisbar sein.“ Karin Huber setzt zudem noch auf Transparenz und Glaubwürdigkeit: „Viele Nachhaltigkeitsberichte stellen sich als Jubelbroschüren heraus. Deswegen finde ich es gut, dass es Webseiten wie kununu.at oder arbeitgebercheck.at gibt, auf denen Mitarbeiter ihre Unternehmen bewerten.“ Und die Glaubwürdigkeit – die hat Andritz schon längst verspielt.

Internet:

Broschüren-Download und mehr Info:
www.arbeitundalter.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
maja.nizamov@gmx.net
oder die Redaktion
aw@oegb.at



So hat ein Drogeriemarkt an den Einkaufswagen kleine Lupen angebracht, damit auch die sehgeschwachen Kunden und Kundinnen die winzige Schrift an den Verpackungen entziffern können.

Das Recht auf Arbeit

Damit der Mensch nicht zur Wegwerfware am Arbeitsmarkt wird, müssen Ressourcen genutzt werden. Vom Schonen, Reparieren und Reintegrieren.

AutorInnen:
Sophia Fielhauer & Christian Resei
Freie JournalistInnen

Nachhaltiger Umgang mit der Ressource „Arbeitskraft“ beginnt am Arbeitsplatz. Dabei ist es wichtig herauszufinden, wo Belastungsfaktoren liegen. Deshalb führte die humanware GmbH in Kooperation mit AK und ÖGB die Online-Erhebung „Ich mess' den Stress!“ durch, die auch für eine Diplomarbeit an der Uni Wien genutzt wurde. Über 4.000 Menschen nahmen an dieser Erhebung teil.

Immerhin 19 Prozent der Befragten leiden unter einer unangenehmen Körperhaltung, vielfach in der Branche Handel und im Gesundheits- und Sozialwesen. „Viele Arbeitsplätze sollten von Anfang an richtig gestaltet und auf die dort arbeitenden Menschen abgestimmt sein. Und nicht erst dann, wenn erste gesundheitlichen Beschwerden auftreten“, erklärt die für das Projekt verantwortliche Arbeits- und Gesundheitspsychologin Martina Molnar.

Arbeitszufriedenheit im Vergleich

Während Beschäftigte im Gesundheits- und Sozialwesen zwar bei Körperhaltung und Arbeitsstoffen ausgeprägte physische Belastungen zeigen, sind etwa die Werte der Arbeitszufriedenheit und körperlichen wie psychischen Verfassung sehr positiv. Sehr konträr: Die negativste körperliche Verfassung findet sich in der Branche Finanzen und Versicherungen und die negativste Arbeitszufriedenheit ist in Handel, Information/Kommunikation

und öffentlicher Verwaltung feststellbar. Molnar, Gründerin des Instituts humanware GmbH (www.humanware.at): „In den Unterrichtsberufen ist Lärm die ärgste Belastung. Da nützt es nichts, wenn LehrerInnen gratis Yogastunden erhalten.“ Fazit: Gezielte Prävention und Gesundheitsförderung statt Nachsorge.

Doch wenn die Arbeitsbedingungen den Menschen verdrängen, der erste Arbeitsmarkt ihn ausspuckt, bleibt langfristige Beschäftigungslosigkeit.

Eine zweite Chance

Seit 14 Jahren ist das Reparatur- und Service-Zentrum, kurz R.U.S.Z, eine Nachhaltigkeits-Institution für entsorgte Geräte und Menschen. Sepp Eisenriegler, 59, ist ausgebildeter AHS-Lehrer – seinen Schuldienst hat er nie angetreten, in den 1980er-Jahren kam ihm die Projektvorbereitung für „die umweltberatung“ dazwischen.

Eisenriegler spezialisierte sich auf Abfall, blieb dabei und gründete das R.U.S.Z – erst ein sozialökonomischer Betrieb mit AMS-Förderung. Ökologisch, ökonomisch und sozial: „Wir waren 1998 der erste nachhaltige Betrieb Österreichs und haben aus der Sicht des AMS hoffnungslose Fälle reintegriert.“ Beschäftigungslose und Menschen mit Behinderung reparieren gebrauchte Elektrogeräte, die wieder verkauft werden. Credo: „Länger nutzen statt öfter kaufen.“

Martin Österreicher, Sänger beim Augustin-Stimmgewitter und ehemaliger R.U.S.Z-Mitarbeiter, bringt es auf den Punkt: „Mit der Reparatur des

Fernsehers repariere ich mich selbst.“ Auch die aktuelle Eigenentwicklung „Waschmaschinen-Tuning“ (Energieeffizienz-Steigerung alter Waschmaschinen) spendet den Reparateuren neue Kraft. Innerhalb von zehn Jahren konnten 71 Prozent der Transitarbeitskräfte in Beschäftigungsverhältnisse vermittelt werden. Ende 2007 wurde das R.U.S.Z privatisiert. „Für das AMS üben wir zu hochschwellige Tätigkeiten aus, doch sie wollen die sozialökonomischen Betriebe niederschwellig halten. Andere Betriebe sperren zu, wir haben privatisiert.“ Neben einer weiblichen Teilzeitkraft in der Administration sind derzeit ausschließlich Männer beschäftigt: zwölf Vollzeitkräfte, zwei Lehrlinge, die zu Bürokaufmännern ausgebildet werden, und drei Teilzeitkräfte. „Wir sind jetzt diejenigen, die wir früher als sozialökonomischer Betrieb gerne als Kooperationspartner gehabt hätten. Wir sind jetzt erster Arbeitsmarkt.“ Dank R.U.S.Z sind auch das ReparaturNetzwerk Wien (www.reparaturnetzwerk.at) und die Trash DesignManufaktur (www.trashdesign.at) im ehemaligen Tochterbetrieb Demontage- und Recycling-Zentrum D.R.Z entstanden. Vieles wurde repariert – Maschinen mit gravierenden Schäden und Menschen mit schweren Schicksalen.

300 Bewerbungen, 19 Antworten

Eisenriegler hat ein gutes Beispiel zur Hand: Männlich, 45 Jahre, Opfer der strukturellen Arbeitslosigkeit. Die Elektrotechnikfirma siedelte die Produktion in ein Billiglohnland ab, kündigte 150



Immerhin 19 Prozent der Befragten leiden unter einer unangenehmen Körperhaltung, vielfach in der Branche Handel und im Gesundheits- und Sozialwesen.

MitarbeiterInnen. Eineinhalb Jahre und 300 Bewerbungen später – 19 negative Antworten, die restlichen AdressatInnen ignorierten ihn –, begann der Mann zu trinken. „Er wusste nicht mehr, weshalb er aufstehen sollte, wurde geschieden und sein soziales Umfeld beschränkte sich auf Saufkumpare im Wirtshaus.“ Nach ein paar Stunden Sozialbetreuung machte ihm Eisenriegler einen Vorschlag: „Ich wollte ihm die Latte hoch legen und habe ihn als Fahrer eingesetzt. Morgens musste er in den Alkomat blasen, hatte genau drei Chancen negativ zu sein. Ich musste den Advocatus Diaboli spielen, denn Schulterklopfen allein ist leider nicht genug.“ Es hat geklappt – inzwischen hat der Mann wieder einen Job in seiner Branche.

Sepp Eisenriegler wünscht sich Sozialwirtschaft als dritten Sektor: „Unternehmungen, die den Profit nicht an die erste Stelle setzen und eine soziale Komponente leben.“ Einen Plan gegen Arbeitslosigkeit hat er auch: „Wer länger als ein halbes Jahr arbeitslos ist, müsste etwa von der PVA auf seine Leistungsschwächen durchgecheckt werden. Menschen mit 70 Prozent Leistungsfähigkeit müssen eine Chance bekommen, der Betrieb erhält für die 30 Prozent Leistungsdefizit einen Ausgleich. Wenn sich Betriebe davon freikaufen wollen, dann müssen sie eine schmerzhaft hohe Ausgleichstaxe zahlen.“

Der zweite Arbeitsmarkt

LOK heißt Leben ohne Krankenhaus (www.lok.at). Der gemeinnützige Verein wurde 1989 in Wien gegründet, um

Wohnraum und Arbeitsmöglichkeit für geistig behinderte und psychisch kranke Menschen zu schaffen. Heute gibt es drei Beschäftigungsprojekte: LOK Couture (Secondhand-Mode bis Eigenproduktionen, www.lokcouture.at), das LOKal (von Kaffee trinken bis Plattenwaschservice, www.daslokal.net) und LOK unverblümt (lok-unverbluemt.at) – mehr als ein Blumenladen, den die ausgebildete Heilpädagogin Andreja Kumer, 37, leitet. Das Repertoire reicht von Schnittblumen und Topfpflanzen bis Zustell-, Blumengieß-, Umpf- und Pflege-Service.

30 betreute MitarbeiterInnen teilen sich in Vormittags- und Nachmittagsgruppen auf. Kumer: „Im Gegensatz zu anderen Beschäftigungsprojekten müssen die Leute bei uns nicht täglich kommen, sondern können ihre Zeiten mit LOK je nach ihren individuellen Möglichkeiten vereinbaren.“ Ein Kontingenzplatz kann so auch von zwei Personen genutzt werden. Voraussetzung für einen Platz ist eine Bewilligung für Tagesstruktur vom Fonds Soziales Wien.

Schwierig für herkömmliche Firma

Quer durch den psychiatrischen Gemüsegarten vorhanden sind die Krankheitsbilder der betreuten MitarbeiterInnen, viele haben Krankheiten aus dem schizophrenen Formenkreis. Lange Krankenzustände verhindern Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt: „Für eine herkömmliche Firma ist es schwierig, damit umzugehen und die Bereitschaft fehlt. Meine Position wäre schon, dass die **Abschlagszahlungen** erhöht werden.“ Das Betreuungsteam setzt sich u. a. aus einer

Kunsttherapeutin, einer Behindertenbetreuerin und einem Gärtner zusammen. „Bei uns geht es darum, durch regelmäßige Arbeit zu stabilisieren, Soft Skills wie Pünktlichkeit, Kritikfähigkeit und Verlässlichkeit zu erarbeiten. Wir bieten einen Rahmen, sich mit der eigenen Krankheit auseinanderzusetzen und bieten Unterstützung in Krisenzeiten“, erklärt Kumer.

200 Menschen auf der Warteliste

Pro Stunde gibt es ein Taschengeld von zwei Euro, was vom Monatsgewinn übrig bleibt, wird an die MitarbeiterInnen ausgeschüttet. Rund 200 Menschen finden sich auf der Warteliste für die Projekte, die BewerberInnen werden dabei immer jünger. „Wir bieten die niederschwelligsten Projekte, die es für chronisch psychisch kranke Menschen gibt. Die Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt ist nicht das primäre Ziel, doch auf Wunsch unterstützen wir das natürlich.“ Dabei ist etwa der Integrationsfachdienst Jobwärts von Jugend am Werk (www.jaw.at) behilflich.

Internet:

Zum Download:

„Ich mess' den Stress!“
tinyurl.com/d7a7qud

Schreiben Sie Ihre Meinung an die AutorInnen
resei@gmx.de
sophia.fielhauer@chello.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Designed für den Müll

Schon wieder was kaputt. Gebrauchsgüter haben ihr Ablaufdatum oft schon einprogrammiert. Damit es der Wirtschaft gut geht, ist Obsoleszenz notwendig.

Autorin: Astrid Fadler
Freie Journalistin

Die Lebenszyklen von elektr(on)ischen Geräten und anderen Gebrauchsgütern werden immer kürzer. Das liegt allerdings nicht nur an fehleranfälliger, billiger Massenproduktion, sondern hat Methode: Schon in den 1930er-Jahren wurde die sogenannte geplante Obsoleszenz als effizientes Mittel propagiert, um die Wirtschaft anzukurbeln.

Geburtstagsparty für eine Glühbirne

Im Juni 2011 feierte man in Livermore/Kalifornien den 110. Geburtstag der wohl berühmtesten Glühlampe der Welt. Diese wurde 1895 in Ohio erzeugt und 1901 in Betrieb genommen, seitdem leuchtet sie fast unermüdlich – anfangs mit 60 Watt, heute als Nachtlicht mit vier Watt. Die „Jahrhundert-Lampe“ steht im Buch der Rekorde und wird rund um die Uhr von einer Webcam beobachtet. In den USA gibt es noch mehrere andere Lampen dieser Bauart (mit Kohlenfaden), die sich durch eine außergewöhnlich lange Lebensdauer auszeichnen.

Die ersten, Ende des 19. Jahrhunderts von **Thomas Alva Edison** hergestellten Glühlampen brannten durchschnittlich 1.500 Stunden, später konnte die Lebensdauer auf bis zu 2.500 Stunden erhöht werden. 1924 schlossen sich die großen GlühlampenhHersteller (General Electric, Tungsram, Osram, Philips u. a.) zu einem Kartell mit dem vielsagenden Namen Phöbus

(Sonnengott) zusammen. Neben Preis- und Gebietsabsprachen regelten die Beteiligten auch die Lebensdauer von Glühbirnen und beschränkten diese auf 1.000 Stunden. Überschreitungen wurden bis zur Auflösung des Kartells 1941 mit Geldstrafen geahndet.

1953, nach jahrelangem Rechtsstreit, wurde General Electric verurteilt und die künstliche Reduzierung der Lebensdauer von Glühlampen verboten. Trotzdem gaben herkömmliche Glühlampen auch danach schon nach rund 1.000 Stunden ihren Geist auf, die Industrie begründete das mit einem unvermeidlichen Kompromiss zwischen Langlebigkeit und Leuchtkraft.

1981 stellte Tungsram Budapest die „Langlebensdauerglühlampe“ Resista auf der Hannover-Messe vor. Sie brannte 2.500 statt der üblichen 1.000 Stunden. Ein Osram-Direktor meinte dazu nur: „Ihr wollt euch wohl alle arbeitslos machen.“ Heute können manche moderne (und noch immer relativ teure) LED-Lampen bis zu 100.000 Stunden durchhalten, was ca. 11,5 Jahren Dauerbetrieb entspricht. Aber auch sie verlieren mit der Zeit an Leuchtkraft.

Tote Produkte

1932 veröffentlichte der Immobilienmakler Bernard London mit seinem Buch „Ending the Depression through Planned Obsolescence“ seine Ideen gegen die Wirtschaftskrise. Er plädierte dafür, jeden Gebrauchsartikel mit einem vorgegebenen Ablaufdatum zu versehen. Danach sollte dieser als tot gelten und müsste abgegeben werden, Weiterver-

wendung wäre bei Strafe verboten. Offiziell hat sich bisher kein Unternehmen zur geplanten Obsoleszenz bekannt. Doch ob Krise oder nicht, in der Realität gab und gibt es zahlreiche „kreative Lösungen“, um die Verkaufszahlen zu steigern: eingebaute Schwachstellen, beschränkte Haltbarkeit wie bei den erwähnten Glühbirnen oder Rohstoffe von schlechter Qualität. Meist wird gleichzeitig dafür gesorgt, dass Reparaturen unverhältnismäßig teuer oder – etwa wegen nicht mehr lieferbarer Ersatzteile – kaum möglich sind. In der ARTE-Dokumentation „Kaufen für die Müllhalde“ wird etwa das Beispiel von Druckern erwähnt, die nach einer vorgegebenen Anzahl an Kopien einfach den Geist aufgeben. Apropos Drucker: Die Methode, Geräte zu Dumpingpreisen zu verschleudern, die Patronen aber teuer zu verkaufen und mit immer wieder neuen Methoden verhindern zu wollen, dass billige Nachahmer-Patronen funktionieren, passt ebenfalls hierher. Denn wer lässt schon einen Drucker reparieren, wenn ein neues Gerät weniger kostet als eine Mechanikerstunde?

Jedes Jahr neue Automodelle

Seit rund 100 Jahren ermöglichen neue Technologien, dass immer mehr Waren immer schneller und immer billiger produziert werden können. Anfang der 1920er-Jahre, als der robuste und langlebige Ford T die Autobranche dominierte, entwickelte Konkurrent General Motors ein neues Konzept: jedes Jahr ein neues Automodell, anfangs immer billiger als der Ford T. Das Ziel war, dass



Zu den besonders kurzlebigen elektronischen Produkten zählen wohl Handys. Der – nicht zuletzt von Apple und dessen iPhones ausgehende – Konkurrenzdruck zwingt die Big Player der Branche, jährlich neue Modelle mit noch mehr Funktionen, noch besserer Display-Auflösung und noch mehr Speicherplatz zu entwickeln.

AutofahrerInnen alle drei Jahre ein neues Auto erwerben. Auf diese Weise wurden die KonsumentInnen nicht zum Wegwerfen gezwungen, sondern zum Kaufen verführt. Die Methode funktioniert bis heute: Autos, Kleidung, Schuhe, Möbel etc. werden meist nicht erworben, weil wir sie brauchen, vielmehr weil wir sie haben wollen.

Ein Leben mit Schellacks

Anders verhält sich die Sache oft bei elektr(on)ischen Geräten: Immer rascher aufeinanderfolgende Innovationen zwingen nicht nur zum Umlernen, sondern eben auch zum Neukauf. „Wer im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts geboren wurde, kam ein Leben lang mit den **Schellackplatten** aus“, so Prof. Dr. Günter Ropohl, emeritierter Professor für Allgemeine Technologie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt/Main.

„Wer 50 Jahre später auf die Welt gekommen ist, musste vier Innovationen über sich ergehen lassen – mit all den Umstellungen, die damit verbunden waren: neue Geräte, neue Bedienungsformen, neue Tonträger.“¹ 1997 betrug die durchschnittliche Lebensdauer eines Computers sieben Jahre, heute sind es zwei! Wer seinen Computer mehrere Jahre lang behalten will, scheitert zum Teil daran, dass ältere Modelle mit moderner Software nicht mehr zurechtkommen. Bekannte Bei-

spiele für geplante Obsoleszenz sind iPods: Deren Akku ist im Regelfall nach 18 Monaten defekt und kann durch die AnwenderInnen nicht ausgetauscht werden. Erst durch eine Sammelklage ließ sich Apple zu einem Austauschservice für diese Akkus inspirieren.

Zu den besonders kurzlebigen elektronischen Produkten zählen wohl Handys. Der – nicht zuletzt von Apple und dessen iPhones ausgehende – Konkurrenzdruck zwingt die Big Player der Branche, jährlich neue Modelle mit noch mehr Funktionen, noch besserer Display-Auflösung und noch mehr Speicherplatz zu entwickeln.

Bis 50 Mio. Tonnen E-Schrott

Weltweit fallen jährlich 20 bis 50 Mio. Tonnen E-Schrott an. Allein in China wandern vier Mio. Computer pro Jahr auf den Müll. 2006 hat die EU mit der Richtlinie RoHS (Restriction of Hazardous Substances) versucht, den Einsatz von gefährlichen Substanzen wie Blei, Cadmium und Brom und damit auch deren Anteil im E-Schrott zu reduzieren. Parallel dazu soll Recycling forciert werden. So ist schon seit Anfang 2003 die WEEE-Richtlinie (Waste Electrical and Electronic Equipment Directive) in Kraft, mit der u. a. die Verantwortung der Hersteller erweitert wurde. Laut EU sollen jährlich mindestens vier Kilogramm E-Schrott pro EinwohnerIn gesammelt werden (Österreich derzeit: neun Kilogramm), was deutlich weniger ist als tatsächlich in manchen Ländern anfällt. Ab 2019 sollen entsprechend den Plänen des EU-Parlaments 65 Prozent

der im jeweiligen Mitgliedsland auf den Markt gebrachten bzw. 85 Prozent der dort produzierten E-Waren gesammelt werden. Österreich liegt zurzeit bei 47 Prozent Sammelquote, wobei 2010 die Menge des gesammelten E-Schrotts um 2,5 Prozent zurückgegangen ist, obwohl die Masse der in Österreich in Verkehr gesetzten Elektro- und Elektronikgeräte um drei Prozent zugenommen hat (Tätigkeitsbericht Elektroaltgeräte Koordinierungsstelle Austria, **EAK**).

Die soziale Kluft wächst

50 bis 80 Prozent eines elektr(on)ischen Gerätes können wiederverwertet werden, der Prozess ist allerdings oft relativ aufwendig. Derzeit landet daher noch immer ein Teil des Elektronikschrotts illegal und beispielsweise als Gebrauchsgüter deklariert in Ländern wie Ghana, wo Altcomputer & Co. dann die Umwelt verseuchen und die Gesundheit der Bevölkerung gefährden. Die immer kürzer werdenden Produktlebenszyklen können außerdem quer durch alle Nationen die soziale Kluft vergrößern. Denn wie sollen ärmere Menschen und Länder hier mithalten?

Internet:

Mehr Infos unter:
www.centennialbulb.org

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
afadler@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

¹ Günter Ropohl: Verbraucher im technischen Fortschritt: Hilfflose Artisten im Innovationszirkus; AK-Working Papers (Verbraucherpolitik, Verbraucherschutz), Jänner 2012

Arme, kranke Erde

Tiefgreifende klimapolitische Maßnahmen wären seit Jahren überfällig, das ist allen klar. Aber wer könnte dafür sorgen, dass hier wirklich etwas weitergeht?

Autor: Karl Kollmann

*Stv. Leiter der Abteilung Konsumentenpolitik
der AK Wien*

Die Fakten zum Klimawandel sind unbestritten, auch wenn immer wieder SchönrednerInnen meinen, das alles sei ja eh nicht so schlimm. Eindeutig und klar ist: Wir Menschen in den Industriestaaten, natürlich auch wir ÖsterreicherInnen, belasten und misshandeln unseren Planeten gewaltig. Elf Tonnen CO₂ produziert und 70 Tonnen Materie verbraucht hier jeder Mensch im Schnitt pro Jahr, und die Rohstoffvorräte werden rasch weniger.

Was heißt nachhaltig?

Nachhaltig heißt, den Verbrauch aller nicht nachwachsenden Rohstoffe radikal drosseln, sie rasch durch andere ersetzen. Unersetzbare Metalle in einen geschlossenen Kreislauf überführen, also vollständig recyceln. Energie aus Wasserkraft, dem Wind und der Sonne gewinnen, damit aus Atomkraft, Erdöl, Erdgas und Kohle aussteigen, den Wasserhaushalt schützen und den Naturverbrauch stoppen.

Eine echte, starke Klimapolitik sieht anders aus, als das leichte „Grünfärben“, das heute gemacht wird, indem Energiesparlampen zwangsweise eingeführt werden (die völlig kontraproduktiv sind), als nur Energiekennzeichnung bei Elektrogeräten, verbale Begeisterung fürs Recycling oder ein paar Elektroautos. Eine umfassende nachhaltige Klimapolitik würde stattdessen auf **Suffizienz** und eine Abkehr vom Wirt-

schaftswachstum, diesem heute universell und religiös benutzten **Mantra**, setzen: Genauso wie jedem/jeder klar sein müsste, dass die Lebenserwartung von Menschen nicht ewig steigen wird, kann es auf einem begrenzten Raum wie unserem Planeten nicht unbegrenztes Wachstum geben.

Nachhaltigkeit ist gerechte Verteilung

Starke Klimapolitik würde die Umweltgrenze akzeptieren und einen zweiten Schwerpunkt in der Verteilungsgerechtigkeit sehen. Wohlstand ist nicht nur zwischen Nord- und Südhalbkugel, sondern auch in den reichen Ländern ungerecht verteilt. Vom Wachstum haben vor allem die reichen Bevölkerungsgruppen profitiert, keine Frage. Mit dem Shareholder-Kapitalismus und der Finanzindustrie hat sich das noch intensiviert. Ein dritter Schwerpunkt wäre eine umfassende Erwerbsarbeitszeitverkürzung, um Erwerbsarbeit für alle zu schaffen.

Gerechtere Verteilung ohne Wachstum mag schwerer durchzusetzen sein – unmöglich ist sie nicht. Auch vorsichtige Ökonomen, etwa Karl Aiginger, Leiter des WIFO, sagen das.¹ Auf die Frage, ob es ob seiner Meinung nach eine Wirtschaftswelt ohne Wachstum geben könne, antwortete er: „In Entwicklungs- und Schwellenländern bedeutet Wachstum weniger Armut und weniger Kindersterblichkeit. In Industrieländern ist Nullwachstum im Prin-

zip vorstellbar, aber bei einer ganz anderen Umverteilung.“

Echte Nachhaltigkeit, das wäre natürlich auch Suffizienz, Verzicht. Das ist ein Unwort in unserer Konsumgesellschaft, die auf materielle Belohnung aufgebaut ist. Aber wenn Güter weniger oft gekauft werden müssen weil sie länger nutzbar sind, führt das zu keiner Verschlechterung der Lebensqualität. In Oberösterreich statt auf den Malediven Urlaub zu machen, verhindert Wohlfühlen nicht. Und das T-Shirt um 3,99 Euro, das die ostasiatische 14-Stundentag-Arbeiterin mit ihrer Sklaverei durch Textildiscountketten möglich machen muss, ist für ein zufriedenstellendes Leben nicht lebenswichtig.

Die Finanzkrise scheint heute nur mit Wachstum lösbar. Alternativlos – sagen viele politische AkteurInnen, für Klimapolitik ist derzeit eine schlechte Zeit. Paradoxerweise wird gleichzeitig durch rigorose Sparpolitik seitens der EU, der EZB und des IWF Wachstum abgewürgt. Allerdings: Der Klimawandel geht inzwischen weiter.

AkteurInnen für starke Klimapolitik

AkteurInnen, das wären Interessengruppen, in erster Linie Interessenorganisationen, also gebündelte und legitimierte „Stimmen“, die aus ihrem Vertretungsanspruch heraus agieren. Auf sich allein gestellte VerbraucherInnen oder BürgerInnen verändern nichts, es braucht AkteurInnen, die hier antreiben. Grundsätzliches Problem von großen Organisationen ist, dass neue Ziele nur langsam angegangen werden können. Sie sind wie

¹ Christine Klaf: Aiginger: Zum Wirtschaftswachstum verdammt, in: Kurier, 29.12.2011, tinyurl.com/ct5qz3d

große Frachtschiffe, deren Kurs nur langsam änderbar ist, vor allem auch, da auf Mitglieder Rücksicht zu nehmen ist, wenn man nicht auf intensive Bildungsarbeit gesetzt hat.

Für konservative Parteien ist echte Klimapolitik, in Hinblick auf ihre Klientel, wohl schwer vorstellbar. Bleiben also sozialdemokratische, linke und grüne Parteien, die auch schon aufgrund ihrer grundsätzlichen historischen Reichweite dafür infrage kämen.

Jedoch sind diese Parteien heute zu sehr in eine auf Wählerzustimmung verfasste Medien-Postdemokratie verfangen, um aus dieser „kurzfristigen Wählerfalle“ herauszukommen. Vor allem, wenn man statt auf breite Bildungsarbeit auf Werbung gesetzt hat. Genau das führt dann auch dazu, dass große Mehrheiten der Politik skeptisch gegenüberstehen.

Gewerkschaften

Die Gewerkschaften haben die sozialpolitischen Fortschritte des vorigen Jahrhunderts durchgesetzt und mittlerweile auch eine gewisse Sensibilität für Umweltfragen entwickelt. Ihr interessenpolitischer Kernbereich ist natürlich der Erwerbsarbeitsplatz geblieben; für eine strukturell andere Interessenpolitik – und das wäre Klimapolitik zweifellos – werden sich Gewerkschaften nicht sehr begeistern können, noch dazu, wo das Wachstumsparadigma wesentlich mit gewerkschaftlichen Kernzielen wie Verteilungspolitik (Lohnentwicklung), Arbeitsplatzsicherung, neuen Arbeitsplätzen und betrieblicher Mitbestimmung verwoben ist.

Verbraucherorganisationen haben sich schon früh mit Umweltfragen des Konsums beschäftigt. Sie haben dabei ihr eigenes Leitbild gespalten und einerseits die traditionelle „Opferperspektive“ (VerbraucherInnen sind Opfer der Marktmacht der AnbieterInnen) beibehalten, andererseits eine nachhaltigkeitsorientierte „Akteursperspektive“ (VerbraucherInnen könnten mit dem Kauf nachhaltiger Güter die AnbieterInnen hin zur Nachhaltigkeit lenken) entwickelt. Jedoch sind auch Verbraucherorganisationen in den pragmatischen Diskurs von Interessenpoli-

tik hineinverwoben. Mit starker Klimapolitik verlören sie interessenpolitische AuseinandersetzungspartnerInnen (Unternehmerverbände, Administrationen, Medien), bei denen sie verbraucherpolitische Ziele durchsetzen wollen.

Umweltorientierte NGOs

Organisationen wie attac, Greenpeace, WWF, Global 2000 und viele andere – wollen sie eine echte Klimapolitik machen? Versucht man den Aktivitäten dieser Gruppen nachzuspüren, fällt die Bilanz bescheiden aus. Es sind im Wesentlichen punktuelle Dinge, die sie in die Öffentlichkeit befördern: Indigene, Fischfang und Wale, Tiger und Amazonas, Atomstrom, die Ölpest im Nigerdelta, humanes Banking und Schutz der Kröten. Für Suffizienz tritt niemand ein.

Die Themen entsprechen den Sentiments der politikverdrossenen BürgerInnen, und sie passen zu den hochkommerziellen Akquisitionsmethoden vieler dieser Gruppen.

Manchmal gehen diese NGOs auch den Interessen der Unternehmensseite auf den Leim. Etwa beim Glühlampenverbot und der gefeierten Durchsetzung der Energiesparlampe oder bei der Elektromobilität mit dem E-Auto und dem E-Fahrrad. Große strukturelle Veränderungen haben diese NGOs offenbar nicht im Sinn.

FAZIT

Ohne einen starken Akteur wird es keine starke Klimapolitik geben. Ein solcher Akteur ist jedoch nicht in Sicht. Das kann man im Interesse des Planeten und der künftigen Generationen bedauern, aber klar aussprechen sollte man es auch.

Internet:

Mehr Infos unter:
tinyurl.com/crffholm

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
karl.kollmann@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at



In Oberösterreich statt auf den Malediven Urlaub zu machen, verhindert Wohlfühlen nicht. Und das T-Shirt um 3,99, das die ostasiatische 14-Stundentag-Arbeiterin mit ihrer Sklaverei durch Textildiscountketten möglich machen muss, ist für ein zufriedenstellendes Leben nicht lebenswichtig.

Raumnot

Um nachhaltig zu leben und zu wirtschaften braucht es Raum – da oder dort werden wir zusammenrücken müssen.

Autor: Gregor Lahounik

AK Wien – Abteilung Umwelt und Verkehr

Jegliche Nachhaltigkeit beginnt am Standort. Der Raumordnung kommt daher, quasi als Produzentin von Standortqualitäten, innerhalb der Nachhaltigkeitsstrategie große Bedeutung zu. Anforderungen an den Raum sind dabei vielfältig und beinhalten Ver- und Entsorgung (Einkaufsmöglichkeiten, Restaurants, Gasversorgung usw.), Freizeit, Verkehr, Bildung (Kindergärten, Schulen und Hochschulen), Gesundheit (Ärztinnen/Ärzte, Krankenhäuser, Pflege), Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Wohnen und Arbeit.

Standortqualität

Die Raumordnung soll diesen unterschiedlichen Anforderungen entsprechen, im Falle von Konflikten ausgleichen und für künftige Raumnutzungen Vorsorge treffen. Entscheidend hierbei ist, inwieweit die Möglichkeiten der persönlichen und gesellschaftlichen Entfaltung über die Ausstattung des Standortes und dessen unmittelbaren Umfeldes garantiert werden können. Daraus ergibt sich die Standortqualität. Instrumente der Raumordnung sind einerseits sehr grob gehaltene überregionale Regelungen wie Stadt- und Landesentwicklungskonzepte, andererseits werden in Flächenwidmungs- und Bebauungsplänen die Nutzungsmöglichkeiten einzelner Grundstücksteile oder Gebäude sehr detailliert geregelt. Hauptfestlegungen sind in diesem Zusammenhang die Einteilungen der Grundstücke in Wohnbauland, Ge-

werbe- und Industriebereiche, Verkehrsflächen und Zonen für Land- und Forstwirtschaft sowie Festlegungen über Gebäudehöhen, Lage der Bauten, Dichtewerte, technische und ästhetische Anforderungen.

Zersiedelung

Die Raumordnung ist in den letzten Jahrzehnten dadurch geprägt, dass die **Agglomerationen** und dabei ganz besonders das Stadtumland, der sogenannte Speckgürtel, eine dynamische Entwicklung erfahren haben. Diesem Zuwachs steht ein Bevölkerungsrückgang in den strukturschwachen Gebieten und den Randlagen gegenüber. Während man auf der einen Seite versucht, die Abwanderung in Grenzen zu halten, prägt die Ausweitung dünn besiedelter, weitläufiger Einfamilienhausgebiete die Raumordnungspolitik vieler boomender Gemeinden. Die Anzahl der Wohnungen in solchen Streusiedlungen hat sich um 50 Prozent, in manchen Gemeinden sogar um 100 Prozent erhöht.¹ Zudem gibt es für landwirtschaftliche Gebäude kaum Regelungen, zum Teil kann die Gemeinde hier nicht einmal mitgestalten. Unmittelbare Folge davon ist die Zersiedelung: Einer flächenmäßig enormen Zunahme der bebaubaren Zonen steht im Verhältnis ein eher mäßiger Bevölkerungszuwachs gegenüber.

An diesen Standorten ist eine unmittelbare Erfüllung der unterschiedlichen Bedürfnisse oft nicht gegeben. Das liegt daran, dass Infrastrukturen wie Supermärkte, Kindergärten, Apotheken, Schuhgeschäfte usw. für den wirtschaft-

lichen Betrieb eine Mindestkundenfrequenz benötigen, die es in dünn besiedelten Gebieten schlicht nicht gibt. Das gilt insbesondere für die Versorgung mit Verkehrsmitteln. Auch diese benötigen Mindestpassagierzahlen. Eine U-Bahn oder eine Straßenbahn ist daher für einsame Streusiedlungen nicht finanzierbar. Die BewohnerInnen sind ebendort – denn sie müssen sich zur Bedürfnisbefriedigung räumlich bewegen – auf andere Alternativen angewiesen. Im besten Fall gibt es eine gute Busverbindung. Oft bleibt allerdings nur der eigene Pkw. Dieser gilt zwar als Massengut, schließt aber konsequent den Großteil der Bevölkerung aus: jene, die zu jung, zu alt, zu krank oder zu arm sind. Besonders belastet sind untere Einkommensschichten, die auf einen Pkw angewiesen sind.

Nicht Melkkühe der Nation

Zusätzlich verursacht der (künstlich erzeugte) Straßenverkehr die bekannten Nebenerscheinungen: Verknappung des öffentlichen Raums vor allem in Ballungsgebieten, gesundheitsgefährdende Abgase, Lärm, Staus, Unfälle usw. Dabei wird vom Staat auch noch kräftig zugeschossen. Die offizielle österreichische Wegekostenrechnung 2000² (WKR) widerlegt eindeutig die oft propagierte Aussage, wonach die AutofahrerInnen die Melkkühe der Nation seien. Laut WKR trägt der Straßenverkehr nur rund ein

¹ Österreichische Raumordnungskonferenz ÖROK, Schriftenreihe Nr. 148: Siedlungsstruktur und öffentliche Haushalte, Wien 1999, www.oerok.gv.at

² Wegekostenrechnung 2000, Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie, Wien 2001, www.bmvit.gv.at

Während man auf der einen Seite versucht, die Abwanderung in Grenzen zu halten, prägt die Ausweitung dünn besiedelter, weitläufiger Einfamilienhausgebiete die Raumordnungspolitik vieler boomender Gemeinden.

Drittel seiner Kosten selbst, den „Rest“ übernimmt die Allgemeinheit durch massive finanzielle Unterstützung. Autoverkehr fördernde Strukturen sind daher einer gerechten und nachhaltigen Verteilung abträglich.

Ebenso sind in dünn besiedelten Bereichen die Erschließungskosten – etwa für die leitungsgebundene Infrastruktur (Wasser, Kanal, Strom, Gas, Straße) – weitaus höher als in dichter bebauten Gebieten. Je Wohneinheit sind die Erschließungslängen schlicht größer. Im Verhältnis zum freistehenden Einfamilienhaus liegen die Infrastrukturkosten³ je Wohneinheit beim Reihenhausbau lediglich 46 Prozent, die des Geschosswohnbaus sogar nur bei 27 Prozent. Da über Aufschließungsabgaben nicht sämtliche Kosten gedeckt werden, muss auch hier (öffentlich) kräftig zugesossen werden.

Energieausweis für Siedlungen

Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung sind die energetischen und klimatischen Auswirkungen gesamter Siedlungen – und nicht nur einzelner Gebäude – zu berücksichtigen. Schließlich hat selbst ein „Passivhaus“ am Waldesrand in Summe (also inkl. Infrastrukturkosten, Verkehrskosten usw.) einen massiven Einfluss. Mit dem Energieausweis für Siedlungen⁴ können die Auswirkungen für unterschiedliche Siedlungstypen aufgezeigt werden. Dem Energieausweis zu-

folge haben beispielsweise Einfamilienhäuser, ohne Berücksichtigung von Berufs- und Freizeitverkehr, bereits einen doppelt so hohen CO₂-Ausstoß wie verdichtete Bauformen.

Klein- und Mittelzentren

Die Fortführung der gegenwärtigen Trends in der Raumentwicklung ist, so verständlich die Wünsche der/des Einzelnen nach einem freistehenden Einfamilienhaus zum Teil auch sein mögen, weder finanzierbar noch umwelt- und gesundheitspolitisch vertretbar. Neben der Forcierung einer kompakten Siedlungsstruktur mit entsprechenden Dichtewerten in der Verbauung gilt es, polyzentrische Strukturen zur wohnortnahen Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen zu schaffen.

Demografisch stabile Klein- und Mittelzentren sollten als Träger der Daseinsvorsorge die ländlichen Räume stützen. Ein siedlungsferner Neubau ist zu vermeiden und die Siedlungstätigkeit im zentralen Ortsteil zu konzentrieren. Die Innenentwicklung muss der Außenentwicklung vorgezogen werden. Folglich haben die Gemeinden eine aktive Boden- und Wohnbaupolitik zu betreiben, um steuernd auf die Verfügbarkeit von leistbarem Bauland und leistbarem Wohnen auch in kompakteren Siedlungsstrukturen einzuwirken. Beispielhaft wird dabei auf Gebühren und Abgaben bei nicht adäquater Nutzung der Liegenschaft und die Regelungen des Salzburger Raumordnungsgesetzes verwiesen, das Gebietskörperschaften die Möglichkeit einräumt, massiv in die

Baulandmobilisierung, nicht zuletzt für den geförderten sozialen Wohnbau, einzugreifen. Gleichmaßen wird auf die einzigartige Wohnbauleistung der Stadt Wien hingewiesen, die mit über 220.000 Gemeindewohnungen und fast ebenso vielen geförderten Wohnobjekten im Genossenschaftsbereich mäßigend auf die Wohnpreisentwicklung einwirkt. Die Einführung einer neuen Widmungskategorie „geförderter Wohnbau“ könnte hier negative Effekte des Bodenmarktes eindämmen.

Eine Frage der politischen Courage

Letztlich ist die Zersiedelung mit ihren Auswüchsen hinsichtlich induziertem Verkehr, Land- und Ressourcenverbrauch eine Frage der politischen Courage. Solange der freie Verkehr vor den Gesundheitsschutz und solange der schrankenlose Flächenverbrauch vor eine ökologische und wirtschaftliche Entwicklung gestellt wird, muss jegliche Nachhaltigkeitsstrategie scheitern. Denn will man wissen, was einer verpflichtend nachhaltigen Raumordnung fehlt, ist die Antwort: ebendiese.

Internet:

Infrastrukturkostenstudie Salzburg:
www.sir.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
gregor.lahounik@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

³ Infrastrukturkostenstudie Salzburg, Salzburger Institut für Raumordnung und Wohnen, Salzburg 2007, www.sir.at

⁴ Emrich Consulting, Energieausweis für Siedlungen, Wien 2010, www.emrich.at

Smarte Städte

*Eine demokratische Neuordnung des Ressourcen fressenden Wirtschaftssystems
ließe die Menschen und damit die Städte erblühen.*

AutorInnen:

Gabriele Müller

Freie Journalistin

Matthias Kranabether

Raumplaner

Die Zukunft Europas, heißt es, wird in den Städten entschieden: Urbane Regionen beherbergen die Mehrheit der europäischen Bevölkerung, in Städten wird der Großteil unseres Wohlstands geschaffen. Aber auch Umweltschäden, Zersiedelung, Verkehrsprobleme, **Segregation** von Zuwanderungsgruppen und Sicherheitsprobleme treten in den Agglomerationsgebieten geballt auf. „Smart Cities“ heißt das Zauberwort, mit dem Raum- und VerkehrsplanerInnen neue Strategien für die Zeiten entwerfen, in denen die bisherige Verschwendung von Ressourcen keine andere Wahl lässt als sorgfältigen Umgang mit Energien aller Art. Schon lange bevor der Begriff „smart“ in die Medien sickerte, wurde er von internationalen Konzernen genutzt, um Infrastrukturen und Dienstleistungen mit technologischen Innovationen zu forcieren. Heute wird er vermehrt auch von städtischen Verwaltungen aufgegriffen, denn die Auflage der Europäischen Kommission, bis 2050 die Treibhausgasemissionen um 80 Prozent zu senken, zwingt zum Umdenken.

Schwer zu definieren

„Was heißt denn nun ‚smart‘ in dem Zusammenhang eigentlich?“, fragte etwa der Moderator Peter Huemer das Podium des Ausschusses zur Nachhaltigkeit zum Thema „Smart Cities – ein Bebauungsplan für

morgen“, zu dem die Bundeskammer der Architekten und Ingenieurskonsulenten und die Länderkammer Wien/NÖ/Burgenland Anfang März geladen hatten.

Das ist eine gute Frage. Sie konnte von der Zuständigen des „Smart City Konzepts“ der Magistratsabteilung 18, Ina Homeier-Mendes, nicht zufriedenstellend beantwortet werden. Daher wurden Projekte genannt. Etwa das größte europäische Stadtentwicklungsprojekt, die Seestadt Aspern. Im 22. Wiener Gemeindebezirk werden die BewohnerInnen im Einklang mit Natur und Wirtschaft leben – so lautet der Plan. Inwieweit das Projekt zur nachhaltigen Gesamtentwicklung Wiens beiträgt, wird sich nach Ende der Bauzeit zeigen.

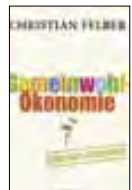
„Smart ist im Sinne von ‚sustainable, attractive, resilient and tolerant‘ zu verstehen. Das Konzept offenbart über die reine Übersetzung als ‚intelligent‘ oder ‚schlau‘ das moderne Planungsverständnis für eine lebenswerte Stadt“, heißt es in der Publikation „SmartCitiesNet: Evaluierung von Forschungsthemen und Ausarbeitung von Handlungsempfehlungen“ (August 2011) des Österreichischen Instituts für Raumplanung (ÖIR). Als übergeordnetes Ziel definiert das Institut eine „zukunftsfähige, städtische postfossile Gesellschaft“. Das „smarte“ an den Umsetzungsmaßnahmen ergebe sich hier nicht nur durch intelligente vernetzte Infrastrukturen und Informations- und Kommunikationstechnologien. Ein deutlicher „Mehrwert“ an Lebensqualität und intelligenter Ressourcennutzung werde auch durch Integration innerhalb der städtischen Systeme erreicht. Nicht allein Technologien und Infrastrukturen sind wichtig: Es sind vor

BUCHTIPP

Christian Felber

Gemeinwohl-Ökonomie

aktualisierte und erweiterte
Neuausgabe, Deuticke im
Zsolnay Verlag, 2012,
192 Seiten, € 18,40
ISBN 978-3-552-06188-0



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

allem die Prozesse zwischen den Bewohnenden, die eine Stadt formen. Welche Möglichkeiten haben wir, abhängig von Lebensstilen, beruflichen Qualifikationen, Einkommen und gesellschaftlichen Zusammenhängen wie Alter und soziale Kompetenz, das städtische Leben mitzugestalten? Bemerkenswert sei, so die Forschenden des ÖIR, dass – im Gegensatz zu Technologien und Infrastrukturen – Aspekte wie Ressourcen, Soziales und (humanes) Stadtklima in einschlägigen Untersuchungen bisher wenig behandelt wurden.

Image

Städte nennen sich oft „smart“, ohne zu definieren, was gemeint ist, schreibt der Soziologieprofessor Robert G. Hollands (2008) in seinem Aufsatz „Will the real smart city please stand up?“. Weltweit gehöre es zum modernen City-**Branding**, sich selbst bzw. die Stadt als „smart“ zu bezeichnen. Der Schwerpunkt sollte jedoch nicht auf Marketingkampagnen liegen, meint



© Daniel Flamme

In der Seestadt entstehen Geschäfts- und Gewerbeareal neben Wissenschafts-, Forschungs- und Bildungsquartier, Wohnungen, Freizeit- und Kultureinrichtungen. Inwieweit das Projekt zur nachhaltigen Gesamtentwicklung Wiens beiträgt, wird sich nach Ende der Bauzeit zeigen.

Hollands, sondern auf dem „Humankapital“, nämlich dem Potenzial aller EinwohnerInnen. „Das brächte einen wirklichen Ausgleich in der Machtbalance zwischen der Nutzung von Informationstechnologie durch Wirtschaft, Regierung, Gemeinden und den ‚gewöhnlichen‘ Menschen, die in den Städten leben.“

Umdenken in Planungsprozessen

Entwicklung und Umsetzung von „Smart Cities“, im Sinne nachhaltiger, postfossiler Gesellschaften, sind Prozesse, die sich über Jahrzehnte erstrecken und daher von Beginn an mit allen betroffenen AkteurInnen abgestimmt werden müssen. „Das erfordert ein Umdenken in herkömmlichen Planungsprozessen, die in der Regel zu wenig koordiniert erfolgen, vor allem aufgrund teilweise widersprechender Interessen von Akteuren“, statuiert die genannte Studie des ÖIR. Derzeit gebe es zu wenig Abstimmung zwischen Politikinstrumenten in den verschiedenen Bereichen wie Raumplanung, Wohnbau, Verkehr und Energie, wodurch kontraproduktive Effekte aufträten. Eine erste Vernetzung auf offizieller Ebene sollte das Projekt „Smart City Wien“ sein, das 2011 unter Federführung der Stadt Wien gestartet wurde. Als Kernstück gilt ein sogenannter Stakeholder-Prozess, an dem unterschiedliche Interessengruppen arbeiten. Zu den Projektbeteiligten gehören etwa die zuständigen Magistratsabteilungen, die Technische Universität Wien, die Aspern Development AG oder Siemens Österreich. Ausgangspunkt sind Dachprogramme wie das Klimaschutzprojekt Wien, das **Städtische Energieeffizienz-Programm (SEP)** oder der Stadtentwick-

lungsplan (STEP). Bei den genannten Stakeholder-Prozessen ist allerdings nur ein geringer Ausschnitt der Gesamtbevölkerung vertreten. Im Rahmen der Transition-Town-Bewegung (etwa: Städte im Wandel) gestalten seit 2006 Umwelt- und Bürgerinitiativen in vielen Städten der Welt auf nicht offizieller Ebene den Übergang in eine postfossile Wirtschaft. Ausgehend von der Beobachtung, dass die Politik nicht entsprechend auf den Klimawandel und andere akute Probleme reagiert, wurden Gemeinschaftsprojekte begonnen, um für die Zukunft ohne bzw. unerschwinglicher Roh- und Treibstoffe gerüstet zu sein. Dazu gehören etwa Maßnahmen zur Verbrauchsreduktion von fossilen Energieträgern oder zur Stärkung der Regional- und Lokalwirtschaft. In Österreich fördert das globalisierungskritische Netzwerk attac die Neuorientierung der Gesellschaft in Richtung höherer Lebensqualität bei gleichzeitiger Verringerung des Ressourcenverbrauchs. „In Zeiten des Wandels sind friedvolle Gemeinschaften mit einer Gesprächskultur, die auf Souveränität und Mitgefühl aufbaut, von besonderer Bedeutung“, lautet ein Grundsatz. Beispiele dafür sind Unterstützungsgruppen, Lebensmittelkooperativen, gemeinschaftliche Wohnprojekte, Co-Housing, Nachbarschaften und Dorfgemeinschaften.

Die Ausgangsbasis: „Zunehmende Ungleichheit, Abbau von Sozialleistungen, Arbeitslosigkeit und Armut, der Verlust an Artenvielfalt, Klimawandel und die Anhäufung von Reichtum in den Händen einiger weniger sind Ausdruck einer umfassenden Krise. Die Ursachen liegen in einem Wirtschaftssystem, das auf Profitstreben, Wachstumszwang,

Wettbewerb, Raubbau an der Natur und Ausbeutung der Menschen beruht und die Demokratie untergräbt.“ Teilhabe und Mitbestimmung beginnen im Kleinen, meinen die AktivistInnen von attac, und sollen am Arbeitsplatz und in der Schule genauso selbstverständlich sein wie in der Politik, z. B. bei Verkehrsplanung, Energieversorgung oder öffentlichem Budget. Der Arbeit an alternativen Wegen aus der Krise angeschlossen haben sich, neben attac und der Armutskonferenz, unter anderem auch die Gewerkschaften GdG-KMSfB, GPA-djp und PRO-GE.

Postwachstumsökonomie

Die Frage lautet daher weniger, ob eine Stadt im Ranking als „smart“ gilt, sondern die entscheidende Frage heißt: Soll die Wirtschaft ökologischer und nachhaltiger werden, eine „Postwachstumsökonomie“ sein, regionaler und krisenfester werden? Eine Antwort könnte die von attac-Mitarbeiter Christian Felber mitinitiierte Gemeinwohl-Ökonomie sein. Mit ihr sollen überlebensfähige Strukturen geschaffen werden, die ökologische Schocks solidarisch abfedern, anstatt sie zu produzieren.

Internet:

Mehr Infos unter:
www.wege-aus-der-krise.at
www.smart-cities.eu

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
gabriele.mueller@utanet.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Energie(r)evolution?

Ein Jahr nach der Atomkatastrophe von Fukushima in Japan sind Atomausstieg und Umstieg auf eine nachhaltige Entwicklung in aller Munde.

Autor: Wilfried Leisch

Freier Journalist und Publizist in Wien

Nachhaltigkeit bzw. nachhaltige Entwicklung ist wesentlich mehr als Atomausstieg und Energiesparen. Nach wie vor gilt die Definition des „**Brundtland-Reports**“ von 1987. Demnach muss Nachhaltigkeit in ökologischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht gleichzeitig gewährleistet sein und umgesetzt werden: „Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generationen befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“¹

Das ist nun 25 Jahre her. Seitdem fanden zahlreiche Klimaschutzgipfel und -konferenzen ohne nennenswerte Ergebnisse – sprich Einbremsung der Treibhausgasemissionen – statt. Im Gegenteil: Mittlerweile wird bereits über eine sogenannte „Klimawandelanpassung“ diskutiert, d. h. über notwendige Schritte zur Anpassung an die nicht mehr abwendbaren Folgen des Klimawandels. Ein Entwurf der österreichischen Anpassungsstrategie des Lebensministeriums liegt bereits vor.²

Nachhaltiger Klimawandel

So gesehen ist auch das für 2012 von der UNO ausgerufenen „Internationale Jahr der nachhaltigen Energie für alle“ symptomatisch: Rund 1,5 Mrd. Menschen leben weltweit ohne Stromversorgung – entweder weil kein Strom verfügbar ist, oder weil sie diesen nicht bezahlen können (Ener-

giearmut). Strategien und Maßnahmen, um das zu ändern, sollen im Juni 2012 auf der „Rio +20“-Konferenz (20 Jahre nach dem UNO-„Erdgipfel“ in Rio de Janeiro) präsentiert werden und als Folge des Jahres der Nachhaltigkeit soll eine globale, saubere Energierevolution stattfinden.³

Inzwischen hat die EU-Kommission im Dezember 2011 einen „Energiefahrplan 2050“ vorgelegt, der den langfristigen Rahmen für die Energiepolitik der Union vorgeben soll. Kernpunkt der „Energy-Roadmap“ ist das hochgesteckte Ziel, die Treibhausgasemissionen der EU bis 2050 um 80 bis 95 Prozent zu senken. Die Kommission kommt darin zum Schluss, dass große Energieeinsparungen nötig seien und der Anteil der erneuerbaren Energien deutlich steigen müsse. In dieser Roadmap heißt es aber auch, dass die Atomenergie weiterhin eine wichtige Rolle spielen müsse. Gerade dieses Bekenntnis zur Atomkraft führte zu heftiger Kritik am Energiefahrplan 2050. Denn nach dem Super-GAU von Fukushima hat in Europa zumindest teilweise eine Abkehr von der Kernenergie eingesetzt (Deutschland, Belgien, Schweiz). Allerdings ist es etwa in Deutschland schon der zweite „Atomausstieg“, nachdem die Regierung Merkel 2010, ein Jahr vor Fukushima, den ersten „Atomausstieg“ der Regierung Schröder rückgängig gemacht und AKW-Laufzeitverlängerungen beschlossen hatte. Gleichzeitig mehren sich gegenwärtig die Bekenntnisse zum Ausbau erneuerbarer Energiequellen.

Der Unfall in der Atomanlage von Fukushima hat einmal mehr gezeigt, dass

Atomkraft keine Zukunft hat. Per Volksentscheid hat die österreichische Bevölkerung auf die Atomkraftproduktion aus gutem Grund und in weiser Voraussicht 1978 verzichtet (danach kamen die Atomunfälle von Three Miles Island in Harrisburg 1979, Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011). Wie steht es aber um die sonstige Nachhaltigkeit im Lande? Was können wir tun? Wie können wir unser Energiesystem, unsere Wirtschaftsweise nachhaltig(er) gestalten?

Enorme Potenziale

Die bisherige Klimaschutzpolitik Österreichs war nicht wirksam und hat dazu geführt, dass Österreich innerhalb der EU höchst säumig ist und seine Treibhausgas-Reduktionsziele bislang nicht erreicht hat. Doch es gibt enorme Potenziale. So will die „Energieroadmap Österreich“ des Lebens- und Wirtschaftsministeriums auf Basis des 2008 beschlossenen EU-Energie- und Klimapakts bis 2020 den Energieverbrauch durch Steigerung der Energieeffizienz, Energieeinsparung und starken Ausbau der erneuerbaren Energien auf dem Niveau von 2005 stabilisieren.⁴ Die Studie „Energie(r)evolution 2050“ des Instituts für Höhere Studien (IHS) im Auftrag von EVN, Greenpeace und der Gewerkschaft vida hält bis 2050 in Österreich die Halbierung des Energieverbrauchs, einen 85-prozentigen Anteil an erneuerbaren Energieträgern sowie eine Einsparung von mehr

¹ tinyurl.com/chx2yes

² www.klimawandelanpassung.at

³ www.sustainableenergyforall.org

⁴ www.energiestrategie.at



Die Leistung der öffentlichen Verkehrsmittel wird laut Studie in den nächsten 40 Jahren von 24,3 auf 35 Mrd. Personenkilometer ansteigen, während sich der motorisierte Individualverkehr fast halbieren wird.

als 90 Prozent an CO₂-Emissionen für möglich.⁵

Leistbare Energiewende

Um den laut Gewerkschaft *vida* extrem ungerechten Klimawandel – er wird von den Wohlhabenden verursacht, während die Armen speziell darunter leiden – zu stoppen, braucht es eine Energiewende. Diese ist laut IHS-Studie umsetzbar, leistbar, belebt den Arbeitsmarkt und fordert keinerlei Einbußen in der Lebensqualität der ÖsterreicherInnen, ganz im Gegenteil: Bei sinkender Umweltbelastung steigt diese sogar. Die für das Jahr 2010 prognostizierte CO₂-Jahresbilanz von 73,3 Mio. Tonnen kann laut Studie in den nächsten vier Jahrzehnten auf weniger als ein Zehntel reduziert werden – auf 6,4 Mio. Tonnen jährlich. Mehr als 90 Prozent lassen sich also in den nächsten 40 Jahren zugunsten unseres Klimas einsparen.

Durch Einsparungen im Verkehr und bei der Heizenergie lässt sich der gesamte österreichische Energieverbrauch in den nächsten vier Jahrzehnten von bisher 1.060 **Petajoule** auf 540 Petajoule beinahe halbieren. Ein rund 85-prozentiger Anteil an erneuerbaren Energieträgern ist laut IHS-Studie bis 2050 realistisch. Die Nutzung fossiler Energien beschränkt sich dann lediglich auf einen Restanteil in der Industrie und teilweise im Verkehr.

Laut Studie wird die Leistung der öffentlichen Verkehrsmittel in den nächsten 40 Jahren von 24,3 auf 35 Mrd. Per-

sonenkilometer ansteigen, während sich der motorisierte Individualverkehr fast halbieren wird. „Der öffentliche Verkehr kann die ihm zugedachte Rolle als Klimaschutzretter aber nur erfüllen, wenn er zuvor nicht aus Budgetträson kaputtgespart wird“, warnt Rudolf Kaske, Vorsitzender der Gewerkschaft *vida*.

Hier ist zudem ein hohes Potenzial für neue „green jobs“ gegeben. Auch in anderen Branchen, wie etwa dem Baugewerbe und der thermischen Wohnraumsanierung, können laut Kaske „über Jahrzehnte hinweg 25.000 Vollzeit Arbeitsplätze geschaffen werden.“ In Verliererbranchen dürfe es jedoch zu keinem Lohn- und Sozialdumping kommen. Dort, wo neue „green jobs“ entstehen, sollen es auch „good jobs“ sein, verlangt die Gewerkschaft *vida*. Das ist unbedingt nötig, denn derzeit sind „green jobs“ oft schlecht bezahlt. Was die Hochrechnungen betrifft, gibt die Arbeiterkammer zu bedenken, dass etwa in Statistiken des Umweltministeriums Arbeitsplätze als „grün“ gezählt werden, die aber nur am Rande mit Klimaschutz zu tun haben. So entstehen keine neuen und schon gar nicht „grüne“ Jobs.⁶

Für die Einleitung der Energiewende braucht es laut IHS-Studie neben dem starken Ausbau des öffentlichen Verkehrs in erster Linie auch eine Ökologisierung des Steuersystems, die Festlegung verbindlicher Ziele für die Reduktion der Treibhausgase sowie die Ausschüttung der Sanierungsmilliarde für den Wohnbau. Die AK sieht beim bis 2014 laufenden Förderprogramm des Bundes zur thermischen Sanierung (Sanierungsscheck) im Umfang von 400 Mio. Euro

eine soziale Schieflage. Sie kritisiert, dass die Bundesförderung fast ausschließlich für Ein- und Zweifamilienhäuser vergeben wird und der Bund auch dieses Jahr zu wenig Sanierungen im großvolumigen Wohnbau fördert.⁷

Teure Klimapolitik

Damit Österreich sein Kyoto-Ziel erreicht, muss es Emissionsreduktionszertifikate teuer aus dem Ausland zukaufen. Das ändert nichts an der real schlechten Emissionsbilanz, genauso wenig wie das neue Klimaschutzgesetz. Dieses regelt bloß, wie zwischen Bund und Ländern über Klimaschutzmaßnahmen verhandelt werden soll. „Erst wenn die Ergebnisse dieser Verhandlungen vorliegen, wird man sagen können, ob im Klimaschutz ein neuer Wind weht“, stellt AK-Umweltexperte Christoph Streissler fest.

Die bisherige „Nachhaltigkeits“-Politik zeigt: Solange am Prinzip Wachstum und Gewinn festgehalten wird, ja „Nachhaltigkeit“ selbst bloß marketingmäßig zur Image- und Gewinnsteigerung in Politik und Wirtschaft dient, wird sich nichts zum Besseren verändern.

Internet:

Mehr Infos unter:

www.vida.at
www.arbeiterkammer.at

Schreiben Sie Ihre Meinung

an den Autor
w.leisch@aon.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

⁵ tinyurl.com/cfczp7h

⁶ [www.ak-umwelt.at/3943/3944/3949/4012/tag/Green jobs](http://www.ak-umwelt.at/3943/3944/3949/4012/tag/Green%20jobs)

⁷ www.klimaaktiv.at/article/articleview/90760/1/11891

Das Geschäft mit der heißen Luft

Österreich hinkt den Kyoto-Zielen weit hinterher. Dabei bräuchte es noch mehr Einsatz und eine entschlossene Politik, um das Weltklima stabil zu halten.

Autor: Martin Haiden
Freier Journalist

Das Böse CO₂ gilt als DAS Treibhausgas schlechthin. Aber das ist es nur insofern, als dass wir Menschen die Emission desselben beeinflussen können. Ein anderes großes Treibhausgas ist Wasserdampf, und Wasser verdampft halt. Da können wir Menschen nichts dran ändern. Und dann gibt es auch Methan, ein noch stärkeres Treibhausgas als CO₂. Methan würde auftauchen, wenn aufgrund der erhöhten atmosphärischen Temperaturen die Permafrost-Böden auftauen und zu Sumpfflächen werden. Bei noch höheren Temperaturen könnte sich auch Methanhydrat von den Meeresböden lösen und in die Atmosphäre gelangen. Und das wäre dann der GAU des hiesigen Klimas der Erde.

Der erste Dominostein

Durch unsere CO₂-Emissionen könnten wir den ersten Dominostein zu diesem GAU umkippen. Die Verminderung der CO₂-Emissionen muss also ein dringendes Ziel sein, um unseren Planeten stabil zu halten. WissenschaftlerInnen, die die Auswirkungen des CO₂ auf die Klimaerwärmung anzweifeln, können dabei ausgeklammert werden, weil wir auf alle Fälle die Verbrennung fossiler Rohstoffe reduzieren bzw. einstellen müssen – nicht einmal aus Klimaschutzgründen, sondern aufgrund der Rohstoffverknappung. Ein Umstieg auf alternative Energien und zuvor die Reduktion von CO₂ sind unumgänglich. Wir brauchen eine nachhal-

tige Bewirtschaftung unseres Planeten, bei der auf die Verbrennung fossiler Energieträger verzichtet wird. Doch wie soll der Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter passieren?

Bis 1997 war es ziemlich egal, was man in die Luft pumpte. Seit den 1970er-Jahren wurden zwar international diverse Maßnahmen erörtert, wie dieser Problematik zu begegnen sei, jedoch erst 1997 gelang es, mit dem Kyoto-Protokoll eine völkerrechtlich verbindliche Obergrenze der Treibhausgasemissionen zu beschließen. Ziel des Protokolls ist es, den jährlichen Treibhausgas-Ausstoß von 2008 bis 2012 um durchschnittlich 5,2 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Die politischen Kräfte setzen dabei auf das Mittel des Handels mit Emissionsrechtezertifikaten. Den Unternehmen, die Treibhausgase ausstoßen, werden von der zuständigen Behörde – in Österreich vom Lebensministerium – eine begrenzte Menge an Emissionszertifikaten, also Verschmutzungsrechten, zugeteilt. Bläst ein Unternehmen mehr Dreck in die Luft als es Verschmutzungsrechte besitzt, muss es entweder die Emissionen reduzieren, Strafe zahlen oder Zertifikate von Firmen zukaufen, die ihr Verschmutzungsrecht nicht ausgeschöpft haben. Jahr für Jahr werden dann von den Behörden weniger Emissionszertifikate an die Unternehmen ausgegeben. Dadurch sollen die Unternehmen dazu gebracht werden, ihre Emissionen zu reduzieren.

Der Emissionszertifikatehandel ist ein ökonomisches Instrument der Umweltpolitik. Es wird davon ausgegangen, dass der Markt die Preise richtet. Im Ge-

gensatz zu klassischen Umweltauflagen, die einzelne Anlagen mit fixen Emissionslimits versehen, gibt ein Handelssystem den betroffenen Unternehmen die Freiheit – und dies ist Vorteil, aber gleichzeitig Haken der Systematik – Reduktionsziele nach ihrer eigenen Strategie und nach eigenem Plan zu erreichen.

Anfällig für Spekulationsgeschäfte

Insofern ist dieses System anfällig für Spekulationsgeschäfte, immerhin sind Zertifikate bares Geld und wo Geld ist, dauert es bis zum Betrug nicht lange. So wurden z. B. dem Zementhersteller Holcim 2010 1,6 Mio. Zertifikate mit einem Marktwert von 23,5 Mio. Euro gestohlen. Dies ist jedoch nur die offensichtlichste Möglichkeit, mit Emissionszertifikaten illegal Geld zu verdienen. Bereits 2008/2009 wurde mit Karussellgeschäften die steuerliche Behandlung beim europäischen Handel von Zertifikaten ausgenutzt, indem die Verschmutzungsrechte mehrfach über europäische Grenzen hinweg verkauft wurden. Insgesamt soll Deutschland auf diese Weise ein Schaden von mindestens 230 Mio. Euro entstanden sein.

Des Weiteren schafft das Sich-Verlassen auf den freien Markt Raum für spekulative Geschäfte. Seit der Öffnung und Liberalisierung des Energiemarktes für den Handel ist Energie ein interessantes Spekulationsobjekt geworden, denn der Finanz- und auch der Immobilienmarkt sind zurzeit nicht stabil genug, um Geld zu verdienen, also verlegt man sich auf den recht jungen Energiemarkt.



Die großen Sorgenkinder sind Industrie und Verkehr. Der Sektor Industrie ist mit rund 24,7 Mio. Tonnen Kohlendioxid-Äquivalenten der größte Emittent an Treibhausgasen in Österreich, der Verkehr mit etwa 22,5 Mio. Tonnen der zweitgrößte.

Heimische Hauptakteure im EU-Emissionshandelssystem sind Betriebe, die gemäß österreichischem Emissionszertifikategesetz zur Teilnahme am Emissionshandel verpflichtet sind. Abgesehen davon kann auch jede natürliche oder juristische Person am Emissionshandel teilnehmen. Mit Beginn des internationalen Emissionshandels am 1. Jänner 2008 sind Staaten, die das Kyoto-Protokoll unterzeichnet haben, ebenso zur Teilnahme am Handel zugelassen. Zu diesen sogenannten Annex-B-Staaten gehört auch Österreich.

Die Märkte, an denen Energie gehandelt wird, sind ein relativ junges Phänomen, das erst durch die Liberalisierung des europäischen Energiemarktes entstanden ist. Der wichtigste europäische Markt ist die European Energy Exchange (EEX) mit Sitz in Leipzig („Leipziger Energiebörse“). Seit der Liberalisierung des österreichischen Marktes 2001 gibt es auch hier eine Strombörse, die Energy Exchange Austria (EXAA). Der Energiehandel an diesen Börsen geht weit über den Handel mit Strom hinaus, es werden auch Erdgas und Kohle sowie Emissionsberechtigungen gehandelt.

Österreich und das Kyoto-Protokoll

Österreich hat sich in Kyoto verpflichtet, zwischen 2008 und 2012 den Ausstoß an CO₂-Äquivalenten um 13 Prozent auf 68,8 Mio. Tonnen zu reduzieren. 2008 und 2009 hat Österreich die Vorgaben des Kyoto-Zieles verfehlt, doch waren die Emissionen immerhin im Sinken begriffen – vor allem aufgrund der Wirtschafts-

krise. Kaum folgte mit 2010 wieder ein konjunkturell stärkeres Jahr, stieg auch der CO₂-Ausstoß an. Die großen Sorgenkinder sind Industrie und Verkehr: Der Sektor Industrie ist mit rund 24,7 Mio. Tonnen Kohlendioxid-Äquivalenten der größte Emittent an Treibhausgasen in Österreich, der Verkehr mit etwa 22,5 Mio. Tonnen der zweitgrößte.

Aufgrund der schlechten Klimabilanz muss sich Österreich durch den Nachkauf von Zertifikaten von anderen Ländern freikaufen. Wie viel das ausmacht wird man erst 2014 wissen, da erst dann genau feststeht, um wie viel das Ziel verfehlt wurde. Dass wir von der Erfüllung unserer Vorgaben so weit entfernt sind, ist laut Minister Nikolaus Berlakovich vor allem auf das Wirtschaftswachstum 2010 und das ambitionierte Ziel (–13 Prozent an Emissionen) zurückzuführen. Ein Ausstieg aus den Kyoto-Verträgen stellt jedoch keine sinnvolle Möglichkeit dar, da Österreich als EU-Mitglied nicht nur als Vertragspartei an das Protokoll gebunden ist, sondern auch als Teil der EU. Selbst im Falle eines Austritts aus dem Kyoto-Protokoll auf völkerrechtlicher Ebene bleiben die europarechtlichen Verpflichtungen bestehen.

Kurzfristig ist das Kyoto-Ziel nicht zu halten, doch würde es sich lohnen, längerfristig zu agieren, und das geht auch anders. Die Gewerkschaft vida, Greenpeace und EVN haben das Institut für höhere Studien (IHS) beauftragt, ein Energie-Szenario für 2050 zu erstellen (Siehe Link-Tipp). Darin werden die Treibhausgas-Emissionen Österreichs von derzeit elf Tonnen pro EinwohnerIn

auf unter eine Tonne sinken – bei gleichzeitigem fortgesetztem Wirtschaftswachstum. Konkret wird aufgezeigt, wie sich der Energieverbrauch ändern muss, um 2050 über 80 Prozent des energetischen Endverbrauchs mittels erneuerbaren Energieträgern zu decken und gleichzeitig mehr als 90 Prozent der CO₂-Emissionen einzusparen. Dazu wäre das vorhandene Potenzial an erneuerbaren Energieträgern ausreichend.

Einsparungen bei Energieendverkauf

Allerdings wird auch deutlich, dass ein Umstieg auf eine auf erneuerbaren Energieträgern basierende Wirtschaft drastische Einsparungen beim Endenergieverbrauch bedingt und Strukturbrüche und Veränderungen unausweichlich sind. Doch wir wollen ja noch einige Zeit auf diesem Planeten bleiben und auch unseren Kindern und Enkeln ein zumindest halbwegs intaktes Ökosystem hinterlassen. Also sollte es uns dies schon wert sein.

Internet:

„Energie [R]evolution Österreich 2050“, Studie von EVN, vida und Greenpeace: tinyurl.com/brxfrc

Das Info-Portal zu Emissionshandel und Klimaschutz: www.co2-handel.de

Schreiben Sie Ihre Meinung an den Autor martin.haiden@aon.at oder die Redaktion aw@oegb.at

Grünes Geld und gutes Gewissen

Ethische und ökologische Investments versprechen die Möglichkeit, „gutes Geld“ zu verdienen. Eine kritische Betrachtung ist aber notwendig.

Autor: Harald Kolerus
Freier Journalist

Sie wollen Wirtschaftsethik studieren? Entscheiden Sie sich für das eine oder das andere“, so ein bekanntes Zitat des österreichischen Sprachkünstlers Karl Kraus. Tatsächlich sind für viele Menschen die Auswüchse des kapitalistischen Wirtschaftssystems und moralische Grundsätze nicht miteinander vereinbar. Rücksichtslose Gewinnmaximierung an der Börse und ethische Zielsetzungen stehen tatsächlich im Widerspruch zueinander. Ethische, ökologische beziehungsweise nachhaltige Investmentformen versuchen allerdings einen Weg aufzuzeigen, um den genannten Widerspruch zumindest zu glätten. Wie soll dieser Weg aussehen?

Das „liebe“ Geld

Zunächst zur genauen Definition: Der Begriff des nachhaltigen Investierens hat sich in den vergangenen Jahren als **Synonym** für ethische Investments durchgesetzt. Demzufolge sind heute zahlreiche Ethik- bzw. Nachhaltigkeitsfonds am Markt vertreten. Unter ethischen Veranlagungen versteht man wiederum Investments, die mit Mensch und Natur in Einklang stehen sollen. Was das konkret bedeutet, hängt von den Anlagerichtlinien der jeweiligen Fonds und in letzter Konsequenz von der persönlichen Einstellung der einzelnen AnlegerInnen ab. Zum Beispiel sind Atomenergie, Alkohol- und Tabakindustrie sowie Gentechnik in der Landwirtschaft für viele nachhaltige Fonds ausgeschlossen. So

manche/r Anlegerin bzw. Anleger hat aber vielleicht gar nichts gegen Alkohol- und Tabakkonsum einzuwenden oder hält Atomenergie für einen adäquaten Weg, um die Klimaerwärmung zu bekämpfen. Oder er/sie glaubt, der Einsatz von Gentechnik helfe dabei, die globale Hungerproblematik zu entschärfen.

Es sei somit allen AnlegerInnen geraten, die schönen Worte „nachhaltig“, „ethisch“ oder „ökologisch“ zu hinterfragen und einen kritischen Blick in die entsprechenden Portfolios der Fondsgesellschaften zu werfen. Eine überaus nützliche Orientierungshilfe bieten dabei bestimmte Gütesiegel. So hat der Verein für Konsumenteninformation im Auftrag des Lebensministeriums gemeinsam mit Expertinnen und Experten auf dem Gebiet des nachhaltigen Investierens Richtlinien zur Vergabe des Österreichischen Umweltzeichens erarbeitet. Dieses Gütesiegel zertifiziert im Finanzbereich ethisch orientierte Projekte, Unternehmen und Produkte, die Gewinne durch nachhaltige Investitionen erzielen und bezüglich klar definierter Merkmale umweltfreundlicher sind als andere. Durch diese Kennzeichnung erhalten KonsumentInnen Informationen über umweltfreundliche Alternativen.

Ebenfalls sehr hilfreich für ethisch gesinnte InvestorInnen ist die Homepage www.gruenesgeld.at, ein gemeinsames Projekt des Lebensministeriums und der Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik. Hier findet man nachhaltige Investmentprodukte, die in Österreich angeboten werden. Bei der überwiegenden Mehrheit handelt es sich um Investmentfonds, die Übersicht

umfasst aber auch (Lebens-)Versicherungen und Sparprodukte. Werfen wir nun einen kurzen Blick auf ausgesuchte Angebote.

Ethische Sparbücher

Zum Beispiel bietet die **EthikBank**, die in Deutschland und Österreich tätig ist, „ethische Zinskonten“ an. Sie verlangt nach ethischen Kriterien in Staatsanleihen und Pfandbriefen. Darüber hinaus fördert die EthikBank je ein Frauen-, Ethik- und Umweltprojekt mit eigenen Mitteln. Diese Projekte können auch von den Kundinnen und Kunden mit einem Teil ihrer Zinsen direkt unterstützt werden. Die Abwicklung erfolgt über das Internet.

Auch die unterschiedlichen Sparformen (z. B. Missionssparbuch, Missionswachstumssparen etc.) der Steyler Bank versprechen eine Veranlagung nach ethischen Kriterien. Den Richtlinien entsprechend wird das angelegte Geld in Pfandbriefe, kommunale Schuldverschreibungen und in sehr geringem Ausmaß in Unternehmensanleihen investiert. Die Steyler Bank in St. Augustin (Deutschland) ist die einzige **Missionbank** Europas. Seit 2002 gibt es auch in Österreich eine Filiale: in Mödling. Die Kundin bzw. der Kunde entscheidet, ob ein bestimmter Prozentsatz ihrer/seiner Zinsen für die Projekte der Steyler Mission zur Verfügung gestellt wird.

Ein Ethiksparbuch bietet auch das heimische Bankhaus Schelhammer & Schattera an. Es bevorzugt nach eigenen Angaben Unternehmen, die Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit ernst nehmen und in ihrer Geschäftspolitik

umsetzen. Für die Zusammenstellung des nachhaltigen Investmentuniversums ist die Münchner Ratingagentur oekom research verantwortlich.

Fonds und Aktien

Bereits sehr vielfältig (und dadurch auch etwas unübersichtlich) präsentiert sich das Angebot von Nachhaltigkeitsfonds. Im Jahr 2006 belief sich das als nachhaltig gekennzeichnete Fondsvolumen in Deutschland, der Schweiz und Österreich auf noch eher bescheidene acht Mrd. Euro. Mittlerweile ist diese Summe auf stolze 32 Mrd. Euro angewachsen – man sieht also: Nachhaltige Geldanlage liegt im Trend. Um angesichts dieser Fülle nicht restlos den Überblick zu verlieren, hat der Kärntner Finanzdatenanbieter software-systems.at eine sehr detaillierte und umfangreiche Kollektion von nachhaltigen Fonds erstellt. Besonders bemerkenswert: Diese Datenbank inklusive der ethischen Bewertung einzelner Produkte ist von jedermann nach einmaliger Anmeldung via Internet kostenlos nutzbar. Es muss an dieser Stelle hinzugefügt werden, dass software-systems.at bereits seit vielen Jahren seriöses Nachhaltigkeitsresearch betreibt – also nicht erst vor Kurzem auf den „grünen Zug“ aufgesprungen ist. Das Unternehmen hat außerdem eine Wertpapierdatenbank entwickelt, die Aktiengesellschaften in Bezug auf ihr Umweltverhalten, Menschenrechtsverletzungen, soziale Kriterien und vor allem auffälliges negatives, aber auch positives Verhalten analysiert. Diese Informationen sind ebenfalls kostenlos abrufbar.

Wir wollen uns nun anhand eines praktischen Beispiels noch einmal vor Augen führen, dass ein Etikett wie „ökologisch“ oder „nachhaltig“ vielleicht nicht das verspricht, was sich der/die InvestorIn in spe darunter vorstellt. So ist offensichtlich eines der größten ökologischen Probleme der Gegenwart und Zukunft der weltweite Wassermangel: Rund 1,1 Mrd. Menschen verfügen zurzeit über keinen Zugang zu sauberem Wasser; Tag für Tag sterben 4.000 Kinder an den Folgen unzureichender hygienischer Bedingungen, die vor allem wasserbedingt sind. Eine humanitäre Katastrophe, die sich mit der ständig zunehmenden Weltbevölkerung noch

weiter verschärft. Neben gezielter Entwicklungszusammenarbeit und einer Welthandelsordnung, die Staaten der Dritten Welt aus der Armutsfalle führt, sind logischerweise auch massive Investments in die Wassergewinnung und -versorgung sowie Effizienz nötig, um das Desaster zu lindern. Nun hat der Finanzmarkt durchaus schwergewichtige Wasserfonds entwickelt, die in Unternehmen rund um das kostbare Nass investieren. Darunter findet sich auch regelmäßig der Lebensmittelgigant Nestlé, weil das Unternehmen stark im Getränkemarkt engagiert ist. Nun ist Nestlé in der Vergangenheit aber immer wieder im Schussfeld von NGOs gestanden: Kritikpunkte betreffen vor allem die aggressive Geschäftspolitik, die unter anderem angebliche Verstöße gegen den internationalen Kodex zur Vermarktung von Säuglingsnahrung und unfaire Methoden beim Einkauf von Rohstoffen umfasst. So sollen Kaffee- und Kakao-bauern keine gerechten Preise gezahlt worden sein. International monieren KritikerInnen außerdem, dass Konzerne wie Nestlé das Gemeingut Wasser kommerziell ausbeuten, in Flaschen aus umweltschädlichem Plastik abfüllen und dann tausend- bis hunderttausendfach zu einem höheren Preis weiterverkaufen. Zudem hat das Abpumpen von großen Mengen Grundwasser gravierende ökologische Folgen. Das alles klingt also nicht gerade ethisch korrekt und sehr nachhaltig. AnlegerInnen bleibt es somit nicht erspart, sich mit Produkten, die einen ethischen oder ökologischen Anspruch stellen, genau auseinanderzusetzen. Sonst behält Karl Kraus mit seinem Postulat der Unvereinbarkeit von Wirtschaft und Ethik zum Schluss doch noch recht.

Internet:

Mehr Infos unter:

www.umweltzeichen.at
www.gruenesgeld.at
www.software-systems.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
haraldkolerus@yahoo.com
oder die Redaktion
aw@oegb.at



So manche/r Anlegerin bzw. Anleger hat aber vielleicht gar nichts gegen Alkohol- und Tabakkonsum einzuwenden oder hält Atomenergie für einen adäquaten Weg, um die Klimaerwärmung zu bekämpfen. Oder er/sie glaubt, der Einsatz von Gentechnik helfe dabei, die globale Hungerproblematik zu entschärfen.

Gleiches Recht für alle?

In Österreich werden hohe Summen für Familienförderung ausgegeben, aber viele Probleme sind noch ungelöst. AK und IV zeigen, wie es anders gehen würde.

Autorin: Sybille Pirklbauer

Abteilung Frauen und Familie der AK Wien

Österreich gibt im internationalen Vergleich sehr viel Geld für Familien aus. Ein Blick auf andere Staaten zeigt jedoch: Wir tun das mit relativ geringem Erfolg. So sind Vereinbarkeit von Familie und Beruf hierzulande nach wie vor eine große Herausforderung. Kein Wunder also, dass junge Frauen und Männer zwar oft den Wunsch nach Kindern verspüren, aber diesen dann nicht verwirklichen. Mit einer Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Frau liegt Österreich weit abgeschlagen hinter Ländern wie Frankreich, Schweden oder Dänemark, wo zwei Kinder die Regel und nicht die Ausnahme sind.

Dickicht von Familienleistungen

Gerade für Frauen sind in Österreich die nachteiligen beruflichen Auswirkungen der Kinderbetreuung deutlich spürbar. Die mangelnde Vereinbarkeit ist mit ein Grund, warum dieses Land unrühmlicherweise die zweitgrößte Einkommensschere zwischen Frauen und Männern innerhalb der EU aufweist. Gleichzeitig sind Familien selbst mit einem Dickicht von Familienleistungen mit unterschiedlichen Voraussetzungen, Anträgen usw. konfrontiert. Und das für zahlreiche Eltern größte Problem, nämlich eine gute und leistbare Kinderbetreuung, ist für viele ungelöst. Noch immer fehlen allein in der Kleinkindbetreuung 35.000 Plätze und Kindergärten, die zu früh sperren oder in den Ferien geschlossen haben, machen es schwer, mit

Das bisherige System:	Das neue System:
Familienbeihilfe, Unterschiede nach Alter und Zahl der Kinder = 16 verschiedene Werte	Familienbeihilfe neu
„Schulstartgeld“ (13. Familienbeihilfe)	Gutschein
Kinderabsetzbetrag (KAB)	Dazu: gut ausgebaute und qualitätsvolle Kinderbetreuung.
Mehrkindzuschlag (MKZ), einkommensgeprüft	
Alleinerzieherabsetzbetrag (AEAB), gestaffelt nach Kinderzahl	
Alleinverdienerabsetzbetrag (AVAB), gestaffelt nach Kinderzahl	
Kinderfreibetrag	
Freibetrag Kinderbetreuungskosten	
Dazu: mangelhaftes Kinderbetreuungsangebot.	

Kindern einem Beruf nachzugehen. Von Flexibilität bei der Arbeitszeit, die seitens der Betriebe im stärker gefordert wird, ganz zu schweigen. Das alles bestätigt, was auch Rechnungshof und Wirtschaftsforschungsinstitut sagen: Das viele Geld für die Familienförderung wird falsch eingesetzt.

Deswegen haben sich Arbeiterkammer (AK) und Industriellenvereinigung (IV) in einer ungewöhnlichen Allianz zusammengesetzt und ein Paket zur Reform ausgearbeitet, das die gesamte Familienförderung auf neue Beine stellt. Ziel war ein einfaches, transparentes und gerechtes System zu schaffen, das den Bedürfnissen der Familien entspricht. Zukünftig soll es drei Säulen geben:

- » eine einheitliche neue Familienbeihilfe für alle Kinder in der Höhe von 210 Euro monatlich,
- » zusätzlich Bildungs- und Kinderbetreuungsgutscheine von 35 Euro monat-

lich ab dem Ende des Kinderbetreuungsgeldes bis zum 15. Geburtstag des Kindes,

- » mehr und bessere Kinderbetreuungsplätze, besonders für unter Dreijährige.

Aus fünf mach eins

Derzeit müssen Eltern sich durch einen ganzen Dschungel von Leistungen und Anträgen wühlen, wollen sie nicht versehentlich auf Geld verzichten. Wer sich nicht den Luxus eines Steuerberaters oder einer -beraterin leisten kann, für den ist die Situation extrem unübersichtlich. Kaum jemand überblickt noch alles. Oder wer kennt schon den Unterschied zwischen Kinderfreibetrag, **Kinderabsetzbetrag** und Freibetrag zu den Kinderbetreuungskosten? Daher schlagen AK und IV eine radikale Vereinfachung vor: Eltern sollen einen Antrag stellen und dafür eine fixe Geldleistung bekommen. Das würde auch die Verwaltung viel einfacher machen – wodurch dort gespart werden könnte, anstatt bei den Familien. Die Vereinfachung



Familien selbst sind mit einem Dickicht von Familienleistungen mit unterschiedlichen Voraussetzungen, Anträgen usw. konfrontiert. Und das für zahlreiche Eltern größte Problem, nämlich eine gute und leistbare Kinderbetreuung, ist für viele ungelöst.

chung sieht so aus: Aus bisher fünf Familienleistungen (Familienbeihilfe, Kinderabsetzbetrag, Schulstartgeld, Mehrkindzuschlag und Alleinerzieherabsetzbetrag) würde die „Familienbeihilfe neu“. Mit 210 Euro pro Kind und Monat bekämen vor allem junge Familien, die es mit der Erwerbstätigkeit am schwersten haben, einen deutlich höheren Betrag als bisher. Das brächte auch für Mehrkindfamilien mit jungen Kindern eine erhebliche Verbesserung. Für die Eltern von älteren Kindern ist es viel leichter, wieder voll erwerbstätig zu sein, hier kann die Förderung also etwas niedriger ausfallen.

Gleiche Förderbedingungen für alle

Schwierige Lebensumstände müssen natürlich weiterhin Berücksichtigung finden. Deswegen sollen Alleinerziehende und Kinder mit Behinderung wie bisher eine höhere Förderung erhalten. Für Alleinerziehende ist ein Aufschlag von 50 Euro im Monat, für Kinder mit Behinderung einer von 140 Euro vorgesehen.

Umgekehrt sollen nach dem AK-IV-Modell alle Familien die gleichen Förderbedingungen vorfinden – unabhängig davon, wie sich die Eltern die Erwerbs- und Betreuungsarbeit teilen. Die Bevorzugung von Familien mit der „klassischen“ Arbeitsteilung – die Frau macht Familienarbeit, der Mann geht für Geld arbeiten – soll es nicht mehr geben. Völlig anders genutzt werden sollen auch jene Mittel, die bislang in die steuerliche Förderung in Form von Freibeträgen geflossen sind. Der Grund dafür ist, dass Kinder von Eltern mit hohem Einkommen bei solchen Förderungen mehr wert sind, weil diese

die steuerlichen Vorteile voll nutzen können, während Eltern mit geringem Einkommen dabei leer ausgehen. Das AK-IV-Modell sieht dagegen vor, alle Kinder in gleichem Ausmaß finanziell zu fördern, unabhängig vom Einkommen der Eltern.

Geld für Eltern, Förderung für Kinder

Zusätzlich zu der neuen Familienbeihilfe sollen Eltern künftig einen Betreuungs- und Bildungsgutschein bekommen, der vielfältig einsetzbar ist. Etwa zur Deckung von Kosten für Kinderbetreuung, schulische Nachmittagsbetreuung, den Essens- oder Bastelbeitrag, Schulveranstaltungen und -projekte, aber auch von Transportkosten zur Kinderbetreuung oder Schule. Weiters sollen alle anderen Maßnahmen zur Förderung des Kindes wie Nachhilfe, Musikunterricht, Sport, Outdoorpädagogik, ... damit bezahlt werden können. Auf diese Weise würde sichergestellt, dass ein Teil der Familienförderung unmittelbar zur Förderung der Kinder eingesetzt wird. Die Abwicklung könnte über Firmen erfolgen, die bereits jetzt umfangreiche Gutscheinsysteme anbieten und daher über das entsprechende Know-how verfügen. So müsste keine neue Verwaltung dafür aufgebaut werden. Die Gutscheine soll es ab dem Ende des Kinderbetreuungsgeldes bis zum 15. Geburtstag des Kindes geben. Das wäre fünf Jahre länger als die derzeitige steuerliche Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten, die viele Familien ohnehin nicht nutzen können. Die Gutscheine würden am Jahresanfang gebündelt ausgegeben, die Eltern könnten dann entscheiden, ob sie zum Beispiel monatlich den Essensbeitrag im Kindergarten damit

bezahlen oder die Kosten für den Schulskikurs damit auf einmal begleichen.

Nur mit gut ausgebauten Kinderbetreuungseinrichtungen besteht wirkliche Wahlfreiheit, ob und in welchem Ausmaß Eltern einer Berufstätigkeit nachgehen. So würden 155.000 Mütter gerne mehr arbeiten, wenn es das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen zuließe. Deswegen sollen 100 Mio. jährlich für mehr und bessere Betreuungsplätze investiert werden. Damit könnten in nur vier Jahren 35.000 Plätze für unter Dreijährige geschaffen und bei 70.000 Plätzen die Öffnungszeiten deutlich verbessert werden. Darüber hinaus wären Mittel für eine spürbare Anhebung der Qualität durch mehr pädagogische Fachkräfte und kleinere Gruppen möglich.

Auch auf gesamtwirtschaftlicher Ebene würde sich der Ausbau der Kinderbetreuung positiv auswirken. Die Investitionen hätten nämlich beträchtliche Beschäftigungseffekte: Unmittelbar würden damit mehr als 10.000 Arbeitsplätze in der Kinderbetreuung selbst geschaffen, darüber hinaus könnten mehr als 27.000 Eltern – vor allem Mütter – erwerbstätig sein, die zuvor durch Betreuungspflichten daran gehindert waren. Dadurch würden mehr Steuern und Abgaben bezahlt. Schon nach vier Jahren ergäbe sich so ein jährliches Plus gegenüber den Kosten fürs Budget von 78 Mio. Euro und mehr.

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autorin
sybille.pirklbauer@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

EU-Weißbuch zu den Pensionen

Im Dokument zu angemessenen, sicheren und nachhaltigen Pensionen und Renten wird der „Abhängigkeitsquoten-Rechner“ der AK Wien zitiert.

Autoren:

Josef Wöss, Erik Türk

Beide Abteilung Sozialpolitik der AK Wien

Am 16. Februar 2012 hat die EU-Kommission ein **Weißbuch** zum Thema Pensionen veröffentlicht. Vorangegangen waren die Präsentation eines Grünbuchs im Juli 2010 und ein daran anschließender europaweiter Konsultationsprozess. Bemerkenswert ist u. a., dass der in der AK Wien entwickelte „Abhängigkeitsquoten-Rechner“ in das zentrale EU-Dokument zu den Pensionen Eingang gefunden hat.

Rolle der EU

Zuerst ein paar Worte zur Rolle der EU in der Pensionspolitik. Formal betrachtet sind die EU-Kompetenzen gering, da die nationalen Regierungen und Parlamente für die Ausgestaltung der Pensionssysteme verantwortlich sind. In der politischen Realität stellt sich das allerdings oft anders dar, vor allem aus zwei Gründen:

- » die in den Ländern geführten Pensionsdebatten werden in beträchtlichem Maß von den Analysen und Positionierungen der EU beeinflusst,
- » über den Umweg der Budgetvorgaben wird auf die Mitgliedsstaaten erheblicher Druck ausgeübt, die öffentlichen Pensionsausgaben in möglichst engen Grenzen zu halten.

Als zentrales Ziel des Weißbuchs nennt die EU-Kommission die Skizzierung einer Pensionsstrategie für „ange-

messene, sichere und nachhaltige Pensionen“. Damit sollen „die Reformbemühungen in den Mitgliedsstaaten unterstützt“ werden. Wo unmittelbare EU-Kompetenzen gegeben sind (Personenfreizügigkeit, Finanzdienstleistungen etc.) stellt sie auch legislative Aktivitäten in Aussicht, insbesondere eine Überarbeitung der Pensionsfonds-Richtlinie und die Schaffung einer Richtlinie zur Übertragbarkeit von (Betriebs)Pensionsansprüchen. Grob gesprochen kann der Inhalt des Weißbuchs in zwei Teile gegliedert werden – in „alte“ und „neue“ Aussagen, d. h. in Aussagen, die aus früheren Dokumenten übernommen wurden und in solche, die neu sind.

Was gibt es Neues?

Das Weißbuch hebt sich in einigen Punkten deutlich – und durchaus positiv – von dem ab, was in den letzten Jahren von SprecherInnen der Kommission zu hören war.

- » An mehreren Stellen wird betont, dass der Arbeitsmarkt und die Erhöhung der Beschäftigungsquoten in allen Altersgruppen für die Bewältigung des demografischen Wandels und für die Erreichung der Pensionsziele eine ganz zentrale Rolle spielen müssen.
- » Damit sind Themen wie gute Ausbildung und Arbeitsplätze für die Jugend, Vereinbarkeit von Beruf und Familie etc. endlich auch Gegenstand in der Pensionsdebatte.
- » Es wird klargestellt, dass Demografie bzw. die Altenquote (Zahl der Menschen

im Pensionsalter relativ zur Zahl der Menschen im Erwerbsalter) allein wenig aussagt. Als springender Punkt („the real issue“) wird demgegenüber im Weißbuch die im Abhängigkeitsquoten-Rechner der AK verwendete ökonomische Abhängigkeitsquote (Zahl der PensionistInnen und Arbeitslosen relativ zur Zahl der Erwerbstätigen) herausgestrichen.

Allein schon die Feststellung, dass die Fokussierung auf Demografie entschieden zu kurz greift, ist als erheblicher Fortschritt zu betrachten. In einfachen Worten: Je höher die Beschäftigungsquote, desto niedriger die ökonomische Abhängigkeitsquote. Wie hoch das Potenzial zu einer Anhebung der Beschäftigungsquoten ist, zeigt bereits die Tatsache, dass derzeit in Österreich ca. ein Drittel der Bevölkerung in der Altersgruppe von 15–64 Jahren nicht erwerbstätig ist.

- » Die zentrale Bedeutung der ökonomischen Abhängigkeitsquote wird im Weißbuch mit folgendem Beispiel aus dem Abhängigkeitsquoten-Rechner demonstriert: Bei EU-weiter Erreichung einer durchschnittlichen Beschäftigungsquote auf dem Niveau der derzeit besten EU-Länder würde diese Quote zwischen 2010 und 2050 nur von derzeit 65 Prozent auf 79 Prozent steigen, obwohl sich die Altenquote in diesem Zeitraum fast verdoppeln wird.

Das Beispiel macht deutlich, dass die aus den Vorhersagen der Demografen abgeleitete Kostenexplosion bei den Pensionen weitgehend Unsinn ist bzw. mit



An mehreren Stellen wird betont, dass der Arbeitsmarkt und die Erhöhung der Beschäftigungsquoten in allen Altersgruppen für die Bewältigung des demografischen Wandels und für die Erreichung der Pensionsziele eine ganz zentrale Rolle spielen müssen.

einer sinnvollen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik ganz massiv entschärft werden kann – und das ohne drastische Erhöhung des Pensionsalters.

» Im Weißbuch wird ausdrücklich betont, dass eine Anhebung des Pensionsalters nur dann Erfolg haben kann, wenn die Bedingungen für einen längeren Verbleib im Erwerbsleben verbessert werden. Ebenso wird hervorgehoben, dass hierfür umfangreiche Maßnahmen (altersgerechte Arbeitsorganisation, Teilhabe an Weiterbildung etc.) erforderlich sind. Bemerkenswert ist auch der Hinweis darauf, dass sowohl die Arbeitsmarktchancen älterer ArbeitnehmerInnen als auch die (Rest-)Lebenserwartung in verschiedenen Berufsgruppen sehr unterschiedlich liegen.

„Alte“ Empfehlungen

Bedauerlicherweise sind die angesprochenen „neuen“ Erkenntnisse des Weißbuchs ohne Einfluss auf die zentralen Pensionsempfehlungen geblieben. Die politischen Kräfteverhältnisse in der Kommission und in den zentralen EU-Ländern haben offenbar eine Umorientierung nicht zugelassen. Wie schon in etlichen Vordokumenten (zuletzt z. B. in den „Annual Growth Reports“) lauten die beiden zentralen Empfehlungen a) Koppelung des Pensionsalters an die steigende Lebenserwartung und b) Ausbau der privaten Altersvorsorge. Wenig überraschend ist, dass die Empfehlung der Anhebung des Pensionsalters in der medialen Berichterstattung zum Weißbuch das höchste Interesse gefunden hat. Zum Nachdenken

Anlass geben sollte dabei allerdings, dass die extremste Deutung der Aussagen der Kommission in Österreich erfolgte, wo z. B. im ORF von einer EU-Forderung nach einem Pensionsalter von 72 Jahren berichtet wurde! Das steht so weder im Weißbuch noch in den begleitenden Dokumenten, die auf der EU-Homepage zu finden sind, und wurde in dieser Form in keinem einzigen anderen EU-Land berichtet! Der Ausbau der privaten Vorsorge wird als Faktum in vielen Mitgliedsländern festgestellt und inhaltlich mit den sinkenden Versorgungsniveaus in vielen öffentlichen Systemen begründet (weil diese auf hohem Niveau auf Dauer angeblich nicht finanzierbar seien).

Unerwähnt bleibt dabei z. B., dass eine Verlagerung von öffentlichen zu privaten Systemen keine Kostenersparnis bringt. Im Gegenteil: Die öffentlichen Systeme sind in aller Regel deutlich günstiger, da sie geringere Verwaltungskosten, keine Bewerbungs- und Vertriebskosten und keine Gewinnverrechnung aufweisen. Dazu kommt, dass die im Umlageverfahren finanzierten öffentlichen Systeme nicht den Kapitalmarktrisiken ausgesetzt sind und soziale Ausgleichsmechanismen wie Anrechnung von Zeiten der Kindererziehung beinhalten, die in privaten Systemen nicht gegeben sind. Das Beharren auf dem Ausbau der kapitalbasierten privaten Altersvorsorge legt den Schluss nahe, dass die Kommission aus der Finanzmarktkrise nichts gelernt hat. So ganz stimmt das allerdings nicht: Unter Verweis auf die negativen Erfahrungen der letzten Jahre wird zumindest auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Rege-

lungsrahmen für die privaten Anbieter von Altersvorsorgeprodukten zu überprüfen und vor allem die Sicherheit und Kosteneffizienz zu verbessern.

FAZIT

Wenngleich „alte“, sehr problematische Botschaften im Weißbuch dominieren, bieten die „neuen“ Aussagen einen guten Ansatzpunkt zur Umorientierung der bisher fast nur auf Demografie, Pensionsalter und Ausbau der Privatvorsorge fokussierten Debatte. Erforderlich ist eine Gesamtstrategie für eine ökonomisch sinnvolle und sozial verträgliche Bewältigung des demografischen Wandels. Dem Arbeitsmarkt kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu.

Die Umsetzung der Forderungen von Gewerkschaften und AK nach Abbau der Arbeitslosigkeit, besserer Aus- und Weiterbildung, mehr Gesundheitsschutz, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Invaliditätsprävention, altersgerechten Arbeitsplätzen etc. und nach einer beschäftigungsfördernden Wirtschafts- und Budgetpolitik ist der beste Weg zur Sicherung guter Pensionen auch für die heute Jüngeren.

Internet:

Demografie und Sozialstaat:
tinyurl.com/czw672t

Schreiben Sie Ihre Meinung
an die Autoren
josef.woess@akwien.at
erik.tuerk@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Mensch nicht Maschine

Gut gestaltete Arbeit ist notwendig zur Förderung der Nachhaltigkeit der menschlichen Ressource „Psyche“.

Autor: Peter Hoffmann

*Klinischer und Gesundheitspsychologe,
Sozialwissenschaftliche Abteilung der AK Wien*

Die demografische Entwicklung zwingt uns zum Nachdenken darüber, unter welchen Rahmenbedingungen Menschen länger im Erwerbsprozess verbleiben können und dabei ihre körperlichen und psychischen Ressourcen altersgerecht entwickeln und zur Verfügung stellen können. Wollen wir die Bedeutung der „Ressource Psyche“ für die heutige Arbeitswelt richtig einschätzen, so hilft es uns, gängige Bezeichnungen für unsere Gesellschaft vor Augen zu führen, wie Informations- und Wissensgesellschaft, Hochleistungs- und Hochgeschwindigkeitsgesellschaft, Wettbewerbs- und Ermüdungsgesellschaft. Diese Bezeichnungen machen deutlich, dass die Psyche wesentliches Instrument zur Erfüllung gestellter Arbeitsanforderungen ist. Dazu kommt, dass sich die Arbeitswelt von einer Produktions- zu einer Dienstleistungsgesellschaft entwickelt hat. Zwei Drittel der Beschäftigten sind im Dienstleistungsbereich tätig und dieser Wandel setzt sich seit dem Jahr 2000 stetig fort.

Generationenübergreifend

Und noch eine Entwicklung scheint bedeutsam: Langsam, aber stetig verkehrt sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen jüngeren und älteren MitarbeiterInnen in den Betrieben. Dabei stellt sich die Frage, inwieweit dies negative als auch positive Effekte haben und wie generationenübergreifendes Arbeiten in den Betrieben funk-

tionieren kann. Dabei kommt es darauf an, dass und wie Fähigkeiten Jüngerer und Älterer, etwa „Geschwindigkeit“, Erfahrung“ und Wissen“, kombiniert werden. Dass dies durchaus erfolgreich sein kann, zeigt der „Fortschrittsreport: Altersgerechte Arbeitswelt“ (2012) vom deutschen Bundesministerium für Arbeit: Darin wird belegt, dass die Produktivität eines Betriebes zunimmt, wenn der Beschäftigtenanteil Älterer steigt. Nimmt z. B. der Anteil der 45- bis 49-Jährigen an der Gesamtbelegschaft um ein Prozent zu, so erhöht sich die Produktivität des Betriebes um gut 0,5 Prozent.

Psychische Anforderungen

Beschäftigte müssen immer mehr Abstimmungs- und Vermittlungsprozesse selbst übernehmen, wobei sich die kommunikativen sozialen Anforderungen drastisch erhöhen. Die Wissensintensität der zu erbringenden Leistungen nimmt stetig zu und die dafür notwendigen Betriebsmittel und Informationstechniken werden komplexer. Die Arbeitsleistung wird sehr oft nicht nur mehr an einem Arbeitsplatz erbracht, sondern an mehreren, was auch in vielen Fällen hohe Mobilität der Beschäftigten erfordert. Letztendlich werden die Beschäftigten von SpezialistInnen zu ProblemlöserInnen und WissensintegratorInnen.

Dienstleistungsarbeit findet heute nicht nur zwischen Kunden bzw. Kundinnen und DienstleisterInnen statt, sondern auch direkt in Unternehmen zwischen einzelnen Abteilungen. Das bedeutet, dass wir uns den Charakter dieser Dienstleistungsarbeit sowie ihre körper-

lichen und vor allem psychischen Anforderungen an die Beschäftigten genauer ansehen müssen, aber auch den Organisationsrahmen, in welchem diese Dienstleistungen erbracht werden. Vereinfacht ausgedrückt ist bei dieser Art Leistungserbringung die Psyche des Menschen sowohl Arbeitsgegenstand als auch Arbeitsmittel zugleich. So sind es die kognitiven, emotionalen und persönlichkeitsbezogenen Ressourcen der Beschäftigten, die Probleme und Bedürfnisse der Kunden/Kundinnen, KlientInnen, PatientInnen lösen bzw. befriedigen. Erfolgreiche Dienstleistungen können aber nur dann erbracht werden, wenn es den DienstleisterInnen gelingt, mittels ihres „stabilen Arbeitsmittels Psyche“ die „Psyche des Dienstleistungsempfängers“ positiv zu beeinflussen, ihn auch in den Dienstleistungsprozess miteinzubeziehen.

Wesentlich sind dabei organisatorische und rechtliche Rahmenbedingungen. So kann eine Organisation oder Einrichtung bestimmen, zu welchem Preis, in welchem Umfang und mit welcher Qualität eine Dienstleistung zu erbringen ist. Entsprechen z. B. diese Vorstellungen der Organisation nicht dem Dienstleistungsverständnis des/der Beschäftigten, kann dies zu Stress, Demotivation, Ärger auf beiden Seiten führen und zu einer Enttäuschung beim Dienstleistungsnehmer bzw. der Dienstleistungsnehmerin.

Hohe Anforderung bei Dienstleistung

Dienstleistung bedeutet für die Beschäftigten in diesem Dreieck von „Organisation, Anforderungen – Dienstleistungs-

32 Prozent der Beschäftigten waren hohen Stressoren am Arbeitsplatz ausgesetzt, ohne ausreichend Ressourcen zu besitzen, um diese bewältigen zu können (fehlende Informationen, geringe soziale Unterstützung, geringe Partizipationsmöglichkeiten an operativen Entscheidungen u. ä. m.).



erbringerIn und DienstleistungsempfängerIn“ eine hohe psychische Handlungsregulation.

Vereinfacht ausgedrückt beschreibt diese den komplexen kybernetischen Wechselwirkungsprozess zwischen dem mental-kognitiven Apparat, den emotionalen Prozessen und den Persönlichkeitseigenschaften einer Person im Kontext der gestellten Aufgabe und der organisationalen Rahmenbedingungen.

Qualität des Arbeitslebens Älterer

Diese psychische Handlungsregulation kann durch externe organisationale und arbeitsgestaltende Faktoren wie Arbeitsanforderungen, Ressourcen und Stressoren sowohl positiv als auch negativ beeinflusst werden. Im Falle der negativen Beeinflussung spricht man auch von „psychischer Fehlbeanspruchung“. Die österreichweite Studie „Qualität des Arbeitslebens von älteren ArbeitnehmerInnen“ der Bundesarbeitskammer 2009 zeigte drei Muster von Fehlbeanspruchung auf:

1. 32 Prozent der Beschäftigten waren hohen Stressoren am Arbeitsplatz ausgesetzt, ohne ausreichend Ressourcen zu besitzen, um diese bewältigen zu können (fehlende Informationen, geringe soziale Unterstützung, geringe Partizipationsmöglichkeiten an operativen Entscheidungen u. ä. m.);

2. 26 Prozent waren hohen Arbeitsanforderungen ausgesetzt (kognitive Anforderungen, Kooperations- und Kommunikationserfordernisse, hohe Variabilität der Arbeitsaufgabe) und gleichzeitig

hohen Stressoren (Zeitdruck, Organisationsprobleme, unklare Zielvorgaben);

3. 22 Prozent der Beschäftigten waren hohen Arbeitsanforderungen ausgesetzt, hatten aber nicht die notwendigen Ressourcen zur Verfügung, um diese bewältigen zu können.

Die Folgen solcher andauernden psychischen Fehlbeanspruchungen können sich in vielfältiger Weise niederschlagen, wie z. B.: Beeinträchtigung der psychischen Gesundheit (z. B. Burnout, chronischer Stress, Angstgefühle); Verringerung von Arbeitsmotivation und Innovationskraft; wenig Interesse neue herausfordernde Aufgaben zu übernehmen; Verringerung der körperlichen und psychischen Leistungsfähigkeit; Verschlechterung der erbrachten Leistungen bzw. Produkte; Ansteigen von Fehlern und Unfällen; Vorzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsprozess bzw. Antrag auf Invaliditäts- bzw. Berufsunfähigkeitspension

Arbeits- und Organisationsgestaltung

Die Gestaltung und Organisation der Arbeit ist ein wesentliches Mittel, um die Nachhaltigkeit der Ressource „Psyche“ so lange wie möglich aufrechtzuerhalten. Konkret geht es darum, die Arbeit nicht nur so zu gestalten, dass sie die Gesundheit der Beschäftigten stützt bzw. fördert, sondern auch lern- und persönlichkeitsförderlich ist. Wie sie aussehen soll, ist in zahlreichen EN, DIN, ISO und Önormen festgehalten. Man kann die Merkmale gut gestalteter Arbeit folgendermaßen zusammenfassen (siehe dazu Hacker, 2009):

Vollständige/ganzheitliche sinnvolle Arbeitseinheiten; für Arbeitende erkennbarer bedeutsamer Beitrag; angemessene Vielfalt von Fertigkeiten und Fähigkeiten; Vermeidung repetitiver, einseitiger Aufgaben; Handlungsspielraum (hinsichtlich Arbeitstempo, Abfolge, Vorgehen); ausreichend sinnvolle Rückmeldungen über Aufgabendurchführung; Berücksichtigung der Kenntnisse, Erfahrungen, Fertigkeiten und Fähigkeiten des/der Arbeitenden (keine Über-/Unterforderung); Möglichkeit zu Einsatz und Weiterentwicklung vorhandener bzw. Aneignung neuer Kenntnisse, Erfahrungen, Fertigkeiten und Fähigkeiten; Vermeidung sozial isolierender Arbeit.

Länger im Erwerbsprozess

Werden diese Merkmale in Unternehmen genauso ernst und wichtig genommen wie die Wartungs- und Servicevorschriften von Maschinen, Produktionsstraßen u. ä. m. und werden sie zu einem integralen Bestandteil von Qualitäts- und Sicherheitsstandards, so hat man damit einen effektiven Beitrag zur Nachhaltigkeit der Ressource „Psyche“ geleistet. Letztendlich aber auch dazu, dass Menschen länger und gerne im Erwerbsprozess verbleiben.

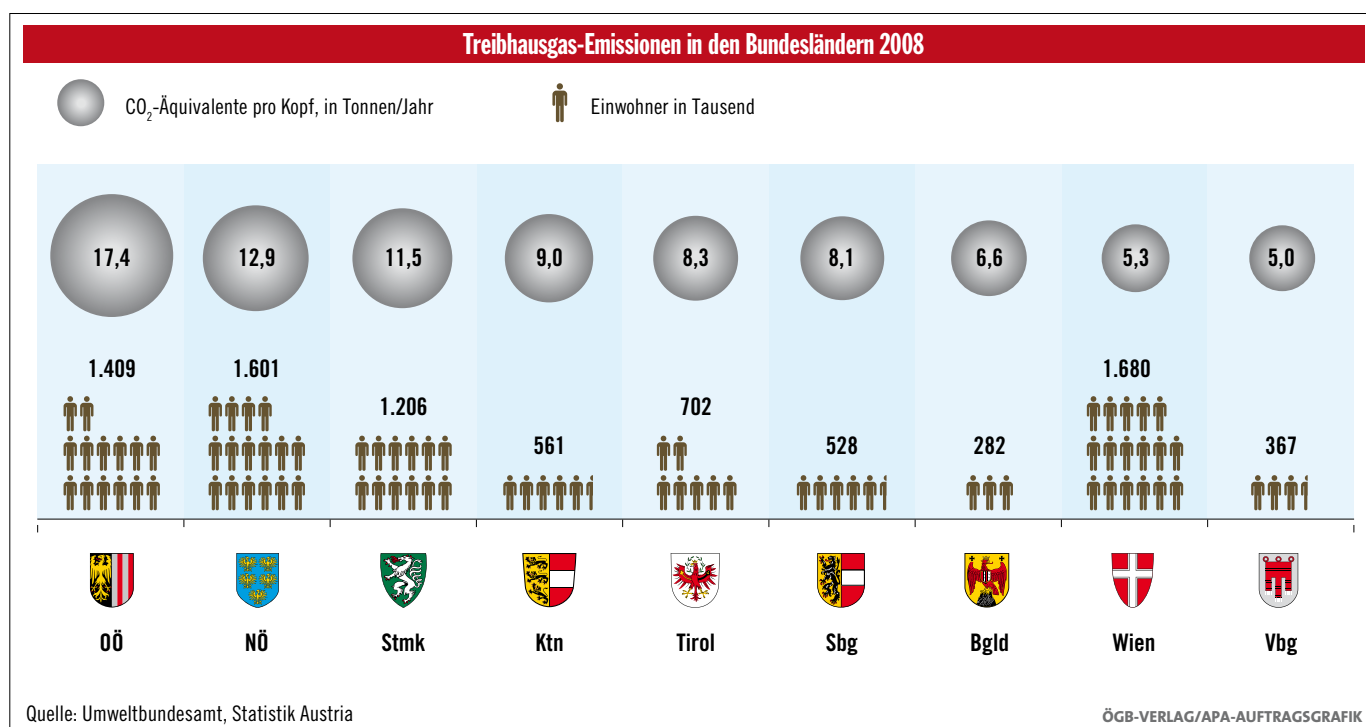
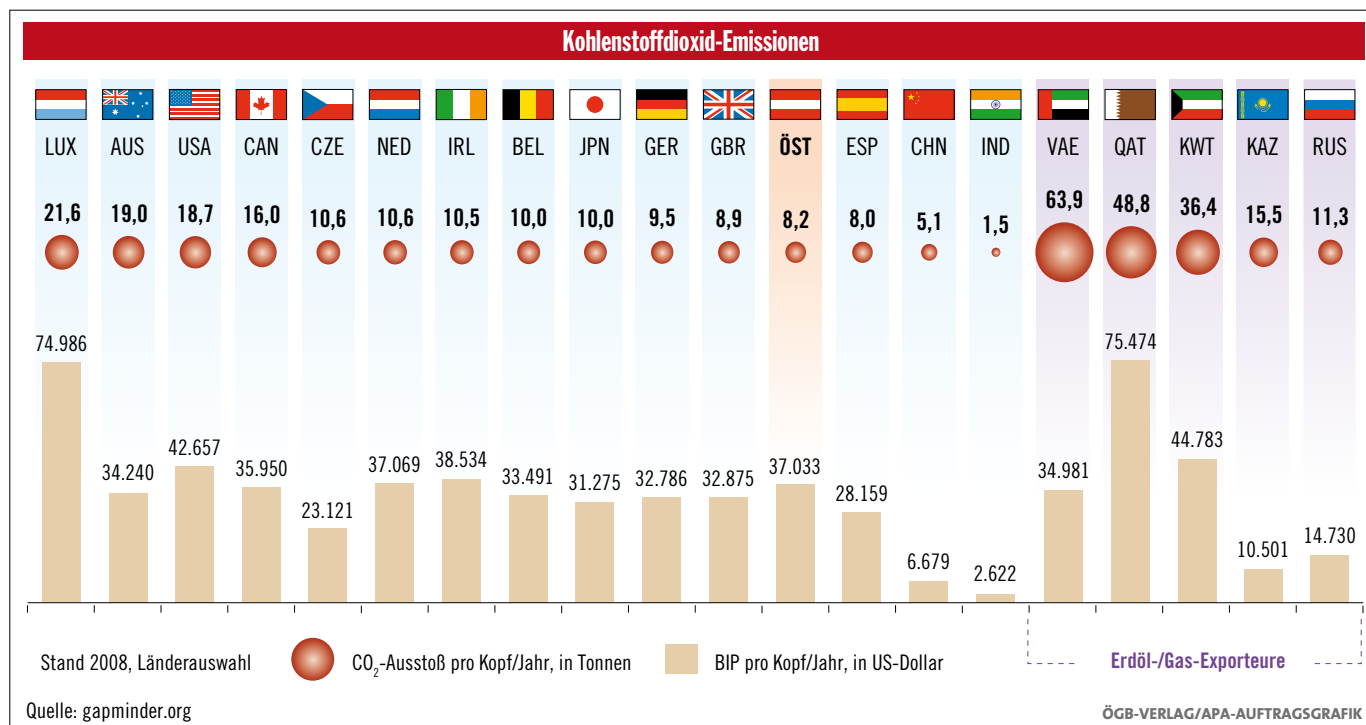
Internet:

Fortschrittsreport des deutschen BM für Arbeit:
tinyurl.com/dy4ujsr

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
peter.hoffmann@akwien.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Zahlen, Daten, Fakten

*Kohlenstoffdioxid-Emissionen weltweit –
Treibhausgas-Emissionen in den österreichischen Bundesländern 2008.*



Wie oft kommt es vor, dass Ihnen die Arbeit nicht genug Zeit für die Familie lässt?						
	Frauen		Männer		Zusammen	
	Eigentlich nie	Mehrmals in der Woche	Eigentlich nie	Mehrmals in der Woche	Eigentlich nie	Mehrmals in der Woche
Griechenland	14 %	48 %	12 %	45 %	13 %	46 %
Spanien	13 %	34 %	22 %	40 %	19 %	38 %
Österreich	15 %	24 %	9 %	37 %	11 %	31 %
Portugal	12 %	31 %	25 %	27 %	19 %	29 %
Belgien	31 %	33 %	31 %	24 %	31 %	28 %
Vereinigtes Königreich	38 %	28 %	32 %	29 %	35 %	28 %
Niederlande	29 %	26 %	25 %	32 %	26 %	29 %
Deutschland	32 %	26 %	32 %	23 %	32 %	24 %
Luxemburg	37 %	23 %	39 %	25 %	38 %	24 %
Italien	14 %	19 %	15 %	27 %	15 %	24 %
Irland	27 %	20 %	22 %	23 %	24 %	22 %
Dänemark	21 %	24 %	30 %	18 %	26 %	21 %
Finnland	18 %	20 %	22 %	19 %	20 %	20 %
Schweden	22 %	20 %	27 %	17 %	25 %	18 %
Frankreich	37 %	16 %	36 %	18 %	37 %	17 %
EU 15	27 %	25 %	27 %	27 %	27 %	26 %
Lettland	24 %	45 %	26 %	48 %	25 %	47 %
Rumänien	18 %	41 %	14 %	48 %	15 %	45 %
Bulgarien	13 %	39 %	17 %	47 %	15 %	44 %
Slowenien	15 %	45 %	20 %	40 %	17 %	42 %
Polen	16 %	44 %	17 %	41 %	17 %	42 %
Zypern	18 %	44 %	25 %	38 %	22 %	41 %
Ungarn	15 %	42 %	16 %	38 %	16 %	40 %
Litauen	32 %	36 %	20 %	43 %	26 %	40 %
Tschechische Republik	18 %	33 %	11 %	42 %	14 %	38 %
Estland	26 %	34 %	29 %	32 %	28 %	33 %
Slowakei	14 %	29 %	13 %	32 %	13 %	31 %
Malta	34 %	29 %	27 %	29 %	29 %	29 %
NMS12	17 %	40 %	16 %	42 %	17 %	41 %
EU 27	25 %	28 %	24 %	30 %	25 %	29 %

Quelle: Dublin Foundation, European Quality of Life Survey. Rest auf 100 Prozent mehrmals im Jahr bzw. keine Angabe.

Griechen retten Banken

Die Troika rettet lieber europäische Banken, anstatt Griechenland nachhaltig zu sanieren, indem Impulse für Wachstum und Beschäftigung gesetzt werden.

Autor: Florian Kräftner

Redakteur ÖGB-Kommunikation

Die Löhne werden gekürzt, der Sozialstaat wird zusammengestrichen. Alles, wofür wir immer gekämpft haben, wird zerstört.“ Nach zwei Jahren Griechenland-Rettung durch EU und Internationalen Währungsfonds (IWF) fällt das Resümee von Vassilis Xenakis, dem internationalen Sekretär der Gewerkschaft ADEDY, negativ aus.

Die Bevölkerung zahlt

Griechenland 2012: Fast ein Drittel der Menschen lebt an oder unter der Armutsgrenze, Prognosen sprechen von einer Rezession bis zu 30 Prozent, und immer mehr Kinder sind unterernährt. Eine Viertelmillion Menschen müssen sich auf öffentliche Unterstützung verlassen, um zu täglicher Nahrung zu kommen. „Der Mindestlohn wurde um 22 Prozent gesenkt, bei Jugendlichen sogar um 30 Prozent. Die Arbeitslosigkeit steigt unaufhörlich und beträgt unter Jugendlichen bereits 43 Prozent. Die Sparmaßnahmen wurden nicht auf zahlungskräftige Menschen ausgerichtet, sondern auf ArbeiterInnen und Angestellte im Privatsektor, wo in Griechenland ohnehin die niedrigsten Löhne gezahlt werden“, berichtete Xenakis bei einer VÖGB-Veranstaltung Ende März in Wien. Die griechische Bevölkerung bezahlt einen hohen Preis für die Krise, die durch unverantwortliche Spekulation und Korruption verursacht wurde.

Griechenland, Oktober 2009: Die sozialistische PASOK gewinnt die Parla-

mentswahlen, **Giorgos Papandreou** wird Ministerpräsident. Seine Regierung muss bald feststellen, dass das Defizit weit über der von der konservativen Vorgängerregierung angegebenen Marke liegt – statt sechs Prozent sind es zwölf oder 13.

Im Mai 2010 einigte sich die Troika aus Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und IWF auf finanzielle Unterstützung Griechenlands – 110 Mrd. Euro in Form von Kreditzusagen. Verbunden wurde das mit der Entmündigung Griechenlands, mit dem Aufzwingen unerträglicher Sparmaßnahmen.

Xenakis: „Mit dem ersten Sparpaket wurde uns versprochen, dass wir aus den Staatsschulden herauskommen. Stattdessen sind Verschuldung und Defizit gestiegen. Die Troika konnte bisher keine Lösung finden. Warum sollte ich ihr in Zukunft vertrauen?“ Auch Helene Schuberth, Chefökonomin der Österreichischen Nationalbank, sagte: „Es ist nicht sinnvoll, in Zeiten geringen Wachstums oder gar einer Rezession den Ländern ein Nulldefizit zu oktroyieren.“ Alle Anstrengung sei ausschließlich auf die Konsolidierung konzentriert, dabei vernachlässige man viele andere Dinge, die man ebenfalls tun müsse.

ÖGB fordert Kurswechsel der EU

„Langsam dämmert offenbar auch der EU-Kommission, dass ihr einseitiger Sparkurs in die Sackgasse führt“, kritisierte ÖGB-Präsident Erich Foglar am Aktionstag des Europäischen Gewerkschaftsbunds (EGB) am 29. Februar. „Der notwendige politische Kurswechsel steht aber noch aus. Wir brauchen eine

eindeutige Abkehr von der bisherigen Politik, die das Sparkorsett immer enger zieht und den Mitgliedsstaaten keinen Spielraum für Investitionen in Wachstum und Beschäftigung lässt. Das skandalöse Vorgehen der Troika tut ihr Übriges und diktiert den betroffenen Staaten Einschnitte in soziale Grundrechte und massive Lohnsenkungen. Die betroffenen Menschen rutschen direkt in die Armutsfalle.“ Eine solche Politik könne keine Wachstumsimpulse hervorbringen, sondern führe in die Rezession und verstärke damit die Schuldenspirale, so Foglar.

Es geht um die Banken

Von der „Rettung“ durch die Troika profitieren aber nicht die Länder, schreibt Andreas Wehr in seinem Buch „Griechenland, die Krise und der Euro“¹: „Tatsächlich werden mit dem ‚Rettungspaket‘ und dem ‚Rettungsschirm‘ die Forderungen der Banken gegenüber Griechenland und den anderen Defizitländern der Eurozone abgesichert.“ Er empfiehlt als Alternative Euro-Bonds oder zumindest gemeinsame Anleihen einiger EU-Staaten; das würde dazu führen, dass Griechenland Kredite beinahe zu so günstigen Konditionen wie Deutschland bekommen könnte. Dass es um die Banken geht und nicht um die griechische Bevölkerung, wurde zuletzt wieder Anfang März 2012 deutlich, als ein Sperrkonto für die griechischen Steuereinnahmen verlangt wurde. Von diesem sollten Kredite bedient werden, anstatt Pensionen, Löhne und Sozialleistungen auszubezahlen.

¹ Griechenland, die Krise und der Euro. PapyRossa Verlag, 2010.

„Selber Schuld“, sagen einige deutschsprachige Medien, Worte wie „Sozialschmarotzer“, „Steuerhinterzieher“ und „südländischer Schlendrian“ zieren in Balkenlettern Zeitungscovers.

Die Löhne wurden also gekürzt, die Preise gingen aber nicht nach unten. Der Präsident des griechischen Gewerkschaftsbundes GSEE, Giannis Panagopoulos, sagte schon im Juli 2010. „Der IWF hat zwar das Wissen, wie man Löhne beschneidet. Was er uns aber nicht verrät, ist, wie man die Preise drückt. Verglichen mit den anderen Euro-Ländern liegt das Preisniveau in Griechenland bei 93 Prozent, das Lohnniveau aber nur bei 63 Prozent.“ Seitdem sinkt der Lebensstandard weiter beständig.

„Selber Schuld“, sagen einige deutschsprachige Medien, Worte wie „Sozialschmarotzer“, „Steuerhinterzieher“ und „südländischer Schlendrian“ zieren in Balkenlettern Zeitungscovers. Gewerkschafter Xenakis: „Wir alle haben Fehler gemacht. Wir versuchen sehr hart, einen Weg aus der Krise zu finden. Doch ist Griechenland nur wegen der Fehler in der Krise oder aus anderen Gründen?“

Imperialistische Tradition

Heinz A. Richter, ehemaliger Professor für neugriechische und zypriotische Geschichte an der Universität Mannheim, sucht Antworten in der Geschichte. Ende des 15. Jahrhunderts entfernten die osmanischen Besatzer die davor herrschenden Oligarchen aus dem Amt. Es blieben lokale Dorfbürgermeister, die die Interessen der Besatzer vertraten, zu Macht und Geld kamen, und – um sich Loyalitäten zu sichern – Geld und „Jobs“

verteilten. Der Klientelismus war geboren. Den zentralen Staat hielt man hingegen für einen Ausbeuter. „Steuervermeidung und Diebstahl von staatlichem Eigentum waren typische Abwehrreaktionen. Diese Einstellung zum Staat wurde zu einer Tradition, die bis heute fortwirkt“, schreibt Richter.

Die Tradition machten sich später europäische Imperialisten zunutze, zum Beispiel **Otto von Wittelsbach** – „ein König von der Großmächte Gnaden, und Griechenland wurde zum Klientelstaat der europäischen Mächte.“ Später folgte die Metaxas-Diktatur, dann Besatzung und wirtschaftliche Ausbeutung durch Nazi-Deutschland.

Der zweite Weltkrieg ging dann fast direkt in den Bürgerkrieg zwischen den Linken, die als Partisanen gegen die deutsche Besatzung gekämpft hatten, und den von Großbritannien und den USA unterstützten Royalisten über. Zwischen 1967 und 1974 herrschte die rechtsextreme **Obristendiktatur** – die Demokratie hatte keine Chance.

Nach 1974 regierten abwechselnd die konservative Nea Demokratia und die sozialistische PASOK. Griechenland blieb ein Klientelstaat, der Geld an seine AnhängerInnen verteilte – seit dem EU-Beitritt 1981 allerdings immer mehr davon, auch Fördermittel sowie Geld von den internationalen Geldmärkten, das jetzt zu niedrigen Zinsen zu bekommen war. Mit dem Wechsel von der Drachme zum Euro wurden die Kredite noch billiger. Mehr Geld wurde aufgenommen, vom Staat, von Banken, von Privaten. Aber der geliehene Wohlstand wurde nicht investiert, etwa in den Aufbau einer

konkurrenzfähigen Industrie, sondern er floss in den Konsum bzw. auf Schwarzgeldkonten im Ausland. Dazu Historiker Richter: „Was für die westeuropäischen Staaten ein Gewinn war, entpuppte sich für Griechenland letztlich als Fluch.“

Steuerfreiheit für die Reichsten

Die reichsten Griechen, die großen Reeder, müssen nahezu keine Steuern zahlen. „Ein weiterer Aspekt des Klientelismus² ist die faktische Steuerfreiheit der Reichen. Die politische und wirtschaftliche Oligarchie war und ist aufs engste verfilzt und sorgt dafür, dass die gesamte Oberschicht steuerfrei bleibt“, schreibt Richter. Für die Staatsausgaben haben also die ArbeitnehmerInnen und Kleingewerbetreibenden aufzukommen. Wenn die Troika mit ihren Auflagen dafür sorgt, dass die ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen, die Jugendlichen und die Arbeitslosen die Zeche für die Krise zahlen müssen, entspricht das also einer griechischen Tradition.

„Dieses Europa verliert zunehmend die Unterstützung der Menschen“, stellte ÖGB-Präsident Foglar fest: „Man braucht schlicht und einfach einen Sozialpakt, damit der Fiskalpakt letztendlich relativiert wird und wir nicht eine reine Wettbewerbs-, Sozial- und Lohn-Dumpingunion sind.“

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
florian.kraeftner@oegb.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

² Athener Klientelismus. Die politische Kultur Griechenlands und die Wurzel der Schuldenkrise. In: Lettre International 96, Frühjahr 2012.

Gefährliche Gewerkschaftsarbeit

Kolumbien ist auch unter dem neuen Präsidenten Juan Manuel Santos bei der Zahl verfolgter und ermordeter GewerkschafterInnen weltweit die Nummer eins.

Autor: Werner Hörtnner

Redakteur der Zeitschriften „Südwind“ sowie „Lateinamerika anders“ und Autor

Yessika Hoyos Morales ist die für Gewerkschaften zuständige Mitarbeiterin des Anwaltskollektivs ‚Colectivo de Abogados José Alvear Restrepo‘ (CAJAR) in der kolumbianischen Hauptstadt. Ich treffe sie zum ersten Mal Ende 2010 in den Büroräumen der Nichtregierungsorganisation im Zentrum Bogotá. Sie erzählt mir die Geschichte von der Ermordung ihres Vaters Jorge Dario Hoyos, eines prominenten Gewerkschaftsführers, im März 2001. Und sie berichtet mir von ihren Recherchen über die Auftraggeber und den Hintergrund der Ermordung ihres Vaters.

Kaum Demokratisierung

Genau ein Jahr später sitze ich der jungen Anwältin am selben Ort wieder gegenüber. Neugierig frage ich sie nach dem Ergebnis ihrer Nachforschungen, ob sie in der Sache weitergekommen sei. „Nein“, antwortet Yessika, „es ist alles gleich geblieben seit einem Jahr. Auch in diesem Fall überlagert die Straflosigkeit die Gerechtigkeit.“ Die konkreten Täter, die die Kugeln auf ihren Vater abfeuerten, sind wohl in Haft und auch verurteilt, doch über die intellektuellen Täter herrscht weiterhin Dunkel. CAJAR hat mehrmals von der Staatsanwaltschaft gefordert, dass die Ermittlungen in dieser Angelegenheit fortgeführt werden, doch diese schweigt und tut nichts. „Das Ganze ist sehr zermürbend. Ich bin an einem Punkt angelangt, wo ich nichts mehr tun kann“, zeigt

sich die Menschenrechtsanwältin resigniert. Nach acht Jahren Präsidentschaft des rechten Hardliners Álvaro Uribe Vélez hatte im August 2010 dessen politischer Ziehsohn und zeitweise Verteidigungsminister Juan Manuel Santos, Sprössling einer der einflussreichsten Familien des kolumbianischen Establishments, die Führung des Staates übernommen. Doch die Hoffnungen auf eine Demokratisierung des unter Uribe autoritär gelenkten Landes haben sich kaum erfüllt. Vizepräsident Angelino Garzón mit seiner linken Vorgeschichte (hoher kommunistischer Funktionär, dann Präsident der linken Gewerkschaftszentrale CUT und schließlich Arbeitsminister) tut zwar sein Bestes, um Kolumbien im In- und Ausland ein progressives Mäntelchen umzuhängen, doch seine Worte und Ankündigungen bleiben in der Luft hängen.

„Angelino Garzón ist so etwas wie ein Chamäleon, das je nach den Umständen die Farbe wechselt. Heute gibt er sich als Vorkämpfer für Frieden und Menschenrechte, doch war er es, der in der Ära Uribe in der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) den kolumbianischen Staat geschützt und verteidigt hat, während zur selben Zeit zahlreiche Gewerkschafter bedroht und ermordet wurden“, erklärt Jorge Molano, einer der durch seine Aktivitäten gefährdetsten Menschenrechtsanwälte des Landes.

Auch Yessika Hoyos findet, dass sich unter dem neuen Präsidenten nur die Rhetorik geändert hat. „Santos präsentiert sich als der Chef einer demokratischen Regierung, der die Gewerkschaftsrechte respektiert. Er hat sogar ein Abkommen mit den USA über Garan-

BUCHTIPP

Werner Hörtnner

Kolumbien verstehen

Geschichte und Gegenwart eines zerrissenen Landes
Rotpunktverlag, 2007,
327 Seiten, € 20,40
ISBN 978-3-8586-9326-6



Bestellung:

ÖGB-Fachbuchhandlung, 1010 Wien,
Rathausstr. 21, Tel.: (01) 405 49 98-132
fachbuchhandlung@oegbverlag.at

tien für die Gewerkschaftsrechte geschlossen, damit der Kongress den Freihandelsvertrag ratifiziert, doch geändert hat sich nichts. Seit seinem Amtsantritt im August 2010 bis Ende 2011 sind über 40 Gewerkschaftsaktivisten und -aktivistinnen ermordet worden.“

Neoliberale Dogmen

José Luciano Sanín Vásquez ist der Direktor der Nationalen Gewerkschaftsschule Kolumbiens (ENS) mit Sitz in Medellín. Auch er sieht nicht viel Veränderung durch die neue Regierung Santos: „Es wird schwer sein, den Rekord von arbeiter- und gewerkschaftsfeindlichen Aktionen zu überbieten, den Uribe aufgestellt hat. Durch neue Gesetze hohlte er die Arbeiterrechte weiter aus. Leider knüpft Santos in vielem an Uribes Politik an.“ Damit meint er die neoliberalen Dogmen, denen auch der neue Präsident anhängt, und die Gesetze im Interesse der großen Unternehmen. Einen wesentlichen Unterschied sieht er allerdings zwischen dem früheren



© Werner Hoertner
Yessika Hoyos Morales erzählt die Geschichte von der Ermordung ihres Vaters Jorge Dario Hoyos im März 2001.

INFO & NEWS

Suizid-Kommando Gewerkschaftsarbeit

In den letzten zwei Jahrzehnten sind in Kolumbien über 2.700 Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen infolge ihrer arbeitsrechtlichen Aktivitäten ermordet worden. Die Aufklärungsquote bei diesen Verbrechen liegt – wie überhaupt bei politisch motivierten Gewalttaten in Kolumbien – bei unter zehn Prozent.

Neben der physischen Gewalt werden AktivistInnen häufig entlassen oder am Arbeitsplatz schikaniert. Diese brutale Verfolgung und Behinderung gewerkschaftlicher Tätigkeiten hat dazu geführt, dass heute nur mehr an die vier Prozent der arbeitenden Bevölkerung gewerkschaftlich organisiert sind.

Etwa 55 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder sind in der linken Einheitsgewerkschaft CUT organisiert, an die 15 Prozent im Dachverband CGT und zehn Prozent in der CTC. Zirka 20 Prozent verteilen sich auf über 2.800 Betriebsgewerkschaften.

Staatschef und seinem Nachfolger: „Uribe vertrat, ja er organisierte sogar die ländliche **Oligarchie** und die mafösen Paramilitärs. Santos hingegen repräsentiert die moderne neoliberale Oligarchie. Damit schafft er Freiräume, in denen eine andere politische Agenda entwickelt werden könnte.“ Nachdem das Freihandelsabkommen zwischen Kolumbien und den USA jahrelang durch die demokratische Mehrheit im Kongress in Washington auf Eis gelegt war, ist es ausgerechnet durch den demokratischen Präsidenten Obama

im Oktober des Vorjahres zur Ratifizierung gekommen. Unerwartete Barrieren haben sich hingegen bei dem bereits fertig ausgehandelten Abkommen zwischen Kolumbien und der EU ergeben. Die Kommission hat kürzlich den Vertrag als „gemischtes Abkommen“ definiert, das heißt, dass nunmehr die Parlamente aller EU-Staaten dem Vertragswerk zustimmen müssen, was nicht nur eine große zeitliche Verzögerung mit sich bringt, sondern eine Ratifizierung in den Bereich des Unwahrscheinlichen rückt.

ENS-Direktor Sanín Vásquez erhofft sich von den Gewerkschaftskollegen und -kolleginnen in der EU einen starken Druck auf die kolumbianische Regierung. „Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kolumbien wäre ein weiterer Rückschlag für uns – vermutlich aber auch für viele Arbeiter in Europa.“

Nohora Tovar, Generalsekretärin einer Metallarbeitergewerkschaft, besuchte im vergangenen Frühjahr auf Einladung einer Initiative, die dem Freihandelsabkommen mit Kolumbien kritisch gegenübersteht und in der auch ÖGB und Arbeiterkammer aktiv sind, Österreich. Für die Gewerkschaftsaktivistin ist die Ausbreitung der prekären Beschäftigung in Kolumbien ein großes Problem.

Gerade in dem expandierenden Bergbau- und Energiesektor, in dem ausländische Konzerne stark vertreten sind, schreitet diese Prekarisierung rasant voran. Leiharbeit, Werkverträge, befristete Jobs, die schlecht bezahlt und auch arbeits- und sozialrechtlich viel schlechter gestellt sind, werden zur Regel. „Es findet ein großer Angriff auf die tarifpolitischen Bedingungen und Abkommen statt“, er-

zählt Tovar. „Tarifverträge werden unterwandert, das Arbeitsrecht missachtet und das bereits ratifizierte ILO-Kernübereinkommen 87 wird weiterhin nicht umgesetzt.“ Neben der arbeitsrechtlichen Verschlechterung zieht der Exportboom auch in ökologischer Hinsicht beträchtliche Schäden nach sich. Umweltverträglichkeitsprüfungen werden nicht eingehalten, zahlreiche kleine Bergbau-Unternehmen arbeiten illegal und halten sich überhaupt an keine Umweltauflagen.

Menschenrechte haben Vorrang

Auch Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes und Präsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, sieht das Abkommen zwischen EU und Kolumbien kritisch. „Die EU-Parlamentarier sind aufgefordert, deutlich zu zeigen, dass für sie Menschen- und Gewerkschaftsrechte Vorrang vor Handelspräferenzen haben. Wer ernsthaft eine positive Entwicklung der Gesellschaft in Kolumbien will, muss menschenwürdige Arbeit, soziale Gerechtigkeit und die Einhaltung von Gewerkschaftsrechten als unumstößlichen Maßstab anlegen.“

Internet:

Amnesty International GewerkschafterInnen:
gewerkschafterinnen.amnesty.at

Schreiben Sie Ihre Meinung
an den Autor
werner.hoertner@suedwind.at
oder die Redaktion
aw@oegb.at

Abschlagszahlung: hier: Ausgleichstaxe, die Unternehmen dann bezahlen müssen, wenn sie nicht die vom Behinderteneinstellungsgesetz vorgesehene Anzahl an Menschen mit Behinderung einstellen. Sämtliche Zahlungen (derzeit zwischen 232 und 345 Euro pro Person und Monat) werden im Ausgleichstaxfonds zusammengefasst. (Seite 19)

Agenda 21: Entwicklungs- und umweltpolitisches Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert, beschlossen von 172 Staaten auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen 1992 in Rio de Janeiro als Leitpapier zur nachhaltigen Entwicklung. Sie umfasst mehr als 300 Seiten und lässt sich in vier Bereiche einteilen: Soziale und wirtschaftliche Dimensionen; Erhaltung und Bewirtschaftung der Ressourcen für die Entwicklung; Stärkung der Rolle wichtiger Gruppen; Möglichkeiten der Umsetzung. Die regionale Umsetzung nennt sich Lokale Agenda 21, 1998 wurden die ersten LA-21-Prozesse in Österreich gestartet. www.nachhaltigkeit.at (Seite 14)

Agglomeration: Anhäufung, Ballungsraum (Seite 24)

Amazonien: Amazonasbecken; das Einzugsgebiet der Flüsse Amazonas, Rio Anapu und Rio Tocantin umfasst fast die gesamte nördliche Hälfte von Südamerika. Die Landschaft ist sehr vielfältig und in Amazonien leben rund 22 Millionen Menschen. (Seite 16)

Branding: von „brand“ (Brandzeichen bei Rindern und Pferden); ein Produkt mit einer Marke versehen/kennzeichnen, etwa wenn ein Handy-Anbieter sein Logo auf von ihm angebotene Geräte druckt. Mit dem Branding soll über das Produkt auch ein bestimmtes Image oder Lebensgefühl vermittelt werden, mit dem sich Kunden/Kundinnen identifizieren und so dem Produkt treu bleiben. Dies wird beim Handy-Beispiel auch dadurch erreicht, dass man etwa mit dem Druck auf nur eine Taste rasch auf die Website des jeweiligen Anbieters kommt. (Seite 26)

Brundtlandt-Report: 1987 von der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland-Kommission) veröffentlichter Bericht mit dem Titel „Our Common Future“. Den Vorsitz in dieser Kommission hatte die ehemalige norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland. In dem Bericht wurde erstmals der Begriff „nachhaltige Entwicklung“ definiert. (Seite 28)

Commitment: Identifikation einer Person mit einem Unternehmen, Projektzielen o. ä. (Seite 13)

EAK-Austria: Elektroaltgeräte-Koordinierungsstelle, seit Juli 2005 verantwortlich für die Abholkoordination von Elektroaltgeräten (seit 2008 auch von Altbatterien). (Seite 21)

Edison, Thomas Alva: US-amerikanischer Erfinder und Unternehmer (1847–1931); Edison, der von Kindheit an schlecht hörte, besuchte nur kurz eine

Schule und wurde dann von seiner Mutter unterrichtet. Er arbeitete zuerst als Telegrafist und bildete sich laufend selbst weiter. Später wurde er Teilhaber eines Telegrafie-Unternehmens, danach erfand Edison u. a. den Phonographen, einen Vorläufer des Telefons und die Glühbirne. Außerdem war er Mitbegründer von General Electric und entscheidend an der Elektrifizierung New Yorks beteiligt. (Seite 20)

EthikBank: 2002 als Genossenschaft gegründete ethisch-ökologische Direktbank mit strengen Anlegerkriterien, die in Deutschland und Österreich tätig ist. Als erste gläserne Bank legt die EthikBank detailliert offen, wie und wo sie das Geld ihrer Kunden/Kundinnen investiert. (Seite 32)

Grünbuch: Diskussionspapier zu einem bestimmten Thema; meist handelt es sich dabei um Vorlagen für Richtlinien und Verordnungen, zu denen Organisationen, Expertinnen und Experten etc. ihre Meinung beitragen können. (Seite 12)

Kinderabsatzbetrag: wird bar an Erziehungsberechtigte ausbezahlt, während der 2009 eingeführte Kinderfreibetrag in Höhe von 220 Euro pro Kind und Jahr die steuerliche Bemessungsgrundlage verringert. (Seite 34)

kryptisch: unklar, schwer zu deutend (Seite 12)

Mantra: kurze Wortfolge, die etwa beim Meditieren oder beim Gebet mehrmals wiederholt wird. Dies kann flüsternd, singend oder in Gedanken stattfinden. Die Wörter bleiben dabei üblicherweise in ihrer Ursprungssprache, meist Sanskrit. (Seite 22)

Missionsbank: 1964 gründeten die Steyler Missionare in Sankt Augustin bei Bonn die bis heute einzige Missionsbank Europas. Die Gewinne der Bank werden an die Missionare und Missionsschwestern weitergeleitet. Zusätzlich spenden manche Kunden/Kundinnen Teile ihrer Zinsen der Mission. (Seite 32)

Obrist: veraltet für: Oberst (Seite 43)

Oligarch: Wirtschaftsmagnat, der aufgrund seines Reichtums auf eine Region auch politisch Einfluss nimmt. (Seite 43)

Otto von Wittelsbach: bayerischer Prinz (1815–1867) und erster König von Griechenland (1832–62); als Sohn des späteren Königs Ludwig I. von Bayern in Salzburg geboren, stand der minderjährige Otto am Anfang seiner Regentschaft unter dem Einfluss mehrerer politischer Berater. Später herrschte er im Sinne des Neoabsolutismus, zudem bestand die Regierung lange Zeit nur aus Bayern. Otto versuchte, das durch die Osmanen ausgeblutete Reich wieder mit einer funktionierenden Infrastruktur zu versehen, was enorme Kosten verursachte. Anlässlich eines Aufstands gegen das Königshaus flohen Otto und seine Frau 1862 nach Bayern. (Seite 43)

Papandreou, Giorgos Andrea: griechischer Politiker, geb. 1952, 1999–2004 Außenminister, 2009–2011

Ministerpräsident, das Amt hatte Papandreou in Zusammenhang mit der griechischen Schuldenkrise und den daraus folgenden Sparmaßnahmen zurückgelegt. Seit 2006 ist der studierte Soziologe Vorsitzender der Sozialistischen Internationale. (Seite 42)

Petajoule: Physikalische Maßeinheit für große Energiemengen, 1 Petajoule = 1 Milliarde Joule; 3,6 Petajoule = 1 Milliarde Kilowattstunden. (Seite 29)

Phosphin: auch: Monophosphan; sehr giftiges Gas, das in der Regel am Knoblauchgeruch (der durch kleinste Verunreinigungen entsteht) erkennbar ist. Bei der Schädlingsbekämpfung (Mäuse, Insekten) wird es entweder direkt versprüht oder es werden feste Substanzen ausgelegt, die mit der Luftfeuchtigkeit reagieren und dann Monophosphan freisetzen. (Seite 11)

Resilienz: psychische Widerstandsfähigkeit; als resilient werden Menschen bezeichnet, die auch extrem schwierige Lebensbedingungen und Krisen seelisch weitgehend unbeschadet überstehen können. (Seite 26)

Rio Xingu: einer der großen rechten Nebenflüsse des Amazonas (Seite 16)

Schellack: harzige, von den sogenannten Lackschildläusen produzierte Substanz, die früher vor allem in Indien und Thailand in großen Mengen gewonnen wurde. Er wurde vor der Erfindung des Kunststoffs unter anderem für die Herstellung von Siegellack und Schallplatten verwendet. Als Alternative zu synthetischen Harzen wird Schellack auch heute noch verarbeitet. (Seite 21)

Segregation: Trennung, Ausscheidung, Aufspaltung (Seite 26)

Shared-Value: gemeinsamer Mehrwert (Seite 12)

Städtisches Energieeffizienzprogramm (SEP): 2006 vom Wiener Gemeinderat beschlossen, rückt das SEP Energieeffizienz und Energiesparen in den Vordergrund und gibt Leitlinien für die verbraucherseitige Energiepolitik bis zum Jahr 2015 vor. Alle politischen Parteien und alle relevanten Magistratsabteilungen waren in die Entwicklung der Leitlinien eingebunden. (Seite 27)

Suffizienz: vom lat. *sufficere* (ausreichen); in der Ökologie: das Bemühen um einen möglichst geringen Rohstoff- und Energieverbrauch, aber auch Entschleunigung, Maßhalten etc. als Gegenentwurf zur Konsum- und Wegwerfgesellschaft. (Seite 22)

sustainable: nachhaltig (Seite 26)

Synonym: bedeutungsgleiches/ähnliches Wort (Seite 32)

Weißbuch: Zusammenfassung der aus dem Grünbuch resultierenden offiziellen Vorschläge. (Seite 36)

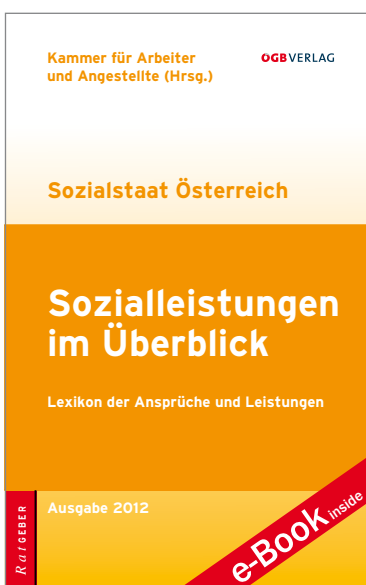
Verlag des Österreichischen
Gewerkschaftsbundes GmbH
Kontaktadresse: Fachbuchhandlung
Rathausstraße 21 | 1010 Wien
Telefon: +43 1 405 49 98-132
Fax: +43 1 405 49 98-136
fachbuchhandlung@oegbverlag.at
www.oegbverlag.at

OGB VERLAG

garantiert gut informiert

SOZIALLEISTUNGEN IM ÜBERBLICK

Ausgabe 2012. Sozialstaat Österreich. Lexikon der Ansprüche und Leistungen.



Reihe: Ratgeber

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien (Hg.)

2012 || 448 Seiten || EUR 29,90

ISBN: 978-3-7035-1522-4

Inklusive e-Book inside!

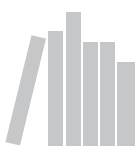
Dieser jährlich aktualisierte Ratgeber bietet allen Interessierten einen einfachen Zugang zu den wichtigsten Informationen über die zentralen Sozialleistungen in Österreich: von der Familienbeihilfe bis zur Alterspension, von der Rechtsgrundlage und Finanzierung der jeweiligen Leistung bis hin zu Anspruchsvoraussetzungen und praktischen Hinweisen zur Antragstellung. Die Notwendigkeit, das Buch jährlich zu überarbeiten und zu aktualisieren, ist ein deutlicher Beleg für die ungemeine Dynamik sozialstaatlicher Regelungen. Die Publikation soll den Zugang zum Recht erleichtern, einen Bezugsrahmen für die Sozialgesetzgebung anbieten und qualifizierte und verlässliche Information für die Öffentlichkeit leisten.

BESTELLUNG:

im Web: www.oegbverlag.at || per Mail: bestellung@oegbverlag.at

per Fax: +43 1 405 49 98-136 || in jeder Buchhandlung oder

direkt in der Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags



JA, ICH BESTELLE ...

Anzahl der Exemplare

Name		Vorname	
Firma/Institution			
Telefon		E-Mail	
Anschrift		PLZ	Ort
Datum, Unterschrift			



Pflege & Betreuung Schulbuch

öffentlicher Verkehr

Kinderbetreuungsgeld

MÜLLABFUHR

TRINKWASSER

GESUNDHEIT

Arbeitslosengeld

Schneeräumung

PENSION

sozialer Wohnbau

gute Straßen

BILDUNG

Mindestsicherung

Familienbeihilfe SPITAL

KINDERGARTEN

Der Sozialstaat ist gut für alle – deshalb:

SOZIALSTAAT FAIRBESSERN.



www.oegb.at
www.facebook.at/oegb.at



vida



PRO-GE

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

AW

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank